



Landtag von Baden-Württemberg

107. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Freitag, 13. Dezember 2019 • Haus des Landtags

Beginn: 9:33 Uhr

Schluss: 14:21 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin.	6647	Ministerin Dr. Susanne Eisenmann	6664
Umbesetzungen bei den Schriftführern und in verschiedenen Ausschüssen	6647	Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) (Kurzintervention)	6669
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) (zur Geschäftsordnung)	6647	Abg. Stefan Räßle AfD (zur Geschäftsordnung)	6670
Beschluss.	6647	Beschluss	6670
1. Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2020/21 (Staatshaushaltsgesetz 2020/21 – StHG 2020/21) – Drucksache 16/7171		b) Einzelplan 06: Ministerium für Finanzen – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7206	
a) Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7204	6647	c) Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7212	
Abg. Sandra Boser GRÜNE.	6648, 6668	d) Staatshaushaltsgesetz 2020/21 – Drucksache 16/7171	
Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU	6650	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7200	
Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD	6651, 6667	2. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsgesetz 2020/21 – Drucksache 15/7172	
Abg. Doris Senger AfD	6653	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7217.	6675, 6699
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP.	6655, 6667	Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD (zur Geschäftsordnung)	6675
Abg. Petra Häffner GRÜNE.	6657	Abg. Thekla Walker GRÜNE.	6675, 6687
Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU.	6657, 6668	Abg. Tobias Wald CDU	6677
Abg. Gernot Gruber SPD	6659	Abg. Peter Hofelich SPD	6678, 6688
Abg. Klaus Dürr AfD	6660	Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD.	6681
Abg. Klaus Hoher FDP/DVP.	6661	Abg. Stephen Brauer FDP/DVP.	6684
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	6662	Abg. Karl Klein CDU	6686
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	6663		

Abg. Rudi Fischer FDP/DVP.....	6689	Beschluss	6700
Staatssekretärin Dr. Gisela Splett.....	6690		
Beschluss	6693, 6699	Nächste Sitzung	6700
3. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 12. November 2019 – Mittelfristige Finanzplanung des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2019 bis 2023 – Drucksachen 16/7173, 16/7218.....	6700	Anlage 1 Vorschlag der Fraktion GRÜNE – Umbesetzung bei den Schriftführern.....	6701
		Anlage 2 Vorschlag der Fraktion der AfD – Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen	6702

Protokoll

über die 107. Sitzung vom 13. Dezember 2019

Beginn: 9:33 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 107. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Dr. Balzer, Frau Abg. Braun, Herr Abg. Hahn, Herr Abg. Nemeth, Frau Abg. Neumann-Martin, Herr Abg. Palka sowie Herr Abg. Sänze.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich ganztägig Frau Staatssekretärin Schütz. Ganztägig entschuldigt ist außerdem Frau Staatsrätin Erler.

Auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion GRÜNE für eine Umbesetzung bei den Schriftführern (*Anlage 1*) und einen Vorschlag der Fraktion der AfD für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen (*Anlage 2*). – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen. Vielen Dank.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich Sie auf Folgendes hinweisen: Sie haben heute die Gelegenheit, sich am sogenannten Briefmarathon von Amnesty International zu beteiligen. Die Aktion will Opfer von Menschenrechtsverletzungen unterstützen. Weltweit schreiben Menschen innerhalb weniger Tage Millionen Briefe und E-Mails, um den Betroffenen Mut zu machen und die verantwortlichen Regierungen an ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen zu erinnern. Deshalb möchte ich Sie bitten, sich möglichst zahlreich daran zu beteiligen.

Nun treten wir in die Tagesordnung ein.

Zur Geschäftsordnung, Herr Abg. Dr. Fiechtner. – Bitte.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Meine Güte! Vielleicht wird es besser über Weihnachten! – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU: Nein! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin,

(Zurufe: Oi!)

sehr verehrte Damen und sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z! Guten Morgen! Angesichts des wirklich herausragenden Ergebnisses, das das Volk von Großbritannien gestern per Wahl abgegeben hat –

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was hat das mit der Geschäftsordnung zu tun?)

eine klare Entscheidung gegen ein dominierendes Zwangssystem und für die Freiheit –, stelle ich hier den Geschäftsordnungsantrag, dass man diese Entscheidung für die Freiheit, die ja auch für uns Bedeutung haben wird, dass das deutsche Volk sich vielleicht auch umbesinnt und aus dieser Krakenstruktur EU austritt, zum Wohle Europas – –

(Abg. Nese Erikli GRÜNE: Hallo! Zur Geschäftsordnung!)

Ich gratuliere auch den europäischen Völkern für diese Entscheidung für die Freiheit.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wie hat man früher gesagt? „Geh doch rüber“!)

Bevor wir weiter über den Haushalt debattieren, sollte eine Zwischendebatte über die Folgen geführt werden, die diese Freiheitsentscheidung für Großbritannien hat, die sie aber auch für die EU und insbesondere für Baden-Württemberg hat. Ich hege große Hoffnungen, dass dadurch endlich ein frischer Wind der Freiheit, des freien Handels, der Abkehr von Reglementierungen und der Abkehr von der Meinungsglocke einzieht. Hierüber sollten wir debattieren, bevor wir zum Alltagsgeschäft übergehen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Abstimmen! Ablehnen! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Abstimmen!)

Präsidentin Muhterem Aras: Sie haben den Antrag gehört. Ich lasse über ihn abstimmen. Wer dem Antrag von Herrn Abg. Dr. Fiechtner zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2020/21 (Staatshaushaltsgesetz 2020/21 – StHG 2020/21) – Drucksache 16/7171

Buchstabe a:

Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7204

Berichterstatte(r)in: Abg. Thekla Walker

(Präsidentin Muhterem Aras)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt.

Ich gehe davon aus, dass die Berichterstatterin das Wort nicht wünscht. Deshalb kommen wir gleich zur Allgemeinen Aussprache.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Boser das Wort.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bildung ist vielfältig und ständigen Veränderungen ausgesetzt. Für uns Grüne ist ein ganzheitlicher Bildungsbegriff Grundlage unseres bildungspolitischen Handelns. Es geht darum, die Basiskompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen zu stärken. Die Stärke unseres Bildungssystems ist es aber von jeher auch, die Schülerinnen und Schüler zu demokratischen, selbstständig denkenden Bürgerinnen und Bürgern auszubilden, auch wenn wir das hier im Parlament manchmal nicht unbedingt bei allen sehen.

Dies müssen wir auch bei den Veränderungen der Gesellschaft weiter gewährleisten. So werden neue Themen wie die Digitalisierung oder „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, aber auch Themen, die unsere Schulen schon lange begleiten, wie die politische Bildung und eine lebendige Erinnerungskultur, weiterhin ein wesentlicher Teil unserer Schulen sein.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Dieser Haushalt greift diese Themen auf, und wir verbessern die Rahmenbedingungen ein weiteres Mal. Letztlich gestaltet sich gute Schule vor Ort, durch engagierte Lehrerinnen und Lehrer und durch ein gutes Schulleitungsteam. Die Stärkung der Schulleitung und die Gestaltung von Schulleitungsteams sind daher wichtige Ziele dieser Koalition. Mit dem ersten Paket zur Stärkung von Schulleitungen setzen wir dies nun auch um.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Die monetären Anreize, die wir mit diesem Schulleitungspaket verknüpfen, sind aber nur ein Teil. Es braucht in Zukunft Verabredungen mit den Städten und Gemeinden, wie wir die nicht pädagogische Verwaltung an den Schulen verbessern können. Egal, ob durch Verwaltungsassistenzen oder innerhalb der Sekretariate: Schulleitungen brauchen Entlastung von Verwaltungsaufgaben, um die pädagogische Entwicklung der Schulen voranzubringen und die aktuellen Herausforderungen aufzugreifen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wenn wir uns die aktuellen PISA-Ergebnisse anschauen – Herr Kollege Rülke hat das am Mittwoch auch schon aufgegriffen –, stellen wir fest, dass die Länder, die im Ranking vorn liegen – an dieser Stelle nehme ich natürlich China und Südkorea aus –, eines gemeinsam haben: Sie haben ein sozial gerechtes, leistungsfähiges Schulsystem, das auf einer

Schule für alle basiert und meist als Ganztagschule geführt wird.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Rainer Stichelberger SPD: „Lebhafter Beifall bei der CDU“!)

Daher ist es richtig, dass wir weiterhin das Ziel verfolgen, die Ganztagschulen im Land auszubauen, und ihnen durch einen neuen Qualitätsrahmen zusätzliche Unterstützung bei der Umsetzung geben. Denn wir können auch bei uns im Land auf erfolgreiche Ganztagschulen zurückgreifen, und zwar nicht nur im Grundschulbereich, sondern vor allem auch bei den Gemeinschaftsschulen, die als einzige Schulart bei uns im Land zu 100 % als verbindliche Ganztagschulen geführt werden. Mit ihren Ergebnissen haben sie bewiesen, dass sie ihre Schülerinnen und Schüler zu guten Abschlüssen führen konnten – oftmals über das Abschlussziel hinaus, das mit der Grundschulempfehlung verbunden wurde. Sie können aber nicht nur mit ihren Abschlüssen punkten, sondern in den letzten Jahren konnte mit Auszeichnungen wie beispielsweise dem Deutschen Schulpreis gezeigt werden, dass wir hier im bundesweiten Vergleich Leuchttürme haben.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

So sind auch die Rückmeldungen aus den bereits laufenden Oberstufen sehr positiv. Es ist daher absolut unverständlich und rein ideologisch, dass die FDP/DVP wieder einmal einen Antrag einbringt, dessen Annahme dazu führen würde, dass die Gemeinschaftsschulen geschwächt, dass sie angegriffen würden – und dies ohne fachlichen Hintergrund.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Ein weiterer Erfolgsfaktor für zukunftsfähige Schulen im Land wird der Umgang mit digitalen Medien sein. Für die heutigen Schülerinnen und Schüler sind das Internet oder der Umgang mit digitalen Medien kein Neuland und keine technische Revolution – sie kennen keine Welt ohne dies. Es ist daher ein bildungspolitischer Auftrag, die Lebenswelt von Schülerinnen und Schülern im Unterricht zu integrieren – nicht um Analoges durch Digitales zu ersetzen, sondern damit sie einen souveränen, sicheren und sinnvollen Umgang mit digitalen Medien erlernen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Denn nur, wenn man versteht, wie Algorithmen funktionieren, wie diese das Informationsverhalten beeinflussen, kann man Informationen aus dem Internet filtern. Dies ist im Übrigen auch ein Beitrag zur politischen Bildung. Gerade auch im Zusammenhang mit der veränderten Berufswelt wird das ein wichtiger Faktor für die Zukunft der Schülerinnen und Schüler sein.

Digitale Medien können auch Lernangebote effizienter gestalten und bei der Lernentwicklung unterstützen. Daher ist der Ausbau von Informatik ein wichtiger Beitrag für zukunftsfähige Schulen, genauso wie der Digitalpakt, mit dem die technische Ausstattung vorgebracht wird. Hier ist natürlich für uns wichtig, dass der Einsatz unter pädagogischen Gesichtspunkten erfolgt. Diese sind aber so vielfältig, dass es keine

(Sandra Boser)

Frage ist, ob digitale Medien eingesetzt werden, sondern nur, wie und wo.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

So, wie die Digitalisierung unsere Gesellschaft verändert und Auswirkungen auf die Schulen hat, gibt es weitere gesellschaftliche Veränderungen, die wir in unseren Schulen abbilden. Der Ausbau des Faches Ethik kommt einer gesellschaftlichen Veränderung nach und ermöglicht Schülerinnen und Schülern, sich außerhalb des konfessionellen Religionsunterrichts mit Werten, den unterschiedlichen Religionen und Weltanschauungen und mit philosophischen Fragen auseinanderzusetzen.

Mit der Neuordnung des islamischen Religionsunterrichts können wir diesen an unseren Schulen fortführen, und zwar mit Lehrerinnen und Lehrern, die bei uns in Deutschland ausgebildet wurden, um muslimischen Schülerinnen und Schülern ein schulisches Angebot für ihre Religion zu geben.

Der Weg hin zu einer inklusiven Gesellschaft ist eine weitere Herausforderung, die wir seit der Verabschiedung der UN-Behindertenrechtskonvention 2006 als Staatsauftrag umzusetzen haben. So ist der Zugang zu Regelschulen ein Beitrag hin zu einer inklusiven Gesellschaft. Mit den zusätzlichen Mitteln zur Inklusion wollen wir diesen Zugang weiter verbessern und durch die inklusive Beratung für die Kindertageseinrichtungen auch in den frühkindlichen Bereich ausweiten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Alles Sachen aus unserer Zeit!)

Doch die größte Herausforderung unserer Zeit ist der Klimawandel.

(Oh-Rufe von der AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Oh nein!)

Es ist gut, dass Schülerinnen und Schüler freitags auf die Straße gehen und für mehr Klimaschutz protestieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Rüdiger Klos AfD: Nein, die sollen in die Schule!)

Aber sie gehen nicht nur auf die Straße, um zu protestieren. Viele davon bringen das Thema in ihre Schulen, um diese nachhaltiger zu gestalten.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das können sie auch am Samstag machen!)

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Abg. Boser, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stein zu?

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Nö. – Mit der Leitperspektive „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ haben wir das Thema im aktuellen Bildungsplan bereits für den Unterricht verankert. Um diese Leitperspektive zu füllen, eignen sich außerschulische Partner wie beispielsweise das EPiZ in Reutlingen, die mit dem BNE-Kompass, „Multiplikatorenschulungen für Lehrerinnen und Lehrer“ oder auch Projekten wie „Future Fashion“ Angebote für die Schulen machen, um das Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ im Unterricht zu verankern.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wir unterstützen das EPiZ daher mit zusätzlichen Mitteln, damit es seine Angebote ausbauen und verstetigen kann.

Die Grundlagen für eine erfolgreiche Bildungsbiografie werden in der frühesten Kindheit geschaffen. So ist der qualitative Ausbau von Kindertageseinrichtungen ein Erfolg der grün geführten Landesregierung, nicht nur, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, nein, vor allem, um die Entwicklung zu unterstützen, denn diese Einrichtungen fördern soziale Kontakte, bieten Sprachangebote, schaffen Zugang zu Natur und Kultur und geben spielerisch die ersten Bildungsangebote.

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Abg. Boser, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rottmann zu?

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Nö.

(Abg. Thomas Blenke CDU: So spart man Redezeit!)

So ist der Ausbau dieser Angebote ein Schwerpunkt unserer Arbeit in den vergangenen acht Jahren gewesen. Mit dem „Pakt für gute Bildung und Betreuung“ gehen wir diesen Weg weiter und ergänzen das „Gute Kita“-Gesetz um eine inklusive Beratung und eine Fachkräfteoffensive, und wir stärken die Sprachförderung.

Die SPD hat nun am Mittwoch kritisiert, wir würden nicht mehr in die Qualität investieren. Wenn Sie das so sehen, dann stellen Sie auch die entsprechenden Anträge dazu. Es gibt von der SPD genau zwei Anträge zur frühkindlichen Bildung: Zum einen fordern Sie die Streichung des Forums Frühkindliche Bildung, und zum anderen wollen Sie die Beitragsfreiheit für Kitas.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Würden Sie zustimmen?)

Sind das Ihre Qualitätsmaßnahmen?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Stimmen Sie zu? – Gegenruf von der CDU: Nein, wir lehnen ab! – Zuruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

Bildung beginnt in den Kindertageseinrichtungen und begleitet uns ein Leben lang.

Wir steigern die Qualitätsmaßnahmen. Sie haben keinen Antrag zu irgendeiner qualitativen Maßnahme im Bereich der Kindertageseinrichtungen gestellt.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Genau!)

Bildung beginnt in den Kindertageseinrichtungen und begleitet uns ein Leben lang. So ist es für uns ein großer Erfolg, dass wir mit diesem Haushalt die Mittel für die Weiterbildungsträger auf den Bundesdurchschnitt anheben können; denn auch sie sind für ein leistungsfähiges und chancengerechtes Bildungssystem unverzichtbar. Gerade durch die Veränderungen und die steigende Komplexität in der Berufswelt und im Alltag kommt der Weiterbildung eine noch größere Bedeutung zu.

(Sandra Boser)

Ebenso wertvoll ist für uns die kulturelle Bildung. Außerschulische Partner wie die Schultheater ergänzen das schulische Angebot. Die Jugendkunstschulen und die Musikschulen bieten ein hochwertiges, vielfältiges Angebot über alle Generationen hinweg. Es ist gut, dass es uns zum Schluss gelungen ist, die Regelförderung anzupassen und damit dieses Angebot in der Fläche zu sichern.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin sehr dankbar, dass wir so engagierte Schulen, Kindertageseinrichtungen und außerschulische Partner im Land haben, die die Herausforderungen unserer heutigen Zeit aufgreifen, um die Kinder in diesem Land auf die Zukunft vorzubereiten. Ihnen allen möchte ich an dieser Stelle herzlich danken, meine Hochachtung aussprechen und für die Zukunft alles Gute wünschen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Röhm das Wort.

(Zuruf von der CDU: Guter Mann!)

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Bildung ist die wichtigste Ressource in unserem Land.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ja!)

Die Landesregierung investiert deshalb im Doppelhaushalt rund jeden vierten Euro in den Kultusbereich. Eine zentrale Zielsetzung der CDU-Fraktion ist die Stärkung der Qualität der frühkindlichen Bildung und Betreuung sowie von Unterricht und Schule. Mit dem „Pakt für gute Bildung und Betreuung“ und der darauf abgestimmten Umsetzung des „Gute Kita“-Gesetzes setzen wir nachhaltige Akzente für die Jüngsten in unserem Land, für die kommende Generation.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Röhm, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rottmann zu?

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wenn mir am Ende noch Zeit bleibt, gern. Er kann mich ja nachher auf dem Gang ansprechen.

(Heiterkeit)

Die Weiterentwicklung der Qualität im Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung hat für die CDU hohe Priorität und Vorrang vor Gebührenfreiheit, insbesondere weil eine familienbezogene Sozialstaffelung der Gebühren landesweit ohnehin verbindlich ist.

Wir starten eine PiA-Ausbildungsoffensive zur Gewinnung von Fachkräften, stärken die Kindertagespflege, führen die Leitungszeit für pädagogische Leitungsaufgaben ein und bringen eine verlässliche sprachliche sowie elementare Förderung für die Kinder auf den Weg.

Mit dem Forum Frühkindliche Bildung Baden-Württemberg vernetzen wir die Akteure und unterstützen die Qualitätsentwicklung der pädagogischen Arbeit in der Kindertagesbetreuung.

Unserer Fraktion war und ist es ein wichtiges Anliegen, die Schulleitungen zu stärken, was zum 1. September 2020 mit Besoldungsanhebungen, Zulagen für kommissarische Schulleitungen und dem Ausbau der pädagogischen Assistenzsysteme auch erfolgt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

– Das kostet alles Zeit.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass alle Grundschulrektoren zukünftig eine Grundbesoldung nach A 13 erhalten. Die CDU lebt eben die Devise „Kurze Beine, kurze Wege“ und steht auch für einen starken ländlichen Raum.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen
– Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aber die langen Beine auch nicht vergessen!)

Die Besoldung der Schulleiter in Haupt- und Werkrealschulen beginnt zukünftig bei Besoldungsgruppe A 14 und orientiert sich damit an den Funktionsstellen der Realschulen und der Gemeinschaftsschulen.

Wir plädieren dafür, in einem weiteren Schritt die Leitungszeit zu erhöhen und die Kürzung des allgemeinen Entlastungskontingents um 14 %, die durch die Vorgängerregierung unter Führung der SPD erfolgt ist, zurückzunehmen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Da warten wir mal!)

In Regierungsverantwortung hat die SPD das allgemeine Entlastungskontingent – hören Sie zu! – um 230 Deputate zu Sparzwecken gekürzt, und nun fordert sie in der Opposition die Aufstockung um 135 Deputate.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das ist ja ein Widerspruch! Das ist unglaublich!)

Echte Wertschätzung sieht anders aus.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben nachdrücklich eingefordert, dass die seit dem Schuljahr 2014/2015 eingerichteten kommunalen Betreuungsangebote an den Grundschulen zukünftig wieder bezuschusst werden. Das gilt übrigens auch für Neuangebote. Mit dem Ausbau flexibler Betreuungsangebote verbinden sich mehr Angebotsvielfalt und Wahlmöglichkeiten für die Eltern, ganz im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die uns besonders wichtig ist.

Wir setzen gerade mit Blick auf die lernschwachen Schüler auf die wertvollen Kompetenzen der Lehrkräfte an Haupt- und Werkrealschulen. Deswegen hat die Landesregierung im Jahr 2017 ein Qualifikationsprogramm für 5 000 Lehrer aufgelegt, damit eine Beförderung nach Besoldungsgruppe A 13 zeitnah erfolgen kann. Wir freuen uns ebenso, dass durch Stellenhebungen weiterer Funktionsstellen für Fachlehrer deren Wartezeit auf ein Beförderungsamt verkürzt wird.

(Karl-Wilhelm Röhm)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser ganz besonderer Dank gilt Ihnen, liebe Frau Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Jawohl!
– Oh-Rufe von der SPD)

Ihr ganz persönlicher Anspruch und der Anspruch der CDU-Landtagsfraktion ist es, dass Baden-Württemberg in den Leistungsvergleichen wieder Spitzenplätze belegt und sich durch ein leistungsstarkes und chancengerechtes Bildungssystem auszeichnet. Mein aufrichtiger Dank gilt auch allen Lehrerinnen und Lehrern für ihr schulisches und vor allem ihr außerschulisches Engagement.

Abschließend möchte ich noch zwei Maßnahmen benennen, die mir und meiner Fraktion ein Herzensanliegen sind. Gemeinsam mit den baden-württembergischen Schwimmverbänden und den Landesverbänden der DLRG werden Maßnahmen ergriffen, die dazu führen, dass noch mehr Kinder vor Eintritt in die Grundschule schwimmen lernen.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: In der Donau!)

Zweitens bringen wir, die CDU, ein Projekt zur Förderung von Schülermentoren für außerunterrichtliche Lernzeit und Ferienschule an den Realschulen mit einem Volumen von 2,4 Millionen € auf den Weg. Schüler der Klassenstufen 5 bis 7 sollen über den Regelunterricht hinaus zielgerichtet in den Kernfächern und den Naturwissenschaften durch Schülermentoren der Klassen 9 und 10 in der unterrichtsfreien Zeit gefördert werden.

Werte Kolleginnen und Kollegen, unser Kollege Dr. Schütte wird als finanzpolitischer Berichterstatter in der zweiten Runde weitere Maßnahmen zum Einzelplan 04 darlegen. Darauf freut sich die CDU-Fraktion – Sie alle tun das hoffentlich auch.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg bleibt in dieser Regierung auch in der Bildungspolitik unter seinen Möglichkeiten. An zahlreichen Stellen kommt das Land nicht voran.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Für uns ist neben der mangelnden Unterrichtsversorgung in diesen Beratungen vor allem ein Punkt zentral: Wir müssen endlich die Kitagebühren abschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Der Kampf dafür findet eine breite Resonanz. Er kennt übrigens auch kein schlechtes Wetter. Gerade eben standen vor dem Landtag viele Engagierte dieses Bündnisses aus den Kitas sowie Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften und der SPD.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Innerhalb der Bannmeile!)

Es ist nicht nur, aber auch eine sozialdemokratische Grundhaltung, dass Kitas Bildungseinrichtungen sind. Es ist für uns klar, dass der Besuch von Bildungseinrichtungen nichts kosten darf – das gilt für die Schule, für das Studium, aber eben auch für die Kitas.

(Beifall bei der SPD)

Frau Kollegin Boser, es geht an dieser Stelle auch um Gerechtigkeit. Es geht um Gerechtigkeit, weil es Städte gibt wie Heilbronn, in denen Eltern gar nichts zahlen, während wenige Kilometer weiter – wir haben es gerade eindrucksvoll von einer jungen Mutter geschildert bekommen – Eltern jeden Monat mehrere Hundert Euro auf den Tisch blättern müssen, nur weil sie auf der falschen Seite des Flusses wohnen. Das ist nicht gerecht; das hat mit Bildungsgerechtigkeit und vor allem mit Familienförderung nichts zu tun. Diese Mutter hat dargelegt, an welchen Stellen das Geld im Alltag dann fehlt. Nein, wer es mit Bildungschancen und Familienförderung ernst meint, muss die Kitagebühren abschaffen. Wir – wir! – haben diese Qualität in unserer Zeit der Verantwortung für das Kultusministerium in diesem Land erst einmal wachgeküsst und an die Spitze geführt.

(Zurufe von der CDU)

Sie machen heute eines: Sie wollen Gebührenfreiheit gegen Qualität ausspielen. In diesem reichen Land muss beides gehen. Wir brauchen die Kita-Gebührenfreiheit jetzt!

(Beifall bei der SPD – Abg. Anton Baron AfD: Was war denn in der letzten Legislaturperiode? – Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Aber, Kolleginnen und Kollegen, dies ist nur eine Stelle, an welcher Schwarz-Grün, an welcher die Kultusministerin nicht liefert. Hören wir uns um.

Ich möchte keine Ministerpräsidentin Eisenmann. Ich erlebe keine Maßnahmen, die die Bildungsqualität voranbringen.

Die Ministerin sei auf Außenwirkung bedacht, ihre Vorschläge seien „auf eine sehr konservative Wählerschicht gerichtet“.

(Zurufe: Wer hat das gesagt? – Was?)

Die Worte stammen nicht von mir; sie stammen von der Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, GEW.

(Zurufe von der CDU und der AfD: Oje! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das überrascht aber sehr! Das überrascht mich jetzt!)

Halleluja! Wie ist es dazu gekommen? Doro Moritz gibt die Antwort selbst:

Allerdings erwarten wir endlich wirksame Maßnahmen statt jahrelanger Ankündigungen, Trostpflasterchen und aktivistischer Schritte.

Und sie hat recht. In den Schulen hat sich massiv Frust aufgebaut.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Wie in der SPD!)

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Dies ist eine Reaktion auf einen ruppigen Führungsstil, auf Maulkörbe, auf Schuldzuweisungen, auf bloße Handreichungen, auf Kontrolle statt tatsächlicher Ressourcen, auf Managementfehler bei Großprojekten und viel zu viele gebrochene Versprechungen. Das Ganze wird noch gekrönt durch eine Ministerin, die sich auf Kosten von Lehrkräften, von Schülerinnen und Schülern profilieren will.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ha no, ha no!)

Bei Bedarf kommt Elternbashing noch dazu. Das geht so nicht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Von welchem Bundesland sprechen Sie denn?)

– Ja klar, Herr Röhm, verantwortlich sind bei Ihnen und bei der Ministerin immer die anderen. Aber schauen wir uns doch einmal die Leistungsbilanz der Ministerin an.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Die ist sehr gut!)

Wo bleibt die Kita-Fachkräfteoffensive mit beruflichen und akademischen Wegen in die frühkindliche Bildung?

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Frau Boser, warum haben Sie gestern unseren Antrag abgelehnt, 200 Stellen mehr für die Kindheitspädagogik einzustellen?

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Fehlanzeige! Wo ist die dauerhafte Förderung des Landes, und zwar nicht nur durch Bundesmittel, bei der digitalen Ausstattung der Schulen? Fehlanzeige! Wo sind bereits für das nächste Schuljahr die 2 000 Stellen in der Vertretungsreserve – nicht nur auf der langen Bank –, die Sie, Frau Ministerin, übrigens selbst angemeldet haben, weil die Schulen sie brauchen? Fehlanzeige! Wo ist die Strategie zum Ausbau der Ganztagschule, beispielsweise im Sekundarbereich, die Sie selbst als qualitativ hochwertigeres Angebot – Kolleginnen und Kollegen der CDU – gerade im Vergleich zur Betreuung bezeichnet haben? Fehlanzeige! Wo ist die mutige, die notwendige Ausbauoffensive bei der Lehrkräfteausbildung?

Frau Ministerin, Ihr eigenes Haus hat Ihnen vorgerechnet, dass wir bis zum Jahr 2030 10 000 neue Stellen brauchen. Wo sind die Anträge von Ihnen, wo ist die Aufstockung dazu? Fehlanzeige! Stattdessen feiern Sie sich aktuell für 1 000 neue Stellen, die noch nicht einmal den Mehrbedarf durch neue Aufgaben, den Sie, Frau Kollegin Boser, gerade zu Recht aufgezählt haben, abdecken. Das heißt, in einer Zeit, in der Sie aus Notwehr von Eltern wegen Unterrichtsausfall verklagt werden – ein einmaliger Vorgang –, verschärfen Sie die Situation auch noch. Sie sind zu schwach, diesen Mehrbedarf durchzukämpfen, Frau Ministerin.

Sie sind die Ministerin des Unterrichtsausfalls. Ihre Leistung ist vor allem eines: ungenügend!

(Beifall bei der SPD – Abg. Nicole Razavi CDU: Uijui! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr bleihaltige Luft! – Weitere Zurufe)

An einer Stelle, Frau Ministerin, sind Sie großartig: Hochglanzbroschüren. Rechtschreibrahmen, Handreichung Klassenführung, Leitfaden Demokratiebildung, Leitfaden für die Werkrealschule zur Unterstützung der beruflichen Orientierung, Qualitätsrahmen Ganztagschule, Modul für Grundschulleitungen: Das ist alles wichtig.

(Zuruf der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Was ist dem allen gemeinsam? Es ist mit keinerlei Ressourcen unterfüttert.

Wir haben einen dreijährigen Modellversuch aus Schleswig-Holstein übernommen: „Lesen macht stark“, „Mathe macht stark“. Keine einzige Stunde geben Sie da rein. Wie soll das bitte funktionieren? Die GEW bringt das auch an dieser Stelle klar auf den Punkt: Weder die Schulen noch das Land brauchen eine „Schaufensterpolitik“. Die GEW weiter:

Wir brauchen eine Konzentration auf Inhalte und konstruktive Unterstützungsmaßnahmen, wenn die Qualität in der Schule besser werden soll.

Die Bildungsgewerkschaft hat recht: Ihre Schaufensterpolitik ist einmal mehr ungenügend.

(Beifall bei der SPD – Abg. Anton Baron AfD: Schreiben nach Gehör! – Abg. Rüdiger Klos AfD: Genauso schwach wie Ihre Rede!)

Noch schlimmer: Sie haben dem Land bereits einen Milliardenschaden verursacht.

(Zuruf von der CDU: Da wäre ich mal ganz vorsichtig!)

Ihr langes Desinteresse als oberste Chefin bei der digitalen Bildungsplattform „ella“ hat zu einem Milliardenschaden und einem 80-seitigen Bericht des Rechnungshofs geführt.

(Zurufe von der CDU)

Selten wurde einem Ministerium ein solches Steuerungsvergessen attestiert.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Auch hier vollmundige Ankündigungen, am Ende kein funktionsfähiges Produkt, mindestens fünf Jahre verloren – ein Desaster!

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bei Ihnen hat es angefangen! – Abg. Rüdiger Klos AfD: Wer wollte keinen Untersuchungsausschuss?)

Als ob dies nicht schon schlimm genug wäre, kündigt sich bei Ihrem sogenannten Qualitätskonzept das nächste Unheil an. Mal unter uns, Frau Ministerin –

(Heiterkeit – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir reden hier im Plenum! Nicht „unter uns“!)

– Jimmy, ganz ruhig! Da wird einer eifersüchtig.

(Heiterkeit)

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Also noch einmal. Mal unter uns, Frau Ministerin: Wer hat Ihnen diesen Unsinn eigentlich eingeredet?

(Abg. Anton Baron AfD: Die SPD! – Zuruf: Die SPD vermutlich!)

„Ella“ auch hier: ein millionenschweres Projekt, unzureichend organisiert auf den Weg gebracht und schlecht gesteuert. Nicht einmal die Hälfte der Stellen im neuen Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung – ZSL – waren Stand November besetzt. Eine neue Software wurde übereilt eingeführt – übrigens konnte man alte Datenbestände erst gar nicht übernehmen. Eine massive Mehrarbeit ist die Folge, Rückmeldungen von hoch frustrierten Mitarbeitern erreichen nicht nur uns.

Fatal ist das, weil das ZSL nämlich bereits seit dem 11. September 2019 die volle Verantwortung für die Lehrerbildung übernommen hat, aber ganz offensichtlich aktuell nicht einmal ansatzweise arbeitsfähig ist. Ja, es bestand Handlungsbedarf in diesem Bereich. Sie aber haben ein funktionierendes System und seine Strukturen unorganisiert zerschlagen. Die laufende Lehrerbildung droht aktuell massiv in die Knie zu gehen. Was für ein Wahnsinn! Große Projekte, große Scherbenhaufen, aber große Karrierepläne. Wie lautet der aktuelle Slogan der Kampagne der CDU: „Ehrlich. Echt. Eisenmann“? Aus den Schulen erreichen uns Rückmeldungen: „Echt enttäuschend. Eisenmann“.

(Beifall bei der SPD)

Nein, Kolleginnen und Kollegen, es freut uns nicht, als Opposition zu sehen, wie Frau Eisenmann ein Projekt nach dem anderen an die Wand fährt. Dazu steht zu viel auf dem Spiel. Wir brauchen einen aktiven Staat, der handelt. Wir müssen jetzt massiv in die Bildung investieren. Es ist Zeit, die Arbeitsbedingungen des pädagogischen Personals nachhaltig zu verbessern. Wir brauchen 2 000 Stellen in der Vertretungsreserve bereits zum nächsten Schuljahr.

Stoppen Sie die unsägliche Entlassung der befristet angestellten Lehrkräfte über die Sommerferien. Beenden Sie die Befristung der Stellen in der Sprachförderung. Stärken Sie die Schulsozialarbeit und die schulpsychologischen Beratungsstellen. Öffnen Sie Karrierewege für Kindheitspädagogen in den Kitas. Erhöhen Sie massiv die Lehrkräfteausbildung. Und es ist Zeit für mehr Bildungsgerechtigkeit und Familienförderung. Wir brauchen die Abschaffung der Kitagebühren jetzt.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Senger.

Abg. Doris Senger AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen Abgeordnete! Es ist sehr unterhaltsam, auch einmal die Zeitungsartikel über unsere Haushaltsberatungen zu lesen. Wie die Parteien wirklich ticken, zeigt sich in den nicht öffentlichen Ausschussberatungen.

Die Anträge, die wir einreichen, sind exakt dieselben, die auch öffentlich debattiert werden. Es sind zum großen Teil

dieselben, die die AfD-Fraktion im vergangenen Jahr eingereicht hat. Das war übrigens vor meiner Zeit im Landtag.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ach so!)

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Landesregierung die Bildung für ihre parteipolitischen Interessen und gegen die AfD instrumentalisieren möchte.

(Beifall bei der AfD)

150 000 € für den Leitfaden Demokratiebildung: Herr Helmut Holter, seines Zeichens Thüringer Kultusminister und 1973 Mitglied der SED geworden, hat dieses Thema als Präsident der Kultusministerkonferenz vorangetrieben.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Hört, hört!)

Von einem Diplom-Gesellschaftswissenschaftler der Parthenhochschule der KPdSU lässt sich diese Landesregierung für ihre bildungspolitischen Maßnahmen inspirieren.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Hört, hört!
– Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Und die CDU macht mit!)

Wir haben in diesem Haushalt auch einen Schwerpunkt auf die Arbeit der Musikschulen und auf den Sport gelegt. Dies ist die Jugendbildung, die wir befürworten.

(Beifall bei der AfD)

Uns hat erschüttert, wie sich der Vertreter des Landesjugendrings nicht einmal den Anschein einer parteipolitischen Neutralität geben wollte, von seinen engen Beziehungen zum Büro Lucha sprach und nicht einmal bereit war, sich von den Verbindungen zur Antifa zu distanzieren.

(Beifall bei der AfD – Abg. Carola Wolle AfD: Unglaublich! – Zuruf von der AfD: Skandal!)

Wir haben die vorhandenen Mittel für verschiedene Maßnahmen der musikalischen Jugendbildung und der Sportförderung eingesetzt. Wir möchten 1 Million € im Jahr für Stipendien in der Musikausbildung der Jugendlichen zur Verfügung stellen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Vielleicht dürfen Sie das nächste Mal selbst eine Rede schreiben!)

Mit Stipendien sollen Preisträger des Wettbewerbs „Jugend musiziert“, aber auch andere musikalisch begabte Jugendliche gefördert werden.

Wir haben ebenfalls die Zuschüsse an Kommunen für die Musikschulen deutlich erhöht. Wir möchten nicht, dass weiterhin in großem Maß an den Musikschulen hoch qualifizierte Musiker in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt werden.

(Beifall bei der AfD)

Wir möchten, dass vermehrt haupt- und nebenamtliche Lehrkräfte und weniger Lehrkräfte mit Honorarverträgen beschäftigt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

(Doris Senger)

Wir möchten ebenfalls den Sport fördern und dafür Sorge tragen, dass genügend Mittel vorhanden sind, um Sportstätten neu zu bauen oder diese zu renovieren.

(Beifall bei der AfD)

Auch für den Schwimmbadbau bzw. die -renovierung befürworten wir die Unterstützung des Landes.

(Beifall bei der AfD)

In Zeiten des Lehrermangels wird niemand einen Stellenaufbau im Bereich Kultus kritisieren. Doch gab es früher so viel mehr Lehrer als heute, oder werden die vorhandenen Lehrer nicht effizient eingesetzt? Auch wenn die Neuordnung der Lehreraus- und -fortbildung einen gewissen Sinn haben könnte, so lehnen wir doch das Forum Frühkindliche Bildung ab.

(Beifall bei der AfD)

Hier maßt sich das Kultusministerium eine Mitbestimmung an. Eine systematische Begleitung der Kindertagesstätten durch das Kultusministerium lehnen wir ebenso ab wie die Ausdehnung der Evaluation auf das frühkindliche Alter.

Mut zur Wahrheit heißt, auch unangenehme Wahrheiten auszusprechen. In Zeiten von Lehrermangel und Unterrichtsausfall sollte die Verringerung der Klassengrößen nicht vorrangiges Ziel sein. Wichtiger ist es, durch homogene Lerngruppen zu ermöglichen, dass auch größere Klassen unterrichtet werden.

(Beifall bei der AfD)

Eine weitere Wahrheit, die einmal ausgesprochen werden muss: Es sind gerade die bildungspolitischen Maßnahmen der vergangenen Jahre, die zum Lehrermangel geführt haben.

(Beifall bei der AfD – Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Wer schreibt denn so einen Mist? – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Ruhe auf den billigen Plätzen!)

Eine klare Definition der Lernziele und homogene Klassen bzw. Lerngruppen sind das, was wir fordern. Dies erleichtert den Unterricht für den Lehrer entscheidend. Natürlich möchten die Eltern, dass sich der Lehrer speziell ihrem Kind widmet. Eine homogene Lerngruppe wird es dem Kind und dem Jugendlichen dann auch erleichtern, sich in die Klasse einzufügen. Dies ist sehr viel einfacher, als wenn der Lernstand zu unterschiedlich ist.

(Beifall bei der AfD – Abg. Daniel Born SPD: Woher haben Sie denn Ihre Theorien? – Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Wo gibt es Homogenität?)

Wir sehen, dass die CDU unsere Forderung nach dem neunjährigen Gymnasium scheinbar zu entkräften versucht, indem sie ihr zuvorkommt und die Lehrer einstellt. Hoffentlich werden diese Stellen dann auch besetzt und die Lehrer für ein neunjähriges Gymnasium eingesetzt.

(Beifall bei der AfD)

Die Landesregierung tut mit diesen neuen Lehrerstellen für das neunjährige Gymnasium so, als ob es dieses noch gäbe. Es gibt gerade noch 43 in ganz Baden-Württemberg. Ein paar

Lehrerstellen hier oder dort werden das gegenwärtige Problem nicht beheben. 84 Stellen am Gymnasium allgemein – das wird schwerlich ausreichen. Die CDU schwankt zwischen der Befriedigung der Wünsche ihres grünen Koalitionspartners und einem – sich verflüchtigen – konservativen Selbstverständnis.

(Beifall bei der AfD)

Denn schaut man sich die Stellen an, dann wird sehr schnell klar, dass der größte Stellenaufbau noch immer in der Gemeinschaftsschule stattfindet:

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Ja, wenn es mehr Schulen gibt, braucht man mehr Lehrer!)

1 664 neue Beamtenstellen im kommenden Jahr, 367 Beamtenstellen im Jahr darauf, und das alles für eine Schule, die die Erwartungen nicht erfüllt.

(Beifall bei der AfD)

Demgegenüber werden 1 452 Stellen an den Grund-, Haupt- und Werkrealschulen abgebaut. Es werden also rund 200 Stellen mehr an den Gemeinschaftsschulen aufgebaut, als an den Grund-, Haupt- und Werkrealschulen abgebaut werden. Warum?

(Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Weil wir mehr Lehrer einstellen! – Zuruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

Für eine Schule, die unnötig ist. Denn alle hier angebotenen Bildungsabschlüsse werden auch an anderen Schulen angeboten, und das pädagogische Konzept ist fragwürdig.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Um den Lehrermangel an den Grundschulen zu beheben, sollte man diese Grund-, Haupt- und Werkrealschullehrer dort einsetzen.

Wir wollen die Zuschüsse an internationale Schulen streichen. Wir halten internationale Schulen für sehr wichtig und auch förderungswürdig, wenn dort auch ein deutscher Abschluss angeboten wird.

(Beifall bei der AfD)

Alles andere ist nicht im Sinne des deutschen Steuerzahlers. Denn es führt zu einer Marginalisierung unserer Bildungsabschlüsse.

(Beifall bei der AfD)

Unsere hochwertige kostenlose Schulbildung steht jedem Kind offen, das hier wohnt. Viele internationale Schulen bereiten auf mehr als einen Schulabschluss vor, und es ist den Schülern durchaus zuzumuten, neben einem internationalen Abschluss auch ein deutsches Abitur abzulegen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das können sie übrigens, wenn sie wollen!)

Wir fordern ein weiteres Mal Zuschüsse für Lehrer in Mangelfächern und in Mangelregionen. Jeweils 2 Millionen € pro

(Doris Senger)

Jahr haben wir hierfür beantragt. Die CDU-Spitzenkandidatin möchte ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen und gründet dafür ein neues Institut nach dem anderen – zulasten des Steuerzahlers.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Wir haben mit unserem G-9-Gesetzentwurf eine Richtung zu mehr Leistungsorientierung vorgegeben. Wir haben mit unseren heutigen Anträgen gezeigt, dass uns auch die außerschulische Bildungsarbeit – insbesondere im Sport und in der Musik – wichtig ist.

(Beifall bei der AfD)

Es ist natürlich gut, wenn auch Schüler auf die Straße gehen und sich politisch engagieren – aber bitte zu unterrichtsfreien Zeiten.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Sehr richtig! – Zuruf von der AfD: Jawohl! Richtig!)

Nehmen Sie einfach zur Kenntnis, dass durchschnittlich nur 22 % der Schüler an einem Standort an den „Fridays for Future“-Demos teilgenommen haben.

(Abg. Carola Wolle AfD: Es waren mehr Lehrer teilweise!)

So wird es auf eine Anfrage an die Landesregierung berichtet.

Besten Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Jetzt kommt mal Inhalt in die Debatte! – Abg. Klaus Hoher FDP/DVP: Guter Mann!)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf den ersten Blick erscheint der Kultushaushalt durchaus ambitioniert. Über 1 080 neue Lehrerstellen werden geschaffen – zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung und zum Ausbau des Ethik- und des Informatikunterrichts. Das ist eine Leistung, die wir Freien Demokraten selbstverständlich anerkennen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der CDU)

Zu beachten ist aber, dass dieser Landesregierung dabei natürlich die äußerst günstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen – und damit die sehr hohen Steuereinnahmen – zugutekamen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Natürlich! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Die verwenden wir klug!)

Doch trotz dieser erstklassigen Haushaltslage entpuppt sich der Doppelhaushalt 2020/2021 bei genauerem Hinsehen als ein Haushalt der Kraft- und der Mutlosigkeit.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Na!)

Erstens besitzt die grün-schwarze Koalition weder die Kraft noch den Mut, faire Bedingungen bei der Personalausstattung der verschiedenen Schularten zu schaffen. In den Schulkapiteln des Haushalts zeigen sich schwere Verwerfungen. Während die Zahl der Stellen bei Sonder- und Realschulen sowie Gymnasien moderat steigt, nimmt sie bei den Grund-, Haupt- und Werkrealschulen um 1 810,5 ab. Ganz offensichtlich rechnet die CDU-Kultusministerin mit massiven Schließungen von Haupt- und Werkrealschulen. Die Ministerin hat aber trotz guter Absichten nicht die Fähigkeit besessen, bei diesem Schulschließungstrend auch tatkräftig gegenzusteuern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das zeigt sich vor allem bei der Abstimmung über zwei Gesetzentwürfe der FDP/DVP-Fraktion, die vor allem den Haupt- und Werkrealschulen wieder eine Zukunft geben sollten. Bei beiden ließ der grüne Koalitionspartner eine Zustimmung der CDU nicht zu.

Gleichzeitig wächst die Zahl der Stellen an den Gemeinschaftsschulen in den Haushaltsjahren 2020/2021 um 2 031 an. Das hat natürlich mit dem Aufwuchs der Jahrgangsstufen zu tun,

(Zurufe der Abg. Raimund Haser CDU und Gerhard Kleinböck SPD)

aber es schlägt eben auch ein sehr gewichtiges Gemeinschaftsschulprivileg durch. An den Gemeinschaftsschulen liegt der Klassenteiler bei 28 Schülern, an den anderen weiterführenden Schulen bei 30. Es ist also schon erstaunlich, dass ausgerechnet eine CDU-Kultusministerin das Klassenteilerprivileg der Gemeinschaftsschulen in keiner Weise anpackt und damit eine gewaltige Ressourcenverschiebung zugunsten der Gemeinschaftsschule zu verantworten hat.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die FDP/DVP beantragt deshalb erneut, den Klassenteiler an den Gemeinschaftsschulen von 28 Schülern auf das Niveau der anderen weiterführenden Schulen, das derzeit bei 30 Schülern liegt, anzuheben. Die hierdurch frei werdenden Lehrerstellen sollen einerseits den Haupt- und Werkrealschulen zur Stärkung ihres berufspraktischen Profils zugutekommen und andererseits für die Verbesserung der Unterrichtsversorgung an allen Schularten und zum Ausbau des Ethikunterrichts an den Grundschulen verwendet werden.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Zuruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

Zweitens fehlen der grün-schwarzen Koalition die Kraft und der Mut, den Lehrerberuf attraktiver zu machen. Keinen Cent gab es, um die Sommerferienarbeitslosigkeit von Vertretungslehrern und Referendaren zu beenden. Die FDP/DVP wird deshalb ihre Änderungsanträge noch einmal stellen, um diesen bildungspolitischen Unsinn endlich zu beenden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Beantragt haben wir auch, den Grundschulen zukünftig mehr Möglichkeiten zur Personalentwicklung zu geben. Hierzu sollte u. a. die Möglichkeit gehören, dass Lehrkräfte Zulagen er-

(Dr. Timm Kern)

halten, wenn sie festgelegte, übergeordnete Aufgaben wie beispielsweise die Lese- und Rechtschreibförderung oder die Organisation des Ganztagsbetriebs übernehmen. Durch die zu erwartenden weiteren Zusammenlegungen und Schließungen von Schulen werden Mittel frei, die zur Finanzierung der Personalentwicklungsbudgets herangezogen werden können und somit dem Grundschulbereich erhalten bleiben.

Drittens fehlen der grün-schwarzen Koalition die Kraft und der Mut, eine Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 zu schaffen. Die FDP/DVP beantragt, allen Gymnasien die Möglichkeit zu geben, die ihnen im Rahmen einer einheitlichen Kontingentstundentafel zugewiesenen Lehrerwochenstunden auf acht oder eben auf neun Jahre zu verteilen. Außerdem soll der G-9-Schulversuch auslaufen und sollen die hierdurch frei werdenden Wochenstunden auf alle Gymnasien verteilt werden. Ferner sind statt weiterer Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen die beruflichen Gymnasien so auszubauen, dass jeder Bewerber mit den entsprechenden Voraussetzungen dort einen Platz erhält – wenn möglich, in der gewünschten Fachrichtung und dem gewünschten Profil.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Viertens fehlen der grün-schwarzen Koalition die Kraft und der Mut, die Eigenverantwortung der Schulen zu stärken. Zu Beginn des Schuljahrs 2019/2020 waren 690 Lehrerstellen unbesetzt. Die Landesregierung will die Ressourcengewinne aus freien, nicht besetzten Lehrerstellen aber der globalen Minderausgabe für den Kultusetat zuführen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wahnsinn!)

Die FDP/DVP-Fraktion ist jedoch der dezidierten Auffassung, dass diese Mittel denjenigen Schulen zur Verfügung stehen sollten, die von der Lehrerunterversorgung am meisten betroffen sind. Diese sollen daraus Personal für pädagogische Zwecke – wie beispielsweise die Hausaufgabenbetreuung, die Leseförderung oder die Betreuung von Arbeitsgemeinschaften –, aber auch Verwaltungskräfte und Schulsozialarbeiter beschäftigen können.

Fünftens fehlen der grün-schwarzen Koalition die Kraft und der Mut, bei der Digitalisierung nicht nur die Notwendigkeit zu Investitionen in Kabel und Beton, sondern auch die Notwendigkeit zur Investition in die Köpfe zu sehen. Wir beantragen deshalb noch einmal, dass Schulen bei Digitalisierungsvorhaben eine professionelle Beratung in Anspruch nehmen können.

(Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Außerdem wollen wir die Bereitstellung von Mitteln für zusätzliche Lehrerfortbildungsangebote im Bereich der Digitalisierung.

Sechstens fehlen der grün-schwarzen Koalition die Kraft und der Mut, ein Qualitätsmanagement auf die Beine zu stellen, das die Expertise der Praktiker zur Entfaltung bringt und das den Anforderungen der Schulen genügt. Stattdessen schafft das Kultusministerium erstens eine Zentralbehörde mit Parallelstrukturen zu den bisherigen Seminaren für Lehrerbildung. Es schneidet zweitens die Praktiker dort von der Mitwirkung an Konzepten ab und verweigert sich drittens dem

Vorschlag der FDP/DVP-Fraktion für Fortbildungsbudgets an den Schulen. Stattdessen sollen es nach dem Willen der Koalition vorgegebene Einheitskonzepte richten. Wichtige Institutionen wie die Schulpsychologen, die in die neue Struktur nicht passen, drohen gar unter die Räder zu geraten und von ihren dringend benötigten Verwaltungskräften institutionell abgeschnitten zu werden. Frau Ministerin Eisenmann, es wäre dringend erforderlich, wenn Sie heute uns und der Öffentlichkeit erläutern würden, wie Sie hier für Klarheit sorgen wollen.

Siebtens fehlen der grün-schwarzen Koalition die Kraft und der Mut, die Grundlagen für eine solide und verlässliche Planung der Bildungsfinanzierung zu legen. Wie man Planungssicherheit zunichtemachen kann, ließ sich bei diesen Haushaltsberatungen wieder einmal eindrücklich studieren. Bereits zum dritten Mal in Folge mussten die Kunstschulen um ihren Zuschuss bangen, der immer wieder abgesenkt und erst in letzter Minute per Änderungsantrag der Regierungsfaktionen wieder aufgestockt wurde.

(Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Auch die Tageseltern mussten wieder um Last-minute-Zuschüsse ringen. Ein solches unprofessionelles Vorgehen muss endlich zugunsten der Planungssicherheit beendet werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Aus ebendiesen Gründen fordern wir auch erneut eine umfassende Bedarfserhebung der Lehrerstellen in Baden-Württemberg. Auf dieser Grundlage wäre dann auch endlich eine transparente, auskömmliche und verlässliche Berechnung der Ressourcenausstattung der einzelnen Schulen nach dem Modell „100 % plus x“ möglich.

Der Haushalt des Kultusministeriums ist also ein Abbild der grün-schwarzen Kraft- und Mutlosigkeit in der Bildungspolitik. Was wir stattdessen dringend bräuchten, wäre mutiges, entschlossenes bildungspolitisches Handeln, um unser Land bei der Bildung aus dem Tal der Mittelmäßigkeit herauszuführen und wieder spitze werden zu lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir Freien Demokraten werden uns jedenfalls niemals in den entscheidenden Zukunftsfragen unseres Landes mit dem Anspruch der Mittelmäßigkeit zufriedengeben.

(Abg. Klaus Hoher FDP/DVP: So ist es!)

Was wir jetzt brauchen, ist ein echter Kraftakt für eine erstklassige Bildung. Dieses Ziel einer erstklassigen Bildung müsste doch allen, die an der Sicherung unseres freiheitlich-demokratischen Grundwesens interessiert sind, ein Herzensanliegen sein.

Die FDP/DVP-Fraktion hat hierfür ein umfangreiches Impulspapier als Diskussionsgrundlage vorgelegt. Liberale sind zwar Optimisten, und wir haben auch ein positives Menschenbild. Allerdings steht zu befürchten, dass der grün-schwarzen Koalition auch hierfür die Kraft und der Mut fehlen

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Vor allem der Wille!)

(Dr. Timm Kern)

und sie diese Chance ungenutzt verstreichen lässt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE Frau Abg. Häffner.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! 90 Minuten Fußball, 42,195 km Marathon, Handstandüberschlag auf dem Schwebebalken: Wer Sport treibt, braucht Körperbeherrschung, Kondition, eine gute Ausrüstung und mentale und physische Kraftreserven. Wer will, dass die Menschen in Baden-Württemberg Sport treiben können, muss dem Sport vor allem eines geben: finanzielle Mittel, die auskömmlich sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Mit dem Solidarpakt Sport machen wir das, und zwar über den Haushalt hinaus. Der aktuelle Solidarpakt gilt bis 2021 und ist für alle Akteure im Sport eine verlässliche Größe. Während wir Abgeordneten hier sitzen, turnen, rennen, klettern oder spielen Tausende Kinder im Sportunterricht. Während wir hier reden, bereiten sich Athletinnen und Athleten in den Olympiastützpunkten auf eine Medaille bei der nächsten Europameisterschaft oder Weltmeisterschaft vor. Jeden Nachmittag und Abend geben ehrenamtliche Übungsleiterinnen und Übungsleiter unzählige Judo-, Turn- oder Tischtennistrainingsstunden in ihren Vereinen. Ein herzliches Dankeschön an alle dafür.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

All dies ist möglich, weil wir mit rund 87 Millionen € jährlich den Sport in unserem Land in seiner ganzen Breite und Vielfalt fördern – eine gute Investition. Eine gute Investition aus vielen Gründen, aber ein Grund ist mir besonders wichtig: Sport ist sozialer Kraftstoff. Das weiß jede und jeder, die oder der mit den unterschiedlichsten Menschen im Verein Sport treibt. Sport spricht viele Sprachen und ist ein internationaler Brückenbauer. Das durfte ich kürzlich bei der Turn-WM hier in Stuttgart erleben. Hierfür ein Dank an den Schwäbischen Turnerbund, der diese Weltmeisterschaft ausgerichtet hat.

(Beifall bei den Grünen, Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Damit Sport seine Funktion als sozialer Kraftstoff für unsere Gesellschaft behält, müssen wir allerdings wachsam sein. Rechtsextreme oder menschenverachtende Parolen oder die Diffamierung von gegnerischen Mannschaften haben am Rande von Fußballspielen oder anderen Sportereignissen nichts, aber auch gar nichts verloren.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Gewalt gegen Schiedsrichter – ob verbal oder tätlich – muss streng geahndet werden. Wir unterstützen die Fanprojekte in inzwischen sechs Städten. Wir haben Stadionallianzen für ein

gutes Miteinander aller Akteure, die weit über Baden-Württemberg hinausstrahlen.

Ich erwarte, dass Vereine, Funktionäre, Sportler und Sportlerinnen selbst klare Kante zeigen. Ein funktionierender Pakt ist Geben und Nehmen durch alle Partner.

Ich habe vorhin die Turn-WM in Stuttgart erwähnt. Solche sportlichen Großveranstaltungen sind ein wichtiges Aushängeschild für unser Land, und so soll es auch bleiben.

Uns Grünen ist klar: Nicht alle Städte werden die Sanierung bedeutender überregionaler Sportsstätten ohne die Hilfe des Landes stemmen können. Deshalb werden wir auch in Zukunft einzelne Kommunen bei ihren Sportsstätten unterstützen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, als Läuferin oder Radfahrerin erlebe ich es oft: Sport zu treiben ist beglückend. Unschlagbar ist Sport als Gemeinschaftserlebnis. Ich danke unseren Sportbünden, Sportvereinen, Sportlehrerinnen und Sportlehrern und den vielen im Sport Engagierten, dass sie dieses Erlebnis so vielen Menschen ermöglichen, und zwar Alt und Jung, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Frauen und Männern, Menschen mit und ohne Handicap. Sport stiftet Gemeinschaft und ist der Kraftstoff für ein soziales Miteinander.

Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Schütte.

Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Etat des Kultusministeriums – der Kollege Karl-Wilhelm Röhms hat das schon gesagt – verabschieden wir heute den zentralen Punkt des Haushalts: zentral wegen der Gesamtgröße von 12,5 Milliarden € allein im Jahr 2021, zentral wegen der Steigerung des Volumens um 2,5 Milliarden € seit 2016 – dieser Steigerungsbetrag ist größer als jeder andere Einzeletat insgesamt mit Ausnahme der Haushalte des MWK und des Innenministeriums –,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU: Jawohl!)

zentral aber vor allem wegen seiner Bedeutung.

Mit diesen Mitteln legen wir den Grundstein, dass eine heutige Achtklässlerin in Physik etwas lernt, weswegen sie in 15 Jahren eine Entdeckung macht, wie wir aus der Atmosphäre CO₂ deutlich effektiver entnehmen können. Wir legen den Grundstein, dass ein Sechstklässler in der Werkrealschule merkt, wie viel Spaß Technik macht, das mit Englisch kombiniert und in 20 Jahren eine Firma zu Quantencomputing gründet. Und wir legen den Grundstein, dass zwei Menschen, die sich noch gar nicht kennen, die heute in Ethik und in Religion an einer Gemeinschaftsschule und einer Realschule sind, in 50 Jahren eine ethisch fundierte Grundlage schreiben können – auf Medien, die wir heute auch noch nicht kennen

(Dr. Albrecht Schütte)

–, wie man in der Europäischen Konföderation mit Robotern umgehen soll.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Anton Baron AfD: Das wollen Sie mit den Grünen erreichen?)

Spätestens dann, wenn wir daran denken, merken wir: In 50 Jahren werden nur noch Fachhistoriker die Namen derer kennen, die heute diesen Haushalt verabschieden.

(Vereinzelt Heiterkeit – Widerspruch des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Das heißt: Dieser Haushalt ist lang und sehr wichtig.

Ministerin Dr. Susanne Eisenmann hat seit 2016 genau dafür gesorgt, dass sich diese Zukunftschancen wieder verbessern.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Wir sind uns in einem einig. Herr Kollege Fulst-Blei, Sie haben vorhin gesagt, das Land Baden-Württemberg bleibe weiterhin unter seinen Möglichkeiten.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ja, eben!)

Ja, im Jahr 2016 war das Land unter seinen Möglichkeiten, und seitdem geht es aufwärts.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr richtig! – Widerspruch des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ja, das sieht man am Unterrichtsausfall! – Zuruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

Zum Startpunkt sind wir uns ganz einig.

Um junge Menschen auszubilden, brauchen wir Mittel für Schulgebäude. Deswegen haben wir die Schulhausmittel auf 100 Millionen € pro Jahr erhöht. Der Stau wird abgebaut. Und zum ersten Mal verstetigen wir Schulbausanierungsmittel, damit auch die Stadt Mannheim – dann vielleicht mit Ihrer Stimme im Stadtrat – die Schulen sanieren kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Die Digitalisierung: Der Bund hat das sehr spannend gemacht – das sind auch nicht nur Helden dort –, aber jetzt sind die Mittel da. Die Schulen können digitalisiert werden, und wir seitens des Landes haben uns nicht einfach zurückgelehnt, sondern 145 Millionen € überwiesen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Und wie lange?)

Die zweite Tranche – 57 € je Schüler – kommt gerade bei den Gemeinden an. Ich kann den Gemeinderäten nur raten, ihre Bürgermeister einmal zu fragen. Sie vergessen diese Überweisung gern einmal.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ja, ja! Und wie nachhaltig finanziert ihr das? Keine Antwort!)

– Was macht denn Ihre Bundesministerin?

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Dauerhaftes Engagement oder nicht? Ihr finanziert doch gar nicht dauerhaft!)

– Wir finanzieren unsere Schulen dauerhaft mit Sanierungsmitteln, Sachkostenbeitrag und einer Erhöhung des Kindergartenzuschusses.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: In der Digitalisierung macht ihr eine Sache auf, und dann ist Schluss! Das ist doch lächerlich!)

Noch einmal: Wir fördern länger als Ihre Bundesregierung. So!

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD zur CDU: Was habt ihr dem heute Morgen gegeben?)

Wichtiger als die Gebäude und die Digitalisierung ist der Unterricht. Dabei geht es um grundlegende Kenntnisse und Fähigkeiten, die Ihnen egal waren. Deshalb haben wir seit dem Jahr 2016 zusätzliche Lehrerstellen für vier zusätzliche Deutsch- und Mathematikstunden an den Grundschulen geschaffen.

Es geht um ethische Grundlagen. In diesem Doppelhaushalt stellt das Kultusministerium 228 Stellen neu für Ethik in den Klassen 5 und 6 bereit. Es geht um soziales Miteinander: 318 neue Stellen für Inklusion allein in diesem Doppelhaushalt. Es geht darum, eine flexible Nachmittagsbetreuung und Ganztagsangebote zu ermöglichen. Deshalb 100 neue Stellen und – der Kollege hat es gesagt – Mittel für die flexible Nachmittagsbetreuung. Und es geht um die Fortführung des Informatikunterrichts, um die Kinder auf die Zukunft vorzubereiten: nochmals 69 Stellen. Außerdem gibt es 229 zusätzliche Stellen für die Krankheitsvertretung.

Wir stellen aktuell Grundschullehrer, die fertig werden, ein, und Sie sagen uns, das reiche nicht. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder Sie haben vor fünf oder sechs Jahren zu wenig ausgebildet,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Warum macht ihr jetzt noch weniger?)

oder wir stellen heute zu viel ein. Anders geht es mathematisch nicht. Das heißt, wenn Sie nicht rechnen können, dann –

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Die Belege Ihrer Unfähigkeit stehen in der Zeitung!)

– Ihrer Unfähigkeit. Die Ausbildung dauert sechs Jahre.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Wann haben die dann angefangen? – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Ganz wichtig und zentral sind natürlich die Lehrerinnen und Lehrer, die den Unterricht abhalten. Der Lehrerberuf ist sicherlich herausfordernder geworden. Aber genau auf die Lehrer in unseren Schulen kommt es an. Das gilt für den Unterricht und für die Vorbildfunktion. Wer erinnert sich nicht an die eine Lehrerin oder den einen Lehrer, bei der oder bei dem er zum ersten Mal etwas verstanden oder etwas ganz Spannendes gelernt hat?

(Abg. Martin Rivoir SPD: Sie erinnern sich sicherlich nicht daran!)

(Dr. Albrecht Schütte)

An dieser Stelle danken wir den Lehrerinnen und Lehrern sowie den Erzieherinnen und Erziehern in unserem Land ganz herzlich.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie der Abg. Gernot Gruber SPD und Anton Baron AfD)

Hinzu kommt der Dank an die Schulleiter. In diesem Zusammenhang nenne ich das Schulleiterpaket, die Stellenhebungen und die Möglichkeit, durch HoLa zu weiteren Stellenhebungen zu kommen. Es geht um die Stellenhebungen im Hinblick auf Fachlehrer und auf HoLa – alles, was Sie nicht gemacht haben.

Jetzt möchte ich wegen der Zeit noch kurz etwas zu den Dingen außerhalb des direkten Schulbereichs sagen. Auch Musik gehört zur Bildung. Die Kollegin heißt zwar Gentges, aber für mich heißt sie 12,5 %. Sie hat dafür gesorgt, dass die Musikschulen endlich besser ausgestattet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Für die Volkshochschulen und die weitere Erwachsenenbildung wird mehr Geld bereitgestellt, und wir führen den Solidarpakt Sport III fort. Die Kolleginnen und Kollegen haben es bereits gesagt.

An dieser Stelle danken wir allen, die ehrenamtlich ausbilden und sich um den Sport kümmern. Wir werden natürlich den neuen Sportpakt verhandeln. Dabei wird es um überregionale Sportstätten gehen. Ich persönlich – das weiß hier jeder – würde mich freuen, wenn auch Schwimmbäder gefördert würden. Damit wir aber schon jetzt vorankommen, haben wir, die Fraktion, dafür gesorgt, dass die Sportverbände bei der Digitalisierung Unterstützung erhalten. Das ist endlich einmal eine kraftvolle, tatsächliche Hilfe für den Verband, damit man nachher ein gescheitertes Programm hat.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Andrea Schwarz GRÜNE – Abg. Nicole Razavi CDU: Über den Schwäbischen Turnerbund!)

An dieser Stelle etwas zur Digitalisierung. Ja, wir haben sicherlich einen Fehler gemacht, als wir das Programm „ella“ von Ihnen übernommen haben

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wie bitte?)

und der Meinung waren, wir müssten es nicht sofort anschauen.

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Das ist doch gelogen! Hör doch einmal auf mit den Wiederholungen und Unwahrheiten!)

– Du musst nicht persönlich werden. Im Jahr 2015 habt ihr angefangen,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ja und? Der Rechnungshof sagt: ab 2017!)

es aufgesetzt und die ersten Gespräche geführt. Wir haben den Fehler gemacht, Ihnen nicht gleich auf die Finger zu schauen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ihr habt das voll an die Wand gefahren! – Zuruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

Bei ASV-BW haben wir das viel schneller gemacht. Im Jahr 2016 waren bereits 40 Millionen € ausgegeben,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ja, das hat bei euch angefangen!)

und das Programm hatte eine Timeline von weiteren sieben Jahren.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Nach zwei Jahren ist es auscodiert und kommt jetzt an die Schulen. Warum hat es funktioniert?

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Jetzt mal bei der Wahrheit bleiben!)

Weil wir uns die Sachen angeschaut, das Programm sauber aufgesetzt haben, und jetzt können Sie an den Schulen fragen: Das Programm kommt.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Mit dem Etat des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport legen wir die Grundlage für die jungen Menschen in unserem Land. Die Ergebnisse der Kultuspolitik von 2011 bis 2016 mit dem Absacken der Leistungen und damit der Zukunftschancen der jungen Menschen haben uns wirklich erschreckt. Dr. Susanne Eisenmann mit ihrem Fokus auf Qualität geht diese Herausforderungen an. Mit dem Engagement und dem Einsatz der Lehrerinnen und Lehrer konnte daher 2016 der Grundstein für eine Trendwende gelegt werden.

Die Beschlüsse, die wir heute fassen, entscheiden darüber, wie junge Menschen von heute zukünftig erfolgreich Krankheiten wie Krebs bekämpfen, die Zusammenarbeit von Mensch und künstlicher Intelligenz gestalten, Klimakrisen und andere ressourcenbedingte Krisen mit Ideenreichtum lösen oder – das wird für die heutige Generation tatsächlich so sein – die ersten Jahre auf dem Mars überleben. Es geht vordergründig um 24,6 Milliarden € für zwei Jahre, um sehr viel Geld. Es geht um die Zukunft unseres Landes und der jungen Menschen in unserem Land.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Nicole Razavi CDU: Bravo! – Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Laut und falsch!)

Präsidentin Muhterem Aras: Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Gruber.

Abg. Gernot Gruber SPD: Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sport verbindet – das ist klar geworden –, Sport verbindet die Menschen im Land und auch uns Abgeordnete im Landtag von Baden-Württemberg, auch beim klaren Bekenntnis zum Solidarpakt Sport III, den die Vorgängerregierung verhandelt und die jetzige Regierung finanziert hat. So weit besteht Konsens.

(Gernot Gruber)

Wenn es um den weiteren Dank an die Sportverbände geht, der ja von der Kollegin Häffner ausführlich dargelegt worden ist, stellt sich auf der anderen Seite aber natürlich auch die Frage: Entspricht der Dank auch dem Geld, das die Landesregierung für den Sport bereitstellt?

Positiv beginne ich mit der Feststellung: Endlich sind die Bildungsreferenten im Sport dauerhaft finanziert. Das hat die Ausdauer eines Langstreckenläufers erfordert. Aber am Ende des Tages ist es gut geworden. Alle fünf Bildungsreferenten sind über den Kultusetat finanziert.

Ich komme jetzt noch zu kritischeren Punkten. Wir befinden uns ja in der Haushaltsdebatte, und da geht es nicht darum, dass wir uns alle lieb haben. Gerade war das ja auch nicht der Fall.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Probleme gibt es in den wichtigen Bereichen Schwimmen und Sportstätten. Laut DLRG können deutschlandweit nur noch die Hälfte der zehnjährigen Kinder sicher schwimmen.

(Zuruf: Ja!)

Deshalb haben wir Sozialdemokraten im Finanzausschuss dem Antrag von Grün-Schwarz – Herr Dr. Schütte hat es gerade angesprochen – zur Finanzierung von Schwimmkursen von Vorschulkindern sehr gern zugestimmt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Danke!)

Leider wurde im Gegenzug das Programm zur Förderung von Landesschwimmbädern, das die SPD eingebracht hat, um dem Bädersterben Einhalt zu gebieten, nicht unterstützt, zumindest nicht im Finanzausschuss. Heute haben alle im Plenum eine zweite Chance.

Wenn ich beim Thema Schwimmen bin, muss ich an die Adresse des Ministerpräsidenten schon kritisch anmerken: Ich denke, es nützt nichts, nur in gewisser selbstgefälliger Nostalgie an Kindheitserlebnisse beim Schwimmenlernen in der Donau zu erinnern. Am Ende des Tages zählt: Machen Sie den Geldbeutel auf, öffnen Sie auch die Landeskassen für die Schwimmbäder!

(Beifall bei der SPD)

Das Thema Spitzensportveranstaltungen ist auch angesprochen worden. Baden-Württemberg ist ein starkes Land mit vielen Spitzensportlern, die jedoch leider viel zu selten in eigenen Stadien zu sehen sind. Deshalb fordern wir ein Sonderprogramm für den Spitzensport parallel zum Solidaripakt Sport III. Der Landessportverband hat zum Start drei Projekte empfohlen. Die erste Empfehlung ist die Errichtung eines Leichtathletikstadions in Ulm, nachdem es die Leichtathletikanlage im Stadion in Stuttgart, wo auch schon einmal Europa- und Weltmeisterschaften in der Leichtathletik stattgefunden haben,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Wo man jetzt so gut Fußball spielt!)

nicht mehr gibt. Auf der Alb könnte man für Handball ein Zeichen setzen, und in Baiersbronn könnte die nordische Kom-

ination für Frauen eine Heimat finden. Das sind die ersten drei Projekte, die der Landessportverband angeführt hat. Wir haben deren Förderung zur heutigen Haushaltsberatung nochmals beantragt. Sie haben heute noch einmal die Chance, dem zuzustimmen.

Ich hoffe, dass Sie mir nicht nur zugehört haben, sondern wir nachher bei den Abstimmungen über unsere Anträge vielleicht auch Ihr Gehör finden.

In diesem Sinn herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Das Wort für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dürr.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er ist eher meine Gewichtsklasse im Sport!)

Abg. Klaus Dürr AfD: So ist es. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestern haben wir über einen Flügel gesprochen – ich meine das Musikinstrument. Das ist ein Qualitätsprodukt aus diesem Land. Wir reden immer davon, dass wir lokale Produkte beziehen und keine langen Wege in Kauf nehmen sollten. Dass Sie sich jetzt über das Thema so verreißten können, ist schon interessant. Das muss ich wirklich sagen. Wenn das die einzige Kritik an unseren Plänen ist:

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Nein, nein!)

Herzlich willkommen! Kein Problem!

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch zu einem anderen Thema kommen. Wir haben über „ella“ gesprochen. Herr Schütte, wenn Sie schon sagen, das Problem liege bei der SPD, die das angezettelt habe, dann wäre es doch folgerichtig gewesen, dass Sie mit den anderen Fraktionen einfach einen Untersuchungsausschuss eingesetzt hätten. Das liegt in Ihrer Hand. Warum machen Sie das nicht einfach?

(Beifall bei der AfD)

Dann hätten wir es einfach herausbekommen und hätten gesehen, ob es stimmt, dass die SPD an allem schuld ist und die CDU an nichts. Das wäre jetzt einfach konsequent gewesen.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Jetzt sagen wir noch eines. Jetzt kommen wir noch zu dem zweiten Thema. Wie gesagt, „ella“ ist gescheitert, und zwar krachend gescheitert. Wir haben keine Bildungsplattform. Das ist bedauerlich. Das ist vor allem für die Schüler und für die Lehrer an unseren Schulen bedauerlich, die sonst Hilfsmittel hätten. Für die Eltern ist bedauerlich, dass sie bezahlen mussten, was wir bisher nicht haben – zumindest einen großen Teil davon.

(Zurufe)

Kommen wir zu dem nächsten Thema: Die Software ASV-BW. Baden-Württemberg hat zusammen mit Bayern eine Software entwickelt. In Bayern ist sie in ganz vielen Schulen implementiert, bei uns halt nicht.

(Zuruf des Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU)

(Klaus Dürr)

Nachdem 44 Millionen € ausgegeben wurden, müssen wir nun hören: „Das ist nicht verpflichtend. Es ist Aufgabe der Kommunen. Wir mischen uns da nicht ein.“ Das ist nicht die Lösung des Themas.

Das ganz große Problem ist nicht, dass wir eine Software, die wir bezahlt haben, nicht eingesetzt haben. Die Software hat eigentlich den Zweck, Daten zu sammeln, zu konsolidieren und auszuwerten. Ich höre hier jeden Tag dieses Wort „Digitalisierung“ – tausendmal, auch heute Morgen wieder; jeder nimmt es in den Mund. Was heißt das eigentlich? Bei der Software ASV-BW wäre es sinnvoll, Daten über die Ausfallstunden zu sammeln und im Land zu konsolidieren. Man kann in Bezug auf Regionen feststellen, wo es auftritt. Dann kann man vielleicht – sagen wir mal so: vielleicht – ein kleines Element der sogenannten künstlichen Intelligenz oder „artificial intelligence“ – oder wie Sie es nennen mögen – darüberlaufen lassen, um zu sehen: Wo sitzen die Bedarfe, wo fällt was aus? Man kann das in Echtzeit machen. Das bedeutet es nämlich, diese Daten zu sammeln. Dazu dient solche Software. Jetzt müssen wir halt wieder mal warten. Vielleicht kommt das da.

Herr Kern, Sie haben für mich einen ganz wichtigen Punkt angesprochen: Qualität. Wenn man Qualität feststellen will, dann ist der erste Schritt ein Qualitätsmanagementsystem. Auch das haben Sie angesprochen. Dazu muss man definieren, was Qualität in ganz bestimmten Bereichen bedeutet. Dann legt man die Indikatoren für Qualität fest. Dann muss man die Daten sammeln, muss sie abgleichen. Dann kann man anhand einer Roadmap überlegen, wie das erreicht werden kann.

Von all diesen Dingen habe ich in diesem Kultusministerium bis heute nichts gesehen, aber auch gar nichts. Die einzige Antwort, die wir auf unsere Anfragen bekommen, lautet: „Wir sind dabei, die Daten zu sammeln.“ Wie lange denn noch? Wir sind im Jahr 2020 und arbeiten daran. In der Industrie ist das seit 40 Jahren Standard. Wie lange wollen wir uns das noch anschauen?

(Beifall bei der AfD)

Frau Eisenmann, um zum Schluss zu kommen: Sie haben jetzt die Kompetenz an sich gezogen, um die Bildungsplattform zu managen und zu steuern. Das wollen Sie machen. Ich halte das für einen ganz groben Fehler. Wir von der AfD sind der Meinung, das ist bei der IT besser aufgehoben. Sie werden sich jetzt irgendwelche Spezialisten holen müssen, die Sie im Kultusministerium nicht haben, um dann ein komplexes IT-Programm zu steuern.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dürr, Ihre Redezeit ist zu Ende. Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Klaus Dürr AfD: Ich bin sofort fertig. – Bei agiler Vorgehensweise brauchen Sie hoch bezahlte Spezialisten, die das machen. Ich bin gespannt, wie es läuft.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hoher das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zum Reitsport!)

Abg. Klaus Hoher FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Zu Recht wurde von den Vorrednern schon die besondere Bedeutung des Sports betont. Wir Freien Demokraten finden, der Sport ist von unschätzbarem Wert sowohl für die Gesundheit und die Entwicklung der Menschen

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

als auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ich möchte deshalb allen Sportlerinnen und Sportlern danken, die in den Vereinen ehrenamtlich unser aktives und vielfältiges Sportland Baden-Württemberg unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Obwohl auch die Regierungsfaktionen Bekenntnisse zum Sport abgegeben haben, wird im Einzelplan 04 deutlich: Der Sport hat bei Grün-Schwarz keine Priorität.

Die Steuereinnahmen liegen deutlich über den Erwartungen. Nun wären Schuldentilgungen und dringend notwendige Investitionen geboten.

Ein Beispiel für eine dringend notwendige Investition ist die Infrastruktur zum Schwimmenlernen. Nach aktuellen Zahlen des Kultusministeriums können nur rund 71,5 % der Schülerinnen und Schüler am Ende der Grundschulzeit schwimmen. Das gilt aber nur für diejenigen, die überhaupt Schulschwimmunterricht besuchen können. Rund ein Viertel der Schulen können keinen Schwimmunterricht anbieten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bieten keinen an!)

– Können keinen anbieten, bieten keinen an. – Dabei gibt es große regionale Unterschiede. Der Hälfte der Schulen ist die Entfernung zum Schwimmunterricht einfach zu groß. Der DLRG und die Sportverbände machen seit Jahren darauf aufmerksam, dass die Schwimmflächen für Schulen und Vereine immer weniger werden. Dadurch erhöht sich die Wartezeit auf Schwimmkurse teilweise auf über ein Jahr.

All diese Zahlen sind eigentlich ein Notruf an die Verantwortlichen auf allen Ebenen. Unser Ziel muss sein, dass alle Kinder schwimmen lernen können, egal, wo sie zur Schule gehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Die Regierungsfaktionen haben 1,1 Millionen € jährlich für zusätzlichen Schwimmunterricht beantragt. Das unterstützen wir, die FDP/DVP-Fraktion, selbstverständlich ausdrücklich. Aber: Eine Förderung für die Sanierung von Schwimmbädern suchen wir in diesem Haushalt vergeblich. Wir beantragen deshalb 20 Millionen € für die Schaffung von Anreizen für die Sanierung von Lehrschwimmbädern.

Das Land muss aber auch in andere Sportstätten investieren. Viele Sportvereine können keine überregionalen Wettkämpfe ausrichten, weil die Sportstätten nicht dem Standard entsprechen. Die Ministerin wollte eine neue Förderung für den Bau überregionaler Sportstätten in diesen Haushalt aufnehmen. Dazu ist es aber leider nicht gekommen. Die FDP/DVP-Fraktion sieht deshalb mit Sorge, dass diese Förderungen nun über

(Klaus Hoher)

den Solidarpakt Sport eingebracht werden und dort zulasten von anderen Projekten gehen.

Ähnlich verhält es sich beim angekündigten Sanierungsprogramm für Kunstrasenplätze, Stichwort Mikroplastikgranulat. Wenn die Ministerin die Sanierung der Plätze vorantreiben möchte, muss sie dafür auch Mittel in den Haushalt stellen. Auf keinen Fall darf die Kunstrasenplatzsanierung bei den Sportvereinen und Kommunen hängen bleiben.

Die Freien Demokraten bekennen sich zum Solidarpakt Sport, dessen Hauptzweck es ist, den Sport finanziell unabhängig zu machen und Planungssicherheit zu gewähren. Dieses Bekenntnis zum Solidarpakt Sport erwarte ich auch von der Regierung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Eijei!)!

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z!

(Abg. Nicole Razavi CDU: Kommen Sie sich eigentlich nicht langsam lächerlich vor mit diesem Spruch?)

Die Präsidentin könnte mir der Einfachheit halber schon gleich einen Ordnungsruf erteilen – vielleicht helfen Sie mir dabei –, vielleicht auch einen zweiten. Dann fällt der Rauswurf nachher leichter.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Gibt es bei uns einen Amtsarzt?)

Wir reden über den Haushalt von Frau Dr. Eisenmann. Frau Dr. Eisenmann ist eine der letzten Mohikaner der CDU, die näherungsweise noch erahnen lässt, woher die CDU eigentlich kommt.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Oje!)

Deswegen wünsche ich ihr für die kommende Landtagswahl viel Erfolg, dass hier eine Stärkung des konservativen und liberalen Momentums innerhalb der CDU erfolgen kann, damit dann mit anderen aus konservativ-liberalen Parteien endlich ein Regierungs- und Machtwechsel in diesem Land stattfinden kann.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Sie vertritt Dinge, die das klassische Bildungsideal noch weitestgehend repräsentieren. Das steht in völligem Kontrast zu dem, was aus der linken Szene kommt. Es ist, wie ich schon in den vergangenen Tagen gesagt habe, eine Stimmung; letztlich ist es ein Scheideweg zwischen einer kollektivistischen Denke und einer individuellen Denke. Der Kollektivismus, angeführt von dem „grünen Pol Pot“ der „Grünen Khmer“, Herrn Ministerpräsident Kretschmann,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Er ist der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg! Das geht gar nicht!)

kam ja auch durch die Worte von Frau Boser zum Ausdruck, die da meint, dass „Fridays for Future“-Demonstrationen nötiger seien als der Gang in die Schule.

Das zeigt natürlich auch – –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sind einfach ein Flege! – Zuruf des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

– Das sollte einen Ordnungsruf zur Folge haben, weil Sie mich persönlich angreifen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist eine Tatsache!)

Das wäre die eigentliche Konsequenz hier vonseiten der Präsidentin.

(Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner!

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Er erfolgt nicht, aber das ist ja hier in diesem Parlament üblich.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: „Grüner Pol Pot“ geht nicht! Er ist der Ministerpräsident von Baden-Württemberg! Mäßigen Sie sich! – Anhaltende Unruhe)

– Er mag für Sie sakrosankt sein, für mich ist er das nicht.

Was Frau Boser von Bildung hält, zeigt Sie natürlich damit, wenn Kinder missbraucht werden. Aber auch das gehört ja zur grünen Politik: die pädophile Neigung der grünen Partei, ...

(Beifall des Abg. Stefan Rappé AfD – Heiterkeit des Abg. Anton Baron AfD – Widerspruch bei den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner!

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): ... dass man Kinder missbraucht für die eigene politische Agenda.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Das geht nicht!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner!

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Das zeigt natürlich – –

Präsidentin Muhterem Aras: Nein. Moment, bitte. Mäßigen Sie sich in Ihrer Wortwahl. Ich habe gestern etwas ganz Grundsätzliches gesagt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zu Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Schluss! Wir haben Ihre Beleidigungen und Ihre Verleumdungen satt! Es reicht jetzt! Es reicht jetzt, Fiechtner! Verstehen Sie? Es reicht! – Heiterkeit des Abg. Anton Baron AfD)

Mäßigen Sie sich. Das ist die Ermahnung. Beim nächsten Mal gibt es einen Ordnungsruf, und dann gibt es einen Ausschluss von der Sitzung.

(Vereinzelte Beifall – Abg. Reinhold Gall SPD: Er will ja noch einen! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Er bettelt ja darum! – Zuruf: Das will er ja!)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident, ich habe den Artikel sehr wohl gelesen, aber Sie haben sich letztlich damit selbst ins Abseits gestellt.

Bildung wird gern kollektivistisch gesehen. Die Kitas, die auch gern kostenlos sein sollen, wie es so heißt, sind diese Kinderverwahranstalten,

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

die letztendlich dazu dienen, Kinder in der eigenen ideologischen Prägung auszurichten, möglicherweise auch Ihr ganzes pädophiles Gedankengut über sie auszugießen.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Jetzt reicht es echt! Es reicht jetzt! Es reicht absolut!
– Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Es reicht jetzt!
– Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, stopp! Herr Abg. Dr. Fiechtner, nachdem bei Ihnen Ermahnungen nichts bringen, entziehe ich Ihnen das Wort, und Sie nehmen jetzt bitte Ihren Platz ein. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Das geht ja aber gar nicht, Frau Präsidentin! Das dürfen Sie nicht! Eindeutig, das geht gar nicht! – Abg. Stefan Räßle AfD: Wenn er doch recht hat! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Frau Präsident, Sie sind parteiisch! Eindeutig! Sie sind eine parteiische Präsidentin!)

Nehmen Sie jetzt Ihren Platz ein, ansonsten – –

(Vereinzelt Beifall – Abg. Anton Baron AfD: Da soll er klagen, der Herr Fiechtner! Also, das geht ja gar nicht! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Lass ihn klagen! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zur AfD: Finanzieren Sie seine Klage! Das können Sie gern machen! – Abg. Anton Baron AfD: NSDAP-Vergleiche dürfen die anderen Parteien machen! Vor allem die grüne Sekte! Das ist ja unglaublich! – Unruhe)

Meine Damen und Herren, als Nächstem erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Gedeon.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt wird es auch nicht besser! Liebe Leute! Meine Güte! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt wird es besser!)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ein Aspekt ist meines Erachtens noch zu kurz gekommen, ein zentraler Aspekt unserer Bildungspolitik, nämlich der, dass man sie abschaffen will, und zwar sukzessive durch Zentralisierung. Wir hatten ja diese Sache mit den Zuschüssen für die Digitalisierung, wir haben den Nationalen Bildungsrat und ähnliche Aktivitäten. Das alles ist als Angriff auf den Föderalismus zu werten. Das ist für uns in zweifacher Hinsicht schlimm.

Denn erstens ist der Föderalismus ein entscheidender Bestandteil unserer deutschen Mentalität. Meist wird er unter dem Thema Kleinstaaterei geführt, negativ geführt.

(Abg. Raimund Haser CDU: Ist es Kleinstaaterei oder Zentralismus?)

Das ist aber nicht richtig. Denn diese Kleinstaaterei hat uns eine ungeheure kulturelle Produktivität und erfolgreiche Schaffenskraft gegeben.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum und Stefan Räßle AfD)

Das Zweite ist: Der Föderalismus ist ein wichtiger Baustein der Demokratie. Es ist kein Zufall, dass die Demokratie in Kleinstaat, nämlich vor allem in den griechischen Kleinstaat Theben und Athen, aufgekommen ist. Mit der Einführung des Zentralismus wird auch der Totalitarismus gestärkt.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum und Stefan Räßle AfD)

Wir haben hier wirklich eine Entwicklung zum Totalitarismus. Insofern ist ein weiterer Kritikpunkt,

(Abg. Georg Nelius SPD: Können Sie mal etwas zum Thema sagen? – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Das ist doch egal, Hauptsache, es geht vorbei!)

dass der Zentralismus die ideologische Gleichschaltung, die rot-grüne ideologische Gleichschaltung fördert.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das ist alles Lebenszeit!)

Denn diese Gleichschaltung – Herr Fiechtner hat es schon gesagt –, die im Wesentlichen auf eine Kollektivierung der Erziehung, auf eine Verstaatlichung der Kinder hinausläuft, ist im Norden der Republik schon deutlich weiter fortgeschritten als im Süden. Daher haben wir ein gewisses Plus, das wir gegenüber zentralistischen Eingriffen aus Berlin unbedingt verteidigen sollten.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum und Stefan Räßle AfD)

Meine Damen und Herren, es ist in Zukunft sehr notwendig, dass wir wachsam sind gegen diese Angriffe auf den Föderalismus. Es ist in dem Sinn sehr schlecht gelaufen, Herr Kretschmann, dass Sie trotz vollmundiger Ankündigung, die föderalen Strukturen nicht durch Grundgesetzänderungen anzutasten, bei diesem Thema eingeknickt sind. Dadurch haben die Zentralisten einen Fuß in die Tür bekommen. Sie werden nicht ruhen, sie werden weitere Versuche unternehmen.

Darum fordere ich den gesamten Landtag auf, hier wachsam zu sein und die zentralistischen Bemühungen – gerade die werden über die Bildungspolitik laufen – sozusagen im Keim abzuwehren.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Die Bildungspolitik, meine Damen und Herren, ist das Markstück des Föderalismus, und das müssen wir mit allen Kräften verteidigen.

Vielen Dank.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum und Stefan Räßle AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Die Fraktionen haben noch Redezeit. Die wollen sie aber für eine weitere Runde aufheben. Habe ich das richtig verstanden? – Dann darf ich der Frau Ministerin das Wort erteilen.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir stehen heute in den Beratungen zum Haushalt 2020/2021. Dieser trägt – worüber ich mich wirklich in aller Offenheit sehr freue – eine ganz deutliche bildungspolitische Handschrift.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Die Investitionen steigen in beiden Jahren des Doppelhaushalts um 1 Milliarde € insgesamt. Es wurde bereits gesagt, dass Baden-Württemberg damit ab dem kommenden Jahr jeden vierten Euro in Bildung investiert. Bundesweit sucht dies seinesgleichen, auch in anderen Bundesländern. Es ist ein ganz klares und deutliches Signal, dass wir in die Zukunft der Kinder in unserem Land investieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wie man vor diesem Hintergrund zu der Erkenntnis kommen kann, Herr Fulst-Blei, dass hier alles gegen die Wand gefahren werde, wird das ewige Geheimnis der SPD bleiben, wie so vieles andere auch.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: ZSL!)

Zur GEW: Die GEW ist mir in den letzten Wochen vor allem dadurch aufgefallen, dass sie sich politisch eingebracht hat, nämlich mit der Forderung nach Abschaffung der Pflingstferien. Da kann ich nur sagen: Tolle Partner haben Sie da für sich gefunden.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Stefan Räßle und Anton Baron AfD – Zurufe von der CDU: Genau! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wir lassen uns unsere Pflingstferien nicht nehmen!)

Ich glaube, dass es viel wichtiger ist, sich anzuschauen, wie wir im Detail vorankommen, wie wir diese Investitionen von weit über 12 Milliarden € jährlich einsetzen und wie wir ein Signal geben, indem wir in den Bildungsstandort Baden-Württemberg für die Kinder und die jungen Menschen, aber auch für die Wirtschaft, für die Fortführung des Erfolgs in diesem Bundesland investieren.

Da lohnt sich der Blick ins Detail, und es lohnt sich nicht, pauschale Abrechnungen zu machen, die schlicht und einfach nicht der Realität entsprechen. Wer sich die Zahlen anschaut, wer sich das Investment anschaut, der sieht deutlich, dass wir in die Zukunft investieren. Schade, dass dies in diesem Haus nicht jeder erkannt hat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir beginnen mit der vorschulischen Bildung, weil ich glaube, dass es ganz wichtig ist – Vorrednerinnen und Vorredner haben es auch angesprochen –, dass wir Eltern mit ihren Kindern darin unterstützen, einen bestmöglichen Start in der Grundschule zu haben. Da geht es um sprachliche Förderung, da geht es um motorische Förderung. Deshalb ist der Pakt für frühkindliche Bildung und Betreuung, der bereits 2019 ein-

geführt wurde und der jetzt dauerhaft strukturell finanziert wird, ein ganz entscheidendes Element, in die Qualität zu investieren, die Erzieherinnen und Erzieher, die so wichtige Arbeit machen und bei denen ich mich ausdrücklich bedanken möchte, darin zu stärken, den Kindern noch bessere Perspektiven zu bieten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Dazu gehören unterschiedliche sprachliche Konzepte. Wir fördern die Motorik, erste numerische Fähigkeiten werden herausgearbeitet, wir stellen die Schuleingangsuntersuchung um, und wir machen dies kindgerecht und altersgerecht, aber wir machen es nicht kostenlos. Denn Kostenfreiheit und Qualität sind eben nicht vereinbar. Da kann ich nur sagen: Schauen Sie mal nach Berlin. Glück auf, wenn das die Perspektive ist, die Sie, liebe SPD, sich für Baden-Württemberg für die Zukunft wünschen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Daniel Born SPD)

Darüber hinaus steigen die Zuweisungen – das wissen Sie – für die Bereiche der unter Dreijährigen sowie der über Dreijährigen deutlich an. Auch das ist ein Bekenntnis an die Träger, an die knapp 9 000 Kitas in Baden-Württemberg, dass wir die Arbeit unserer Partner, der freien Träger, sehr schätzen. Mit ihnen gemeinsam investieren wir dort, damit wir die Erzieherinnen und Erzieher besser unterstützen, damit wir künftig mehr Erzieherinnen und Erzieher haben. Deshalb investieren wir im Pakt auch in eine Ausbildungs-offensive.

Wir unterstützen die Träger, indem wir ein Forum Frühkindliche Bildung einrichten. Sie bekommen Beratung, wenn sie es wünschen. Sie können qualitätsvolle Unterstützung abrufen, wenn sie benötigt wird. Auch das ist Politik der Zukunft im Sinne der Kinder und der Eltern in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Mit diesem Doppelhaushalt wollen wir mehr als 1 100 Lehrstellen zusätzlich schaffen. Wie man hier zu der Erkenntnis kommen kann, dass das ein klassischer Haushalt sei, der gegen die Wand gefahren werde, bleibt ein weiteres Rätsel.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ich löse es auf!)

Aber manches klärt sich offensichtlich, wenn man sich die Entwicklungen anschaut.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Genau!)

Es ist ein Stellenaufwuchs, wie es ihn in den letzten zehn Jahren nicht gegeben hat. Ich erspare mir den Hinweis, dass wir in der letzten Legislaturperiode dank der SPD einen Stellenabbau beschlossen hatten.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Glückwunsch zu dieser Einschätzung!

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Die Zahlen sprechen trotzdem gegen Sie!)

Daran sieht man, wie mühsam es ist,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Genau!)

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

Fehlentscheidungen rückgängig zu machen. Deshalb freue ich mich, dass es mit diesem entscheidenden Doppelhaushalt gelingt, zusätzliche Lehrerstellen in die Schulen zu geben. Das ist wichtig, weil die Lehrerinnen und Lehrer zwingend unsere Unterstützung brauchen. Auch dass wir die Krankheitsreserve endlich nach oben fahren, ist richtig.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie bleiben doch unter dem, was Sie selbst gefordert haben!)

– Lieber Herr Fulst-Blei, ich kann immer sagen: Es müssen 1 000 Stellen, 2 000, 3 000 und noch mehr sein.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das ist fahrlässig, Frau Ministerin!)

Wenn einem aber nicht mehr einfällt, als immer nur mehr zu fordern, nachdem man in der eigenen Verantwortung gar nichts gemacht hat, wird es irgendwann schlicht und einfach peinlich.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie haben doch selbst mehr gefordert!)

Deshalb bin ich froh, dass wir die Krankheitsreserve deutlich gesteigert haben,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wo sind denn die 2 000, die Sie selbst gefordert haben? Sie haben sich nicht durchsetzen können!)

dass wir in allen Bereichen, von Informatik über Ethik, Poolstunden für die Realschulen bis zur Inklusion, klar weiter vorangehen. Die Konzepte, die wir beschlossen haben, von denen die grün-schwarze Landesregierung überzeugt ist – einschließlich der Krankheitsreserve –, führen wir in die Zukunft. Das ist ein ganz wichtiges Signal an unsere Lehrerinnen und Lehrer, denen ich ausdrücklich für ihre wichtige und sehr gute Arbeit danken möchte. Sie haben unsere volle Unterstützung.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Mehr Stellen sind das eine. Das andere, was uns schon sehr lange am Herzen liegt, worüber in diesem Land seit vielen Jahren diskutiert wird, ist die Stärkung derer, die im System sind. Auch dazu habe ich bisher nichts vorgefunden. Deshalb freue ich mich, dass wir mit diesem Haushalt die lang versprochene Stärkung unserer Schulleitungen endlich realisieren. Wir liefern, wir reden nicht nur. Wir schimpfen auch nicht nur, wir arbeiten und präsentieren Lösungen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir heben die Besoldung der Grundschulrektorinnen und -rektoren an – übrigens aller –, wir heben die Besoldung der stellvertretenden Schulleitungen ebenfalls an. Wir schaffen zusätzliche Stellen für stellvertretende Schulleitungen. Stellen für Abteilungsleitungen werden geschaffen. Das ist ein klares Signal. Denn die Arbeit der Rektorinnen und Rektoren hat sich verändert. Wir müssen sie in ihrer vielfältigen Arbeit stärken. Das Signal ist angekommen. Ich freue mich, dass wir dieses Mal eine so große Summe an unsere Schulleitungen geben

können. Das ist gut investiertes Geld und ein Signal der Wertschätzung. Darüber freue ich mich ganz besonders.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Darüber hinaus müssen wir das stärken, was wir haben. Wir dürfen nicht nur Neues hinzufügen, sondern müssen die Schulleitungen unterstützen. Auch das ist ein ganz wichtiges Signal.

Wir haben viele Jahre über Verbesserungen für die Fachlehrkräfte, die technischen Lehrkräfte an beruflichen Schulen, die Fachlehrkräfte in den Schulkindergärten diskutiert. Sie warten seit Jahrzehnten darauf, dass Beförderungen umgesetzt werden können, dass zusätzliches Geld kommt. Das führen wir jetzt nicht nur ein, sondern wir setzen es auch zügig um. Das ist ein Signal gerade für die Partner im Schulleben, die eine wichtige und gute Arbeit machen. Auch hier liefern wir und reden nicht nur, liebe SPD.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir müssen die stärken, die im System sind. Neben den zusätzlichen über 1 100 Stellen kommen darüber hinaus 2 110 Stellenhebungen nach A 13.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Über HoLa wurde viel diskutiert. Es hieß, die grün-schwarze Landesregierung rede nur, handle aber nicht. Weit gefehlt! Wir haben es zugesagt, wir setzen es gemeinsam um. Über 2 000 Stellenhebungen plus über 1 000 neue Stellen sind ein klares Signal: Wir tun etwas, es geht etwas voran. Wir reden nicht nur, sondern wir handeln.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Es geht um die weiteren Partner. Auch hier gilt, dass wir alle im Blick haben.

Thema Betreuungsförderung: Natürlich wird der Aufwuchs im Bereich des verbindlichen Ganztags in den Stellen so abgebildet, wie wir ihn beschlossen haben und zu dem wir uns gemäß § 4 a des Schulgesetzes klar bekennen. Aber darüber hinaus reagieren wir auf das, was uns Schulen, Eltern und Kommunen seit vielen Jahren sagen, nämlich dass flexible Betreuungsangebote vor Ort wichtig sind. Deshalb freue ich mich, dass wir hier endlich wieder in eine Bezuschussung einsteigen. Auch hier ein Signal: Wir liefern, wir reden nicht nur. Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir auch hier viel zusätzliches Geld einstellen, damit wir dies endlich umsetzen können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Winfried Mack CDU: Bravo!)

Zum Thema Weiterbildung. „Lebenslanges Lernen“ ist ein Thema, das man nicht aus dem Blick verlieren darf.

(Abg. Anton Baron AfD: Vor allem die Grünen!)

In einer Zeit des strukturellen Wandels, in einer Zeit konjunktureller Veränderungen ist es wichtig, dass wir den Menschen Anreize geben, wie sie sich weiterentwickeln können, um auch zukünftig Teil der Arbeitswelt und der Gesellschaft sein zu können. Deshalb bin ich unseren Partnern in der Weiterbil-

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

dung sehr dankbar, die gerade in den letzten Jahren in vielfältigen Bereichen Angebote gemacht haben, die uns helfen, gesellschaftliche Herausforderungen zu stemmen, etwa im Bereich der Integration, der Demokratiebildung, der Einbindung von Geringqualifizierten, mit Angeboten für ältere Menschen, um nur einige Beispiele zu nennen.

Deshalb freue ich mich, dass wir nun schrittweise gerade die Volkshochschulen und die kirchliche Erwachsenenbildung so stärken, dass wir letztlich im Endausbau 5 Millionen € pro Jahr überweisen können. Auch das ist ein klares Signal, wie wir die Arbeit schätzen. Auch dieses Signal war überfällig, und es gelingt uns mit diesem Haushalt, dies endlich zu vollziehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Die Musikschulen und die Jugendkunstschulen werden wir erneut finanziell stärken, damit sie die wichtige Arbeit gerade auch im außerschulischen Bereich, in der kulturellen, in der künstlerischen Entwicklung für die Kinder weiter anbieten können. Das ist ein klares Signal, dass wir sie auch künftig als Partner brauchen, dass wir neben der Schule Partner brauchen, die gemeinsam mit Eltern, Kindern und jungen Menschen Angebote machen, die ihnen helfen, sich weiterzuentwickeln, die sie in der Persönlichkeit und in ihrer eigenen Entwicklung stärken.

Auch unsere Jugendbildungsakademien in Weil der Stadt, Bad Liebenzell, Wiesneck und Freudental stellen hier einen Schwerpunkt dar, weil sie Orte der Bildung und der Unterstützung Jugendlicher gerade im Bereich der Demokratieerziehung und auch – das ist ganz wichtig – des interkulturellen Austauschs sind. Wir unterstützen deren Arbeit seit vielen Jahren. Jetzt werden wir durch die finanzielle Unterstützung von Bau- und Modernisierungsmaßnahmen ein Signal setzen, dass die Arbeit in die Zukunft geführt werden kann. Auch dies leistet der Haushalt 2020/2021.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Bildung ist vielfältig. Es geht um die Abbildung – ich sprach es an – in Form von zusätzlichen Stellen, um neue Herausforderungen stemmen zu können, um Lehrerinnen und Lehrer zu unterstützen. Natürlich haben wir noch Handlungsbedarfe. Dass wir noch immer zu wenige Lehrerinnen und Lehrer auf dem Markt haben, kann einen nicht zufriedenstellen. Unsere vielfältigen Maßnahmen, die wir ergriffen haben, wirken. Aber der Bedarf kann natürlich nicht 1 : 1 gedeckt werden.

Ich freue mich, dass wir erkennbar und spürbar Entlastungen haben, und gehe davon aus, dass dies auch zum Schuljahr 2020/2021 gelingt, weil die Pensionierungswelle abebbt und darüber hinaus die zusätzlich ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer dann auf den Markt kommen. Das ist ein wichtiges Signal an die Schulen. Ich weiß, dass an vielen Schulstandorten, gerade an unseren Grundschulen, sehr viel geleistet und eingesprungen wird, wenn Lehrerinnen und Lehrer krank werden. An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei denen bedanken, die mehr arbeiten, die mehr leisten, damit Unterricht für die Kinder stattfindet. Das ist keine Selbstverständlichkeit, und deshalb verdient es unseren allergrößten Respekt und allergrößten Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Dass wir – ich habe es angesprochen – diejenigen stärken müssen, die im System sind – mit dem Schulleiterkonzept, mit Betreuungsangeboten, mit Fachlehrern, mit Schulkindergärten, um Beispiele zu nennen –, ist das eine.

Aber wir brauchen natürlich auch dementsprechende Räumlichkeiten. Ich bin unseren Kommunen – den Landkreisen, den Städten und Gemeinden – sehr dankbar für das, was sie investieren. Es ist gleichwohl eine sehr große Aufgabe. Wir unterstützen Neubauinvestitionen auch in Zukunft verlässlich, aber wir nehmen erstmals auch den Fördertatbestand Schulsanierungen mit auf, und zwar dauerhaft.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

Dies ist, denke ich, ein ganz entscheidendes Signal dafür, dass wir anerkennen, dass hier in den Kommunen Handlungsbedarf besteht, dass es auch darum geht, Wert zu erhalten und nicht etwas so lange verfallen zu lassen, bis es dann zusätzliche Mittel für einen Neubau gibt. Deshalb freue ich mich, dass wir dies umgestellt haben und mit 100 Millionen € jährlich einen Rahmen und Möglichkeiten bieten. Das ist ein ganz zentraler Systemwechsel, für den ich mich ausdrücklich bei den beiden Fraktionen bedanke.

(Abg. Anton Baron AfD: Sehr gern!)

Das ist ein sehr wichtiges Signal dafür, dass es uns auch darum geht, Raum für Pädagogen in die Zukunft zu führen. Das Land ist Partner der Kommunen – heute und in Zukunft. Deshalb auch hierfür herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
sowie der Abg. Stefan Herre und Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich kann man immer sagen: Nichts ist so gut, dass es nicht noch besser werden kann – keine Frage. Dass wir in Qualität und Leistungsfähigkeit, in die Unterstützung unserer Lehrerinnen und Lehrer weiterhin Zeit und Geld investieren und zusätzliche Förderprogramme aufstellen müssen, ist, glaube ich, unstrittig. Aber mit dem Haushalt 2020/2021 machen wir deutlich, wie ernst wir dieses Thema nehmen und dass nicht nur geredet wird, sondern dass wir viel Geld investieren. Ich bin davon überzeugt, dass auch erkennbar und spürbar wird, dass dies zur Steigerung von Leistung und Qualität in unseren Schulen, zur Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer führen wird. Deshalb herzlichen Dank.

Ich freue mich, einen so herausragenden Haushalt für die Bildungspolitik der nächsten zwei Jahre vorstellen zu können. Herzlichen Dank all jenen, die daran mitgewirkt haben.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Stefan Herre und Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Nicht übertreiben!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Es liegt noch eine Wortmeldung des Abg. Dr. Fulst-Blei vor. Sie haben noch Redezeit.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Jetzt ist die Stimmung gerade so gut!)

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Und die CDU nicht mehr? – Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich bei den salbungsvollen Worten zum Abschluss gerade gefragt: Mein Gott, was müssen eigentlich Lehrkräfte denken, die mitbekommen, wie das ZSL und die Lehrerbildung gerade voll an die Wand gefahren werden und wie die Zustände in den Schulen zurzeit sind?

Frau Ministerin, eine einfache Rechenaufgabe, die aufzeigt, warum Sie mit diesem Haushalt, in Ihrer Kernkompetenz Unterricht, was den Unterrichtsausfall betrifft, heute scheitern. Die GEW rechnet vor: 1 000 Stellen im Lehrerbereich – ich komme auch noch zum Philologenverband – stellen Sie heute ein.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wenn Sie Ethik, Informatik, Ganztags, Inklusion und alles Weitere abziehen, dann ergibt sich: Dadurch sind schon einmal 1 175 Stellen belegt. Der Philologenverband – keine SPD-Vorfeldorganisation –

(Vereinzelt Beifall – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gott sei Dank! – Abg. Nicole Razavi CDU: Verräterisch! – Unruhe bei den Grünen, der CDU und der AfD)

sagt in seiner jüngsten Pressemitteilung – ganz ruhig, Brauner! –, eine weitere Verschlechterung der Unterrichtsversorgung sei zu befürchten, und spricht von weiteren 120 Stellen, die dort ebenfalls nicht berücksichtigt sind. Das heißt, in einer Zeit, in der Eltern in Stuttgart klagen, weil sie so „glücklich“ mit Ihrer Politik sind, Frau Eisenmann, die dazu führt, dass zu viel Unterricht ausfällt,

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

entscheiden Sie heute über einen Haushalt, aus dem noch einmal 300 Stellen herausgenommen werden. Die Folge ist nichts anderes als Unterrichtsausfall, und das ist eine Katastrophe für dieses Land.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Sie können nicht mehr auf die Vergangenheit verweisen, nicht im Jahr 2019.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie haben 2016 1 000 Lehrerstellen gestrichen. Frau Ministerin, Sie haben in diesen Haushaltsberatungen noch nicht einmal Ihre eigenen Ansprüche ausreichend durchgesetzt, und eine Katastrophe ist: Sie alle lassen 3 000 Gymnasiallehrkräfte in Zeiten von Unterrichtsausfall arbeitslos auf der Straße stehen. Das ist unmöglich!

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Raimund Haaser und Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ich sage Ihnen ein Letztes zu unserem Kernanliegen und ein Letztes zu dem, wofür viele Eltern und Vertreter von Organisationen vorhin draußen demonstriert haben: Es ist enttäuschend, dass an dieser Stelle wieder kein Signal zur Gebührenbefreiung gekommen ist. Ich kann nur hinausrufen: „Eltern, hört die Signale! Grün-Schwarz lässt euch im Stich.“

(Oh-Rufe von den Grünen und der CDU)

Ich sage: Kita-Gebührenbefreiung jetzt!

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die FDP/DVP hat Herr Abg. Dr. Kern das Wort.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, ja, der Koalition steht aufgrund der günstigen Wirtschaftssituation sehr viel Geld zur Verfügung, und Sie geben auch viel Geld in die Bildung. Aber entscheidend ist doch, dass Sie zu wesentlichen Problemen, die wir im Bildungsbereich haben, nichts gesagt haben.

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Gar nichts!)

Sie haben sich nicht dazu geäußert, wie Sie mit den hohen Sitzbleiberquoten an den Gymnasien, an den Realschulen umgehen.

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Aus der Vergangenheit bestehen nämlich noch immer Probleme dadurch, dass der Wegfall der verbindlichen Grundschulpflicht ohne jegliche Vorbereitung völlig überstürzt durchgeführt wurde.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Und die Probleme bestehen an den weiterführenden Schulen. Dazu haben Sie nichts gesagt.

Wir haben gehandelt, haben einen Gesetzentwurf eingebracht. Dazu schweigen Sie sich aber aus.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie haben zweitens kein Wort zum neuen Qualitätskonzept gesagt. Es knirscht auf allen Ebenen und an allen Enden. Ich habe Sie gebeten, noch einmal klar Stellung dazu zu nehmen, wohin die Reise beim Qualitätskonzept tatsächlich gehen soll, wie Sie die diesbezüglichen Schwierigkeiten beheben wollen. Dazu haben Sie nichts gesagt.

Sie sagen zwar verbal: „Jawohl, wir setzen uns für ein vielgliedriges Schulsystem ein“, sagen aber nichts dazu, wie Sie im ländlichen Bereich den zahlreichen Haupt- und Werkrealschulen helfen wollen. Sie haben gegenüber der Presse richtig gesagt, dass Sie zu einer neuen Bewertung der regionalen Schulentwicklung kommen wollen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Aber dazu haben Sie nichts gesagt, haben Sie nichts vorgelegt. Heute wäre hier der passende Ort gewesen, dazu einmal etwas zu sagen.

Wir haben zwei Gesetzentwürfe eingebracht, um den Haupt- und Werkrealschulen zu helfen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ihr seid Kerle!)

Der eine bezog sich auf die berufliche Realschule. Diesen Gesetzentwurf haben Sie abgelehnt, haben also nicht das getan, was wirklich notwendig gewesen wäre. Ebenso haben Sie unseren Gesetzentwurf zur Veränderung und Verbesserung der

(Dr. Timm Kern)

regionalen Schulentwicklungsplanung abgelehnt. Auch da hätte die CDU mit ihrer Kultusministerin etwas machen können.

Deshalb bleibe ich dabei: Es ist keine Kunst – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Kollege, jetzt dürfen Sie aber nichts mehr sagen.

(Heiterkeit)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das ist aber gut! – Es ist keine Kunst, in Zeiten wie diesen viel Geld ins Schulsystem zu stecken. Aber es gäbe auch einiges zu machen. Dafür brauchten Sie nicht viel Geld, aber es würde der Qualität viel helfen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt liegt mir noch eine Wortmeldung von Herrn Abg. Dr. Schütte für die CDU vor. – Sie haben noch 28 Sekunden.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD zu Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Außerhalb der Reihe! Das ist aber schwach! Hast du vorhin keinen Mut gehabt? – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Ich bin jetzt nach Wortmeldungen vorgegangen.

(Abg. Anton Baron AfD: Das wird eng!)

Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Jährlich grüßt das Murmeltier“: Die SPD möchte mit dem Füllhorn Mittel für kostenfreie Kitas verteilen – „gegenfinanziert“ durch weitere 500 Millionen € für Verkehrsverbilligungen

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Stimmt doch gar nicht!)

und „gegenfinanziert“ durch eine weitere Milliarde an zusätzlichen Ausgaben.

Wir haben gehandelt. Die Kommunen bekommen ab dem nächsten Jahr 500 Millionen € mehr für die Ü-3-Betreuung, um die Qualität zu verbessern. Das könnten Sie dann bei sich im Stadtrat auch tatsächlich nutzen;

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ich werde es den Eltern weitergeben, Herr Schütte! Ich werde es weitergeben!)

Sie können auch Gebühren absenken. Unsere Mittel kommen dauerhaft.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das Schlimme ist, dass Sie Qualität und Gebührenfreiheit immer wieder gegeneinander ausspielen!)

Das unterscheidet sich von dem, was die zuständige Bundesministerin, die Ihrer Partei angehört, zugesagt hat, die nämlich nach 2022 das Geld wieder „absacken“ lässt oder einmal wartet, was passiert.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Dann macht doch mal!)

Das heißt, wir unterstützen die Kindergärten, wir unterstützen die Krippen in unserem Land, und wir sagen nicht: Macht doch alles beitragsfrei, egal, wer das wie bezahlt und was am Ende gekürzt werden muss.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Die Eltern werden dankbar sein!)

Wir legen Wert auf Qualität, damit auch zukünftig die Leute rechnen können und dann vielleicht auch manche in Ihrer Fraktion Ausbildung und Lehrerbedarf in Übereinstimmung bringen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Unsere Vorschläge sind solide finanziert! – Zuruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Abg. Boser, der ich jetzt für die Grünen das Wort erteile, kann die ihr verbleibenden zwölf Sekunden auch noch um 50 % erweitern.

(Heiterkeit – Abg. Anton Baron AfD: Zwölf zu viel! – Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Zwei, drei, vier! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Fertig!)

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Faktencheck. Erstens: Wir haben keinen Unterrichtsausfall aufgrund von fehlenden Lehrerstellen, sondern wir haben Unterrichtsausfall, weil die Lehrerstellen nicht besetzt sind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Wir haben allen Gymnasiallehrkräften, die derzeit keine Stelle haben, das Angebot gemacht, in die Grundschulen zu gehen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Was ist mit dem Unterrichtsausfall an den Gymnasien und an den anderen Schulen?)

Ich wäre froh, wenn dies mehr tun würden. Aber leider ist das nicht der Fall.

Zweitens: Sozial gerecht sind sozial gestaffelte Kindergartengebühren und keine Beitragsfreiheit.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo! Völlig richtig!)

Denn es ist ein Unterschied, ob die Arztfamilie die Kindergartengebühr zahlt oder die alleinerziehende Mutter.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Richtig! – Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Das ist das Totschlagargument! Hör doch auf!)

Wir brauchen beispielsweise für die Alleinerziehenden sozial gerechte Kindergartenbeiträge und nicht das, was Sie wollen: Beitragsfreiheit mit dem Füllhorn über alle ausschütten.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Bravo-Rufe von den Grünen und der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Einer Mutter, die draußen demonstriert hat, die nicht aus einer Arztfamilie kam, haben die 220 € richtig gefehlt! Das ist zynisch!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, alle haben jetzt ihre Redezeit ausgeschöpft. – Herr Abg. Dr. Fiechtner hat ja vorhin schon gesprochen, wenn ich das richtig sehe.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Zur Geschäftsordnung!)

– Ein Geschäftsordnungsantrag. Bitte schön.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Verschaffung zusätzlicher Redezeit! Er verschafft sich nur zusätzliche Redezeit!)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Die Umstände, unter denen in diesem Parlament debattiert wird, erfordern, erheischen, erzwingen einen erneuten Geschäftsordnungsantrag nach § 84 der Geschäftsordnung: Bemerkungen zur Geschäftsordnung.

(Zuruf: Ach Gott!)

Mein Antrag wird lauten, dass das Parlament per Abstimmung das Präsidium verpflichtet, § 9 Absatz 1 der Geschäftsordnung auftragsgemäß und wortgemäß umzusetzen. Ich lese § 9 Absatz 1 vor:

Die Präsidentin oder der Präsident vertritt den Landtag und führt seine Geschäfte. Sie oder er führt ihr oder sein Amt unparteiisch und gerecht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und das tut sie! – Zuruf von der CDU: Das tut sie!)

Jetzt kommt meine Begründung. Sie wissen, ich habe fünf Minuten Zeit – mittlerweile wissen Sie das – nach § 84 der Geschäftsordnung, nachdem das Präsidium in der letzten Zeit zunehmend parteiisch und zensierend bei Reden und Bemerkungen von Abgeordneten – speziell bei meiner Person – vorgegangen ist. Heute z. B. wurde ich unterbrochen, nachdem ich schlicht und ergreifend festgestellt hatte, dass es in der grünen Partei pädophile Neigungen gibt, die sich dann auch bei der Betreuung von Kindern in Kitas niederschlagen könnten. Es kann nicht sein, dass eine Präsidentin, die dieser Partei angehört, dies zum Anlass nimmt, mich in meinem Redefluss zu unterbrechen und damit zu verhindern, dass ich meine Gedanken, die ich zu dem Thema Bildung habe, vollständig hier im Parlament ausbreiten kann. Ich hätte nämlich z. B. auch darüber gesprochen, dass man Kinderrechte einführen will, um dem Staat damit die Möglichkeit zu eröffnen, Zwangsmaßnahmen auf Eltern auszuüben und ihre Kinder zwangsweise in Kinderverwahranstalten zu stecken,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist jetzt aber keine Bemerkung mehr zur Geschäftsordnung, Frau Präsidentin!)

damit sie dann zwangsweise pädophile, gendergerechte Prägungen erhalten.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist keine Bemerkung zur Geschäftsordnung, sorry! Er verschafft sich zusätzliche Redezeit! Das geht nicht! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist eine Zumutung!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, ich darf Sie kurz unterbrechen. Sie haben gerade gesagt, Sie seien bei der Begründung Ihres Geschäftsordnungsantrags.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ich bin immer noch bei der Begründung, Frau Präsidentin.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Aber Sie hatten ihn ja, wenn ich es richtig gehört habe, schon gestellt. Ich wollte ihn mal hören.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ich habe fünf Minuten Zeit. Bitte halten Sie sich daran.

(Abg. Georg Nelius SPD: Nicht rumlabern!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich habe es nicht verstanden. Sie hatten gesagt: „Jetzt komme ich zur Begründung.“ Ich dachte, Sie hätten den Antrag schon gestellt. Haben Sie den Antrag schon gestellt?

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ich habe den Antrag schon gestellt.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Können Sie das wiederholen? Ich habe das nicht verstanden.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Der Antrag lautet, dass das Parlament jetzt, bevor die Debatten weitergehen, nochmals, weil dieser ungute Zustand schon so lange existiert, ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Können Sie sagen, was ich machen soll?

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): ... beschließen möge, dass das Präsidium sich ausdrücklich und ganz genau

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das kann man doch nicht beschließen! Das steht in der Geschäftsordnung!)

an § 9 Absatz 1 der Geschäftsordnung hält, nämlich das Amt unparteiisch und gerecht auszuüben, was in der letzten Zeit nicht geschehen ist.

Diese Unparteilichkeit wurde ja schon zu Beginn der Legislatur aufgehoben, als man verhindert hat, dass ein Vertreter der Opposition auch ein Amt als Präsident erhalten könne. Hier sitzen im Präsidium nur Vertreter der Regierungsfraktionen. Insofern ist es nahezu logisch, dass ständig eine parteiische Führung der Sitzungen dieses Parlaments erfolgt.

(Unruhe)

Das muss für den Rest der Legislatur aufhören. Ich fordere deswegen alle auf, eine entsprechende Resolution hier und jetzt zu beschließen, dass die Unparteilichkeit eingehalten wird und dass Parlamentarier allenfalls bei strafbewehrten Verleumdungen wie z. B. „Sie Nazi“ oder Ähnliches – – Anderenfalls ist es in meinen Augen nicht verständlich, dass überhaupt eine Unterbrechung stattfindet, geschweige denn ein Ordnungsruf erteilt wird, was ja auch in inflationärer Weise erfolgt. Mittlerweile sage ich mir: Je mehr Ordnungsrufe ich erhalte, desto besser habe ich offensichtlich hier dem Parlament gedient.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Junge, Junge! – Weitere Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie haben ja Ihre Zeit gar nicht ausgeschöpft.

(Lebhafte Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen – Zurufe – Unruhe)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident, das war mein Weihnachtsgeschenk an Sie.

(Heiterkeit – Oh-Rufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gut. – Herr Abg. Dr. Fiechtner, ich werte das jetzt als Kurzintervention. Ich kann keinen

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Antrag erkennen!)

Geschäftsordnungsantrag erkennen. Zwischendurch haben Sie einmal von einer Resolution gesprochen, über die wir hier abstimmen sollen. Eine Resolution muss vorher als Tischvorlage schriftlich ausgeteilt werden. Ich erkenne keinen Geschäftsordnungsantrag.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Es ist ein Antrag auf Abstimmung! – Gegenrufe: Über was denn? – Abg. Reinhold Gall SPD: Wir können auch beschließen, dass heute Freitag ist! – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Ja, komm, das beschließen wir! Ich stimme mit! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Wir haben Ihnen jetzt aufmerksam zugehört. Das Anliegen ist angekommen. Aber es handelt sich nicht – Ich kann den Antrag nicht erkennen, geschweige denn einen Geschäftsordnungsantrag. Aber das –

(Abg. Stefan Räßle AfD: Dann stelle ich ihn! – Abg. Stefan Räßle AfD begibt sich zu einem Saalmikrofon. – Oh-Rufe – Abg. Reinhold Gall SPD: Oh Gott! – Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Es wird nicht besser! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist der Kompanion!)

Abg. Stefan Räßle AfD: Frau Präsidentin, ich stelle einen Geschäftsordnungsantrag zur Unterbrechung der Sitzung, damit wir hier wirklich einmal darüber beraten, ob es so weitergehen kann in unserer parlamentarischen Gepflogenheit, in unserer parlamentarischen Diskussion.

Ich begründe das wie folgt –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank, Herr Abg. Räßle. Ich habe das hier verstanden.

Abg. Stefan Räßle AfD: Ich begründe das wie folgt:

Erstens: Es wird vonseiten der Regierungsfractionen oder auch der SPD permanent gegen die AfD gehetzt, geschimpft,

(Oh-Rufe)

wir werden als Nazis bezeichnet, wir werden unlauter angegriffen,

(Unruhe)

wir werden beleidigt – von Herrn Rülke letztens auch gehört –, permanent.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Mimimimimi!)

Es passiert nichts.

(Anhaltende Unruhe)

Ich beschwere mich nicht. Auch ich teile gern aus.

(Fortgesetzte Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Aber auf der anderen Seite werden dann legitime Meinungsäußerungen wie z. B. von Herrn Fiechtner, dass die Grünen eine pädophile Partei sind oder pädophile Neigungen haben, was beweisbar ist, weil die grüne Partei vor einigen Jahren den Pädophilen-Paragrafen aus dem Strafgesetzbuch streichen wollte, bestraft. Das ist beweisbar. Und dann kann man auch diese Meinung äußern. Das ist meine persönliche Meinung, dass es möglich sein muss, so etwas zu äußern.

(Zuruf des Abg. Nicole Razavi CDU)

Aber er wird dann nicht nur dafür gerügt, sondern ihm wird sogar noch Redezeit entzogen. Das heißt, er wird des äußersten Rechts eines Parlamentariers, seine Stimme zu erheben, beraubt.

Deshalb sage ich: So darf es nicht weitergehen. Deswegen beantrage ich hier eine Unterbrechung der Sitzung, damit wir uns auch einmal interfraktionell zusammensetzen

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Mit Ihnen? Niemals! – Gegenruf des Abg. Udo Stein AfD: Sie sind ein ganz toller Demokrat, Herr Sckerl! – Weitere Zurufe)

und darüber reden, wie es eigentlich in diesem Parlament weitergehen soll.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gut. Danke schön, Herr Abg. Räßle. Das ist angekommen.

Ich stelle jetzt zur Abstimmung: Herr Abg. Räßle beantragt, dass wir die Sitzung unterbrechen. Die Begründung haben Sie gehört. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt. Ich brauche die Sitzung nicht zu unterbrechen, und wir können jetzt fortfahren.

(Unruhe)

Ich darf Sie bitten – Sie kennen das ja schon. Wir haben jetzt einen Antragsmarathon bei der Abstimmung vor uns.

Wir kommen also zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/7204.

Wir kommen zunächst zu Abschnitt I der Beschlussempfehlung. Die entsprechenden Anträge werde ich an den passenden Stellen aufrufen.

Wir kommen zu Nummer 1

Kapitel 0401

Ministerium

– natürlich in der Fassung der Beschlussempfehlung.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Wer Kapitel 0401 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0401 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 2

Kapitel 0402

Allgemeine Bewilligungen

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Hierzu sind ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD und ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP gestellt.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7304-16, der begehrt, den neuen Titel 432 03 N – Zulagen für Lehrer in Mangelregionen – aufzunehmen und entsprechende Haushaltsmittel einzustellen, um Lehrer für den Dienst in Regionen mit erschwerter Bewerberlage zu gewinnen. Wer stimmt diesem AfD-Antrag zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 972 10 – Globale Minderausgabe für den Einzelplan 04 – liegt Abschnitt I des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7304-7, vor, der mit Abschnitt II auch die Kapitel 0405, 0408, 0410, 0416, 0418, 0420 und 0428 betrifft. Der Antrag zielt darauf ab, die Ressourcengewinne aus freien, nicht besetzten Lehrerstellen nicht der globalen Minderausgabe für den Einzelplan 04 zuzuführen, sondern den Schulen zur Verfügung zu stellen, die von der Lehrerunterversorgung betroffen sind.

Ich schlage Ihnen vor, Abschnitt I und II des Antrags gemeinsam zur Abstimmung zu stellen. – Sie sind damit einverstanden. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag der FDP/DVP ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0402 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0402 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Nummern 3 und 4

Kapitel 0403

Obere Schulaufsichtsbehörden

und

Kapitel 0404

Staatliche Schulämter

gemeinsam aufzurufen. – Damit sind Sie einverstanden. Wer diesen beiden Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Kapiteln 0403 und 0404 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 5

Kapitel 0405

Grund-, Haupt- und Werkrealschulen

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer stimmt Kapitel 0405 zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0405 ist einstimmig zugestimmt.

Wir haben noch über zwei Entschließungsanträge der Fraktion der FDP/DVP abzustimmen.

Zunächst lasse ich über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7304-6, abstimmen. Der Antrag enthält das Handlungersuchen an die Regierung, den Grundschulen Budgets für Zulagen an Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7304-8, der auch Kapitel 0418 – Gemeinschaftsschulen – betrifft. Der Antrag enthält zwei Handlungersuchen an die Regierung zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung an allen Schularten sowie zum Verzicht auf weitere gymnasiale Oberstufen an Gemeinschaftsschulen zugunsten des Ausbaus der beruflichen Gymnasien. Ich beabsichtige, den Entschließungsantrag insgesamt zur Abstimmung zu stellen. – Sie sind damit einverstanden. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe Nummer 6

Kapitel 0408

Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ), Staatliche SBBZ und Staatliche SBBZ mit Internat

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer Kapitel 0408 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0408 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 7

Kapitel 0410

Realschulen

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 8 auf:

Kapitel 0416

Gymnasien und Staatliche Gymnasien in Aufbauform mit Internat

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0416 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch abzustimmen über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7304-9. Darin soll die Landesregierung in drei Punkten ersucht werden, mit dem Ziel der Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 allen Gymnasien die Möglichkeit zu geben, die ihnen zugewiesenen Lehrerwochenstunden auf acht oder neun Schuljahre zu verteilen, den G-9-Schulversuch auslaufen zu lassen und die beruflichen

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Schulen auszubauen. Kann ich das insgesamt zur Abstimmung stellen? –

(Zustimmung des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Wer stimmt diesem Entschließungsantrag der FDP/DVP-Fraktion zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zu Nummer 9

Kapitel 0418

Gemeinschaftsschulen

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Wer Kapitel 0418 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0418 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 10

Kapitel 0420

Berufliche Schulen (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufskollegs, Berufliche Gymnasien, Berufsoberschulen, Fachschulen)

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Wer Kapitel 0420 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0420 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Nummer 11 auf:

Kapitel 0428

Staatliche Berufliche Schulen

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0428 ist einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 12:

Kapitel 0435

Förderung von Schulen in freier Trägerschaft

Zu Titel 684 16 N liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7304-17, vor, der verlangt, die Zuschüsse an internationale Schulen zu streichen. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer stimmt Kapitel 0435 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0435 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 13

Kapitel 0436

Allgemeine Schulangelegenheiten

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf. Hierzu liegen ein Änderungsantrag der Fraktion der

SPD, vier Änderungsanträge der Fraktion der AfD, drei Änderungsanträge der Fraktion der FDP/DVP sowie ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD vor.

Fangen wir mit dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion an. Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7304-18, gestellt, der im Rahmen von Maßnahmen für Flüchtlingskinder und jugendliche Flüchtlinge im Betragsteil die Streichung einer Erläuterung und im Stellenteil die Streichung von Stellen fordert. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7304-1, der mit einem Betrags- und einem Stellenteil die Aufnahme des neuen Titels 422 01B N – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten zur Stärkung der Unterrichtsversorgung – fordert und zum Ziel hat, die Krankheitsreserve auszubauen und das Entlastungskontingent wieder aufzustocken. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 422 03 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl. – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7304-10, vor, der die Einstellung zusätzlicher Mittel fordert, um die Laufzeit des Vorbereitungsdienstes um die Dauer der Sommerferien zu verlängern. Wer stimmt diesem Änderungsantrag der FDP/DVP-Fraktion zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7304-19, fordert die Aufnahme des neuen Titels 422 06 N – Zulagen für Lehrer in Mangelfächern –, um durch zusätzliche Haushaltsmittel dem Unterrichtsausfall vorzubeugen und Neueinstellungen, insbesondere in Mangelfächern, zu erleichtern. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag der AfD-Fraktion ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7304-11, der zu Titel 427 17 – Mittel für Vertretungslehrkräfte zur Sicherung der Unterrichtsversorgung – gestellt ist und, verbunden mit einer Ergänzung der Erläuterung, zusätzliche Mittel verlangt, um Lehrkräfte mit einem Vertrag über mindestens 39 Kalenderwochenstunden auch über die Sommerferien beschäftigen zu können. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7304-20, fordert die Aufnahme des neuen Titels 428 06 N. Er soll heißen: Beschäftigungsentgelte für Lehrer aus den Herkunftsgebieten der Flüchtlinge, die diese in der Sprache ihres Herkunftslands unterrichten. Im Rahmen des Programms „Fit for return“ sollen bis zum Wegfall des Fluchtgrunds zeitlich begrenzt Mittel eingesetzt werden. Wer stimmt diesem Änderungsantrag der AfD zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titelgruppe 68 – Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung von Lehrkräften – Titel 427 68 – Beschäfti-

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

gungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7304-12, vor, der durch eine Mittelaufstockung den durch die Digitalisierung der Schulen entstehenden Fortbildungsbedarf decken soll. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7304-21, zu Titel 547 95 – Sachaufwand – verlangt eine Mittelkürzung, da die AfD dem „Leitfaden Demokratiebildung“ aufgrund seines Inhalts kritisch gegenübersteht. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0436 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0436 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben jetzt noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7304-2, abzustimmen. Die Landesregierung soll ersucht werden, das Programm Berufseinstiegsbegleitung vollständig aus eigenen Mitteln weiterzuführen. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag der SPD mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe Nummer 14

Kapitel 0439

Vorschulische Bildung und Betreuung

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Hierzu liegen ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD sowie ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD vor.

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7304-22, zu Titelgruppe 80 – Forum Frühkindliche Bildung – verlangt zu verschiedenen Titeln im Betrags- und im Stellenteil Streichungen, um Parallelstrukturen zu verhindern. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der AfD-Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7304-3, begehrt Mittel zur Umsetzung der Gebührenfreiheit in Kindertagesstätten, die in der neu aufzunehmenden Titelgruppe 93 – Kita-Gebührenfreiheit – unter dem neuen Titel 633 93 N – Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – veranschlagt werden sollen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag der SPD ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Kapitel 0439 insgesamt. Wer stimmt Kapitel 0439 in der Fassung der Beschlussempfehlung zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0439 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 15 auf:

Kapitel 0440

Bildungsplanung und überregionale Angelegenheiten

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0440 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Nummer 16

Kapitel 0441

Überregionale und internationale Kulturpflege und Bildungshilfe für Entwicklungsländer

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer stimmt dem Kapitel zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0441 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Nummer 17

Kapitel 0442

Digitalisierung, Landesmedienzentrum und Medienförderung

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf.

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7304-13, verlangt, die neue Titelgruppe 91 – Beratung der Schulen bei Digitalisierungsvorhaben – und den neuen Titel 534 91 N – Dienstleistungen Dritter u. dgl. – aufzunehmen, um durch zusätzliche Mittel Schulen die Möglichkeit einzuräumen, professionelle Beratung in Anspruch zu nehmen. Wer stimmt diesem Antrag der FDP/DVP zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0442 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0442 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 18 auf:

Kapitel 0443

Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0443 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 19 auf:

Kapitel 0444

Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung

Wer Kapitel 0444 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 20 auf:

Kapitel 0445

Seminare für Ausbildung und Fortbildung der Lehrkräfte

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0445 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Ich rufe Nummer 21 auf:

Kapitel 0448

Zentrale Lehrerfortbildung und Akademie Schloss
Rotenfels

Wer stimmt hier zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0448 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 22

Kapitel 0453

Weiterbildung

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer stimmt dem Kapitel zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0453 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 23

Kapitel 0455

Pauschalleistungen an die Kirchen und Aufwendungen für andere Religionsgemeinschaften und sonstige kirchliche Zwecke

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0455 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 24

Kapitel 0460

Sportförderung

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Hier kommen jetzt einige Anträge. Es liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der SPD, ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD und ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP vor.

Wir beginnen mit dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7304-4, zu Titel 883 07: Förderung überregional bedeutsamer Sportstätten. Der Änderungsantrag verlangt ein Investitionsprogramm zur Sanierung und Modernisierung von Sportstätten und eine entsprechende Ergänzung der Erläuterung. Wer diesem Änderungsantrag der SPD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7304-23, zu Titel 883 75 – Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – begehrt zusätzliche Mittel zur Förderung des Breiten- und des Leistungssports. Wer stimmt diesem AfD-Antrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt folgt der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7304-5. Er verlangt, in der neu aufzunehmenden Titelgruppe 80 – Förderung kommunaler Schwimmbäder – unter dem neuen Titel 883 80 N – Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – Mittel zur Sanierung und Modernisierung von Schwimmbädern einzustellen. Wer stimmt diesem SPD-Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7304-14, fordert, die neue Titelgruppe 80 – Sanierung von Lehrschwimmbädern – und den neuen Titel 893 80 N – Zuschüsse an sonstige Träger – aufzunehmen, um durch zusätzliche Mittel Sanierungsanreize für Kommunen zu schaffen. Wer stimmt diesem FDP/DVP-Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0460 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0460 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 25

(Unruhe)

– ich bitte noch einmal um Aufmerksamkeit –

Kapitel 0465

Jugend und kulturelle Angelegenheiten

in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wir haben hierzu drei Änderungsanträge der AfD und einen Änderungsantrag der FDP/DVP vorliegen.

Zu Titel 684 72 – Zuschüsse an sonstige Träger – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7304-24, vor, der eine Mittelerhöhung begehrt, die Studienfahrten zu bedeutsamen Städten der deutschen Geschichte betrifft. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Anton Baron AfD: Eijeije! Unglaublich!)

Jetzt geht es noch weiter; es geht weiter mit einem AfD-Antrag. Zu Titelgruppe 79 – Förderung der Musikschulen – Titel 633 79 – Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – und Titel 684 79 – Zuschüsse an sonstige Träger – liegt der Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7304-25, vor, der Mittelerhöhungen zur Stärkung der kulturell-musikalischen Bildung fordert. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann liegt noch der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7304-26, vor, der begehrt, Titel 684 79B N – Zuschüsse an sonstige Träger – neu aufzunehmen, um Zuschüsse für Stipendien für Preisträger des Wettbewerbs „Jugend musiziert“ gewähren zu können. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7304-15, zum Titel 684 86, der im Hinblick auf die Organisation und Durchführung des Schultheatertreffens der Länder im Jahr 2021 eine Erhöhung verlangt. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0465 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstim-

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

men? – Enthaltungen? – Kapitel 0465 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben jetzt noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen abzustimmen.

(Unruhe)

– Hören Sie bitte zu. – Der Finanzausschuss empfiehlt Ihnen in Ziffer 1, von der Mitteilung des Finanzministeriums vom 30. Oktober 2019, Drucksache 16/7174, soweit diese den Einzelplan 04 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

In Ziffer 2 schlägt Ihnen der Ausschuss bezüglich der Mitteilung der Landesregierung vom 18. Oktober 2019 – es geht um den 27. Landessportplan für die Haushaltsjahre 2020/2021 –, Drucksache 16/7080, vor, ebenfalls Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

In Ziffer 3 empfiehlt Ihnen der Finanzausschuss, von der Mitteilung der Landesregierung vom 31. Oktober 2019 – hierbei geht es um den 49. Landesjugendplan für die Haushaltsjahre 2020/2021 –, Drucksache 16/7081, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen auch dem zu.

In Ziffer 4 schlägt Ihnen der Ausschuss vor, von dem Schreiben des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 8. November 2019 betreffend Übersichten zum Schulhausbau und zum Sportstättenbau Kenntnis zu nehmen. – Ich stelle auch hier Zustimmung fest.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 04 angelangt.

(Unruhe)

Wir schreiten in der Tagesordnung fort.

Ich rufe die **Punkte 1 b bis 1 d** sowie **Punkt 2** der Tagesordnung gemeinsam auf:

Punkt 1 b:

Einzelplan 06: Ministerium für Finanzen

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7206

Berichterstatter: Abg. Tobias Wald

Punkt 1 c:

Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7212

Berichterstatter: Abg. Gernot Gruber

Berichterstatter: Abg. Emil Sänze

Berichterstatter: Abg. Tobias Wald

Punkt 1 d:

Staatshaushaltsgesetz 2020/21 – Drucksache 16/7171

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7200

Berichterstatter: Abg. Karl Klein

Punkt 2:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsbegleitgesetz 2020/21 – Drucksache 16/7172

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7217

Berichterstatter: Abg. Karl Klein

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung der Tagesordnungspunkte 1 b bis 1 d gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 2 eine Redezeit von insgesamt 15 Minuten je Fraktion festgelegt.

Wünschen die Berichterstatter noch das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zur Allgemeinen Aussprache. Zuerst spricht für die Grünen Frau Abg. Walker.

(Abg. Thekla Walker GRÜNE: Nein, Stopp! – Abg. Peter Hofelich SPD: Wo ist die Ministerin?)

– Entschuldigung, Frau Abg. Walker, wir haben einen Geschäftsordnungsantrag. – Herr Abg. Dr. Fulst-Blei, bitte.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Frau Präsidentin, wir fragen uns gerade, wo die zuständige Ministerin ist.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wahrscheinlich ist sie jeden Moment da!)

Das wäre eine Frage der Höflichkeit gegenüber dem Parlament.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sie betritt gerade den Plenarsaal!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Danke für den Hinweis. Ich glaube, sie hat das schon gespürt; sie ist schon im Raum.

Gut, Frau Abg. Walker, Sie haben das Wort.

Abg. Thekla Walker GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zum letzten Tagesordnungspunkt der zweiten Lesung des Doppelhaushalts 2020/2021. Hinter uns liegen viele Beratungstage; alle Einzelpläne sind im Wesentlichen besprochen. Dennoch lohnt jetzt noch einmal die Aufmerksamkeit gerade bei diesem letzten Tagesordnungspunkt, weil es hier um die wesentlichen und wichtigen Grundlagen des Haushalts geht.

Mit dem Haushaltsgesetz stellen wir den Haushaltsplan fest. In ihm sind die grundlegenden Finanzierungsermächtigungen verankert. Hinter dieser simplen Aussage stecken nicht weniger als die ältesten und grundlegendsten Rechte im Parlamentarismus, meine Damen und Herren.

Im Einzelplan 06 ressortiert die gesamte Steuerverwaltung, die sicherstellt, dass die Steuereinnahmen überhaupt fließen können und die Ausgaben getätigt werden, die wir in diesen Tagen beschlossen haben. Mit Abstand das größte Volumen weist der Einzelplan 12 auf: 92 % aller Einnahmen und 36 % aller Ausgaben laufen über diesen Einzelplan. Im Haushaltsbegleitgesetz schließlich werden nichts Geringeres als die

(Thekla Walker)

Schuldenbremse und der Finanzausgleich mit den Kommunen neu geregelt.

In diesem Haushaltsverfahren hatten wir freilich die Besonderheit, dass wir nach Einbringung des Regierungsentwurfs aufgrund der Herbst-Steuerschätzung sowie aufgrund der Strafzahlungen erhebliche Mehreinnahmen verzeichnen konnten. Das heißt, wir hatten die Gelegenheit, durch das parlamentarische Verfahren unsere Schwerpunkte noch einmal deutlich zu verstärken.

Das haben wir auch gemacht. Wir haben noch einmal ganz klar in Zukunftsvorsorge, Klimaschutz und auch in den gesellschaftlichen Zusammenhalt investiert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Was heißt Zukunftsvorsorge? Das heißt zum einen, die richtigen Investitionen zu tätigen, wie ich sie gerade schon genannt habe, zum anderen aber auch, die nötige Risikovorsorge zu treffen. Wir haben die Risikovorsorge von 800 Millionen € deutlich auf fast 1 Milliarde € gestärkt. Warum? Weil wir es mit Risiken zu tun haben, die wir in diesem Moment noch nicht genau kalkulieren können.

Das sind zum einen Mindereinnahmen durch die Steuergesetzgebung auf Bundesebene. Es kann sein, dass wir es mit Extremwittersituationen zu tun haben werden, wie sie uns in den vergangenen Jahren regelmäßig getroffen haben. Wir haben Mehrausgaben im Flüchtlingsbereich.

Es kommen aber auch Investitionen in den Bereichen „Künstliche Intelligenz“, „Alternative Antriebe“ oder „Angewandte Forschung“ auf uns zu, die für das Land wichtig sind. Wir haben 100 Millionen € zurückgelegt, damit wir diese wichtigen Investitionen, wenn sie für uns in Baden-Württemberg möglich werden, kofinanzieren können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Im Umfang von 132 Millionen € tilgen wir Kreditmarktschulden. Wir betreiben dahin gehend Zukunftsvorsorge – ich hatte es vorhin schon gesagt –, dass wir die Landeshaushaltsordnung im Haushaltsbegleitgesetz an die Erfordernisse der Schuldenbremse anpassen. Das heißt keineswegs, dass das Land in den kommenden Jahren keine Schulden mehr aufnehmen darf. Im Gegenteil, es werden genau die Bedingungen definiert, unter denen wir – etwa bei Konjunkturreinbrüchen oder bei Katastrophen – flexibel reagieren können. Das ist ein wichtiger und wesentlicher Schritt in diesem Haushalt.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Ich habe es schon gesagt: Ohne die Menschen, die in der Steuerverwaltung arbeiten, die sich engagiert und tatkräftig um die gesetzliche Umsetzung und die Eintreibung unserer Steuern bemühen, könnten wir gar nicht über den Haushalt verhandeln oder ihn beschließen. Wir sehen es daher als wesentliches Merkmal dieses Haushalts an, die Steuerverwaltung mit zahlreichen Stellenhebungen und vielen Anwärterstellen weiter zu stärken.

Wir haben insbesondere den mittleren Dienst gestärkt. Wir haben die Eingangssämter in der gesamten Landesverwaltung

von A 6 auf A 7 gehoben. Wir haben insgesamt mehr als 1 400 Stellenhebungen in diesem Doppelhaushalt, insbesondere in den Bereichen Polizei, Justiz und Steuerverwaltung. Ich finde, das kann sich sehen lassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Tobias Wald CDU: Sehr gut!)

Das ist wichtig. Das macht den mittleren Dienst insgesamt attraktiver. Wir müssen ja im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft dafür sorgen, dass wir auch in den kommenden Jahren Fachkräfte und Nachwuchs für die Verwaltung rekrutieren können, Stichwort Zukunftsvorsorge.

Des Weiteren gehören die 150 Stellen für die Grundsteuerreform dazu, die in den kommenden Jahren ansteht. Hierbei müssen 5,6 Millionen wirtschaftliche Einheiten neu bewertet werden – und zwar unabhängig davon, welches Modell in Baden-Württemberg umgesetzt wird. Auch das ist aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt.

Wie sieht es nun bei der Opposition zu diesen Fragen, Themen und Risiken aus, die ich gerade genannt habe? Leider muss ich sagen: Bei den Vorschlägen der Oppositionsfraktionen sind keine zusätzlichen Zuführungen zu den Rücklagen für Haushaltsrisiken zu verzeichnen. Im Gegenteil, von der FDP/DVP gab es sogar – wir haben es schon gehört – die Forderung nach einer Absenkung der Grunderwerbsteuer, die Mindereinnahmen von 650 Millionen € bedeuten würde. In der Sache haben wir vielfach darüber diskutiert, deswegen muss ich das jetzt nicht wiederholen; dies würde den Gesamthaushalt jedoch enorm belasten.

Auf der anderen Seite will die SPD erhebliche strukturelle Mehrausgaben tätigen. Wir hatten die Themen heute, z. B. die Kitagebühren. Das wäre ein sehr hoher dreistelliger Millionenbetrag.

(Zuruf von den Grünen)

Sie haben das 365-€-Ticket als relativ unausgereiften Vorschlag in die Haushaltsberatungen eingebracht. Das wäre auch ein hoher dreistelliger Millionenbetrag, obwohl wir erst noch wesentlich in die Infrastruktur des Verkehrs investieren müssen. Es gibt da keine klare Linie.

Sie ignorieren darüber hinaus auch bewusst die klare Aufgabenverteilung zwischen der Ebene der Kommunen und der Ebene des Landes. Es sind also keine neuen Ideen damit verbunden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Zur AfD möchte ich eigentlich nichts sagen. Es sind die bekannten Anträge gestellt worden, wie in den vergangenen Haushaltsberatungen auch. Ich glaube, darüber ist hier schon zu Genüge diskutiert worden. Ich möchte aber zu den Stellenschaffungen und der pauschalen Kritik daran sagen, dass wir das natürlich für vollkommen falsch halten. Neue Aufgaben erfordern auch neue Stellen. Ich glaube, es ist völlig unstrittig, dass im Bereich der Bildung, der Polizei und auch der Justiz diese Stellenschaffungen dringend notwendig und richtig waren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

(Thekla Walker)

Ich habe es schon gesagt: Wir haben die Gelegenheit genutzt, noch einmal unsere Schwerpunkte zu stärken. Das ist zum einen der Klimaschutz, zum anderen das Thema Innovationen. Wir haben im Einzelplan 12 die Rücklagen für die Maßnahmen in dem Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept gebildet, damit die Mittel dort sukzessive abgerufen werden können. Es ist im Moment noch in der Verhandlung, wie diese Punkte dann im Einzelnen aussehen.

Wir schaffen Rücklagen für den Strategiedialog – das muss man auch als einen Beitrag zum Klimaschutz sehen, wenn wir an dieser Stelle in der Transformation weiterkommen.

Wir haben beim Bauprogramm im Einzelplan 12 noch einen Schwerpunkt auf energetische Sanierungen gelegt, damit wir bei unseren landeseigenen Liegenschaften eine Vorbildfunktion einnehmen und beim Klimaschutz entsprechend vorankommen.

Ein kleiner Aspekt, den ich aber auch wichtig finde: Wir haben Mittel für den Erwerb von Flächen mit hoher Bedeutung für den Klimaschutz, nämlich Moore, eingestellt mit 1 Million €.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Tobias Wald CDU)

Zum Thema Innovation ist im Laufe der Debatte in den vergangenen Tagen schon viel gesagt worden. Es ist uns natürlich sehr wichtig, dass Baden-Württemberg hier weiter den Spitzenplatz hält. Wir haben gestern über den Hochschulfinanzierungsvertrag debattiert. Wir schaffen mit dem Haushaltsgesetz jetzt die Haushaltsermächtigung für den Hochschulfinanzierungsvertrag II. Wir haben dort aber auch die Rücklagen für den Gesundheitsstandort mit 50 Millionen € drin, und wir haben im Einzelplan 12 „digital@bw II“ für die Ertüchtigung der Landesverwaltung entsprechend dieses Schwerpunkts.

Last, but not least geht es natürlich um die Kommunen. Der Kommunale Investitionsfonds ist dieses Mal erstmalig auf über 1 Milliarde € erhöht worden. Es wurde schon mehrfach gesagt: In den vergangenen Jahren, seit 2011, haben die Kommunen insgesamt über 6 Milliarden € mehr Mittel bekommen. Ich denke, die Kommunen im Land sind damit sehr gut aufgestellt.

Es hat in der vergangenen Woche auch noch die Einigung zum Bundesteilhabegesetz zur Frage der geduldeten Flüchtlinge gegeben – eine, wie ich finde, sehr gute und sehr faire Einigung, die da getroffen worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Tobias Wald CDU)

Dazu wird es dann in der kommenden Woche eine entsprechende Empfehlung der Gemeinsamen Finanzkommission geben. Wir werden es dann zur dritten Lesung im Haushalt einbringen.

Insgesamt denke ich, dass wir mit unserer Aufstellung sehr gut für die kommenden zwei Jahre vorgesorgt haben. Wir haben uns sehr gut gegen mögliche Risiken gewappnet. Wir investieren in den Klimaschutz, und wir stellen viel Geld für Innovationen bereit.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun darf ich das Wort Herrn Kollegen Wald geben.

Abg. Tobias Wald CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind mit dem heutigen Plenartag auf der Zielgeraden der Beratungen zum Haushalt 2020/2021 angelangt. Die Aufstellung eines Haushalts mit einem Gesamtvolumen von nahezu 104 Milliarden € ist kein Sprint, es ist ein Marathon. Die Ziellinie werden wir in der nächsten Woche mit der dritten Lesung des Haushalts erreichen.

Heute beraten wir die wichtigsten Elemente des Haushalts, nämlich den Einzelplan 06 – Finanzministerium –, den Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung –, das Staatshaushaltsgesetz 2020/21 und das Haushaltsbegleitgesetz 2020/21. Zu den letzten beiden Punkten wird mein geschätzter Kollege Karl Klein sprechen.

Der Einzelplan 06 hat einen Aufgabenschwerpunkt: unsere wichtige Steuerverwaltung. Eines vorab: Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Finanzverwaltung für ihre wertvolle Arbeit sehr herzlich. Große Herausforderungen liegen vor uns: die Digitalisierung und die Grundsteuerreform. Mit diesem Haushalt werden wir den Grundstein für eine erfolgreiche Bewältigung dieser großen Aufgaben legen. Wir rüsten die Digitalisierung unserer Finanzverwaltung massiv auf. Nur so können unsere Betriebsprüfer auf Augenhöhe mit den Unternehmen in Baden-Württemberg arbeiten.

Wir machen die Arbeit unserer Finanzverwaltung attraktiver. So nehmen wir mit diesem Doppelhaushalt insgesamt 1 400 Stellenhebungen vor. Dabei haben wir ein besonderes Augenmerk auf die Beschäftigten im mittleren Dienst gelegt. So werden beispielsweise nahezu 200 Hebungen der Eingangssämter im mittleren nichttechnischen Dienst von A 6 auf A 7 sowie die Eingangssämter des ehemaligen einfachen Dienstes von A 5 auf A 6 und die Beförderungssämter des ehemaligen einfachen Dienstes von A 6 auf A 7 angehoben. Diese Anhebungen in den unteren Besoldungsgruppen waren mir als Christdemokrat in diesem Haushalt persönlich sehr wichtig. Wir sind ein fairer Arbeitgeber, und wir stehen zu unserem Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

An dieser Stelle danke ich auch meiner geschätzten Kollegin Thekla Walker. Wir haben hierbei an einem Strang gezogen. Herzlichen Dank!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Eine große Herausforderung wird aber auch die Reform der Grundsteuer sein. Wie Sie wissen, wurde auf massiven Druck der CDU in Baden-Württemberg die Länderöffnungsklausel für die Grundsteuer in Deutschland durchgesetzt. Diese Länderöffnungsklausel werden wir nutzen; denn das intransparente, sozial ungerechte,

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

(Tobias Wald)

megabürokratische Grundsteuermodell des SPD-Finanzministers Scholz haben wir abgelehnt und werden es auch in Zukunft ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich bin froh, dass sich nun auch unser Koalitionspartner von diesem SPD-Bürokratiemonster abgewandt hat.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Wir werden bis Mitte 2020 ein transparentes, aufkommensneutrales und bürgerfreundliches Grundsteuermodell vorlegen. Das hat die CDU versprochen, und das werden wir auch halten.

Damit wir diese Herkulesaufgabe bestehen und meistern können, auch im Sinne der Steuerzahler und der Kommunen, benötigen wir eine Stärkung des Personals. Aus diesem Grund haben wir 150 zusätzliche Stellen im Doppelhaushalt vorgeesehen.

Meine Damen und Herren, wir machen Politik nah am Menschen, passgenau, mit Maß und Mitte – anders als die Opposition. Die SPD-Fraktion fordert 300 neue Stellen – einfach so. Die AfD fordert Stellenstreichungen – einfach so, ohne klare Konzepte, ohne Kurs, ohne Ziel.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Nein, begründet!)

Das kann man machen, muss man aber nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Gemeinsam mit unserer leistungsstarken Finanzverwaltung, unseren selbstbewussten Kommunen und den mündigen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes werden wir die Reform der Grundsteuer gut bewältigen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Wann?)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch im Einzelplan 12 wird unsere Politik, die Politik mit Maß und Mitte, klar abgebildet. Wir werden mit den Steuereinnahmen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen sehr verantwortungsvoll umgehen. Das haben wir in den letzten Jahren bewiesen, und das werden wir auch mit diesem Doppelhaushalt tun.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das ist ein Witz!)

Wir investieren auch mit diesem Haushalt massiv in unsere landeseigene Infrastruktur, in Gebäude und Liegenschaften. Wir bilden Rücklagen für Haushaltsrisiken, denn am Konjunktur- und am Kulturhimmel ziehen dunkle Wolken auf. Wir bilden Rücklagen für innovative Forschung und für den Klimaschutz – ohne ideologische Scheuklappen; denn es geht um die Zukunft von Baden-Württemberg und um die Zukunft der nächsten Generation.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Auch bei einem weiteren Thema geht es um die Zukunft der nächsten Generation: bei der Schuldenbremse. Ich bin sehr dankbar, dass wir uns auf die Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung verständigen konnten. Denn eines ist mir als Finanzpolitiker und der CDU-Landtagsfraktion

auch wichtig: keine weiteren neuen Schulden. Das ist unser Versprechen an die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: An künftige Generationen!)

Mit den Schwerpunkten in diesem Haushalt – Konsolidierung der Finanzen, Sanierung des Landesvermögens, Investitionen in die Zukunft, in Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, Digitalisierung, Sicherheit, Klima- und Artenschutz, Zusammenhalt unserer Gesellschaft – kommen wir unserer Verantwortung nach und machen Politik mit Maß und Mitte für die Zukunft.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun darf ich Herrn Abg. Hofelich für die SPD das Wort erteilen.

Abg. Peter Hofelich SPD: Danke schön, Frau Präsidentin.

(Der Redner trinkt aus dem am Redepult bereitgestellten Wasserglas.)

– „Deutsches Wasser“, würde Harald Schmidt sagen.

(Abg. Tobias Wald CDU: Ich habe nichts getrunken!
– Zurufe der Abg. Reinhold Pix GRÜNE und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, Frau Ministerin! Zu Beginn meiner Stellungnahme für die SPD-Fraktion zum Haushalt des Finanzministeriums danke ich der Ministerin und der Staatssekretärin für die Mühen der Aufstellung des Planwerks, vor allem aber auch allen Beschäftigten des Finanzministeriums sowie aller nachgeordneten Behörden und Beteiligungen für die engagierte Arbeit in der zurückliegenden Periode.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Thekla Walker GRÜNE und Tobias Wald CDU)

Baden-Württemberg hat eine hervorragende Finanzverwaltung, um die uns viele beneiden. Unser Südweststaat würde ohne sie nicht so dastehen, wie es seit vielen Jahren der Fall ist.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Hervorragende Finanzministerin!)

In jedem Staatsaufbau – zumal unter den demokratischen Staaten – ist kaum ein Ministerium so stark mit der Idee und dem Anspruch des Staates verbunden wie ein Finanzministerium. Seit Colberts Zeiten werden hier nicht nur Einnahmen und Ausgaben gesteuert, wird Vermögen verwaltet, Personal betreut und bezahlt, sondern werden auch Fachpolitiken der Häuser inhaltlich verfolgt und finanziell bewertet. Der jeweiligen Regierungszentrale wird ein starkes Gegenüber entgegengesetzt. Finanzpolitik wird kommuniziert und erklärt, der Anspruch des Staates in der Öffentlichkeit wird mit kompetenter Autorität zum Wohle des Ganzen verkörpert.

Niemand sage, dass unser Finanzministerium in Baden-Württemberg genau das nicht könne. Über Jahre hat man das be-

(Peter Hofelich)

wiesen – unter wechselnden Führungspersönlichkeiten und politischen Farben. Die Staatlichkeit Baden-Württembergs, um die wir in diesen globalen und supranationalen Zeiten ringen, wird wesentlich von der Finanzverwaltung garantiert.

Seit vier Jahren ist die Situation aber verändert,

(Lachen des Abg. Tobias Wald CDU)

und darüber müssen wir heute reden. Die Finanzpolitik der Hausspitze wird von vielen als passiv und verschlossen wahrgenommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Sie brüskiert politische Partner – wie jetzt im Verhalten in der Gemeinsamen Finanzkommission mit den Kommunen. Sie steht nicht im wirklichen Austausch mit dem Parlament, schon gar nicht in der Bereitschaft zum offenen Diskurs, und sie ist nicht in der Lage, dem auch inflationären Einfluss des Staatsministeriums – einem sich nach meiner Beobachtung zunehmend selbst ernährenden System, das wir von den Oppositionsfractionen hart kritisiert haben – organisatorisch entgegenzutreten. Ich finde, diese Rolle muss besser gespielt werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Meine Damen und Herren, es war ein Fehler, dass beide Häuser in einer politischen Hand sind.

Im Übrigen will ich an dieser Stelle nur sagen: Wir sehen auch mit Besorgnis die Ausgaben in diesem Staatsministerium, die aus meiner Sicht nicht Koordinations-, sondern Marketingausgaben sind, und wollen deutlich sagen, dass wir uns hier ein ganz anderes Amtsverständnis wünschen.

Frau Ministerin, im Ergebnis sagen wir: Sie mögen – auch dank der letzten Steuerschätzung – finanziell im Geld schwimmen, aber strategisch müssen Sie sich fragen, ob Sie Ihr Haus unterfordern, und politisch stehen Sie – siehe Kommunen – im zerdepperten Porzellan.

(Beifall bei der SPD)

Gern setze ich mich jetzt in drei Fragen mit dem Einzelplan 06 bzw. mit den Einzelplänen auseinander. Ich schicke voraus, dass wir uns als Oppositionsfraction im Ausschuss auch wirklich mit der Sache auseinandergesetzt haben. Ich will das jetzt eher anhand übergreifender Fragen machen.

Erstens: Wie beurteilen wir die finanziellen und die wirtschaftlichen Annahmen in den Plänen? Zweitens: Wo wollen wir, die SPD-Fraction, eigene Akzente im Finanzhaushalt setzen? Und drittens: Welche Perspektiven braucht unsere Finanzpolitik in den kommenden Jahren?

Zur ersten Frage: Welche Annahmen hat das Finanzministerium über die finanzielle und die wirtschaftliche Entwicklung? In der mittelfristigen Finanzplanung wird ja ausweislich auch der Einnahmen eine eher stabilisierte und wieder verbesserte Einnahmesituation unterstellt – aus unserer Sicht auch die realistischere Variante. Wir sind in der jetzigen Phase nach einer Investitionskonjunktur auch in einer konsumgetragenen guten Konjunktursituation gewesen. Übrigens, Frau Ministerin, herzlichen Dank an die deutschen Gewerkschaften, die

dies in den letzten guten Jahren durch ihre Tarifabschlüsse möglich gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir alle wissen aber: Konjunkturverlauf ist nicht Strukturzustand. Darüber haben wir geredet. Aber wir trauen der existierenden Substanz, dass sie uns auch nach 2021 bei den Staatseinnahmen trägt.

Jetzt kommt aber ein Raunen – der Kollege Reinhart hat damit begonnen, der Kollege Wald hat es fortgesetzt –: Nun dräuen dunkle Wolken, es kommen schwierige Zeiten, wir müssen Vorsorge bei nachlassender Konjunktur treffen. Das wird man nicht von vornherein abwehren; das ist vollkommen klar. Aber Sie müssen sich schon Ihre Begründung im Land Baden-Württemberg überlegen. Die Finanzministerin wird es nicht ganz so malerisch ausdrücken.

Aber die Überlegung ist doch die: Das, was wir jetzt an Rücklagen haben – 5 bis 6 Milliarden € an Reserven; das wird nun gleich bestritten werden –, ist etwas, was in der jetzigen Zeit angebracht gewesen wäre. Dann, wenn wirklich diese dunklen Wolken kommen, dann wird ein Bundesland überfordert sein, hier sozusagen antizyklisch zu wirken. Das können Sie nicht vergessen. Sie haben auch eine andere Begründung als Frau Walker angeführt, die das für Aufgaben genannt hat, die eigentlich normal im Haushalt finanziert werden müssten. Es wird nicht der Fall sein, dass Sie diese 5 bis 6 Milliarden € wirklich so einsetzen können, dass dem Land dann plötzlich geholfen ist.

Richtig wäre es vielmehr gewesen, in der jetzigen indifferenten Situation zu sagen: Jetzt muss dieses Geld dafür eingesetzt werden, dass wir dort, wo es notwendig ist, investieren und dafür auch den Menschen Geld geben. Ob es bei dem 365-€-Ticket ist oder beim gebührenfreien Kindergarten, wir müssen den Menschen das Geld auch zurückgeben, damit wir einen Beitrag zu einer Konjunktur leisten, die uns weiterträgt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Am Ende bleibt die profane Feststellung bei all Ihren Gedankengebäuden: Sie wollen sich ein Vesperpaket für den Rucksack für die letzten 15 Monate bis zur nächsten Landtagswahl anlegen. Sie wollen im nächsten Haushalt, einem Nachtragshaushalt, weitere Klientelbedürfnisse befriedigen. Es bleibt dabei: Unter Grün-Schwarz und Kretschmann sieht es leider so aus, dass das Parteiinteresse über das Staatsinteresse die Oberhand gewinnt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Tobias Wald CDU: Beispiele?)

– Dieser Haushalt mit seinen vielen, vielen kleinen Geschenken, Herr Kollege – –

(Abg. Tobias Wald CDU: Konkret!)

– Darauf brauche ich Ihnen doch hier nicht zu antworten.

(Abg. Tobias Wald CDU: Doch!)

Was ist der Weg, den wir für richtig halten? Ich habe gesagt, mehr öffentliche Investitionen, die wir wirkungsvoll einsetzen wollen – in Mobilität, in Wohnen, in Klimaschutz, in

(Peter Hofelich)

Technologie. Das wäre der richtige Zeitpunkt gewesen, hier mehr zu tun.

Zweite Frage: Was wollen wir, die SPD? Wir wollen, dass das, was wir angestoßen haben, was wir in unserer Regierungszeit begonnen haben, im Finanzhaushalt fortgeführt wird: die Stellenerhöhungen, die stattgefunden haben und die wir – Herr Kollege Wald – begrüßen, die es aber auch schon in der Vergangenheit gab, das Technikpaket in der Steuerverwaltung, die außerbetrieblichen Arbeitsplätze, Betriebskindergärten, mit deren Einrichtung begonnen wurde, die Vermögensrechnung, die Staatssekretär Rust eingeführt hat, die Nullneuerschuldung, die wir über Jahre gehabt haben, den Abbau der über Jahrzehnte angehäuften impliziten Verschuldung bei Gebäuden, Straßen und Brücken, die Nachwuchskampagne, den respektvollen Umgang mit den Arbeitnehmervertretungen, die gleiche Augenhöhe mit der kommunalen Selbstverwaltung. Bei alledem, was begonnen worden ist, wollen wir zunächst von Ihnen, dass es fortgeführt wird.

(Abg. Tobias Wald CDU: Machen wir doch!)

Sie machen es aber nicht überall, und deswegen mahnen wir Sie an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen aber auch einige Dinge kritisch ansprechen. In der Gemeinsamen Finanzkommission mit den kommunalen Landesverbänden haben Sie in Stil und Inhalt so viel Arroganz an den Tag gelegt, dass man sagen muss: Jemand, der sich so verhält, der hat die DNA Baden-Württembergs nicht verstanden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Da komme ich gern auf meine Eingangsbemerkung zurück. Ein Ministerpräsident, der sich in Ehingen bei der Mitgliederversammlung des Gemeindetags hinstellt und 80 % seiner Redezeit dafür verwendet, die weltwirtschaftliche Lage in allgemeinen Sätzen darzustellen, verhält sich nicht so, wie man sich korrekterweise gegenüber den Kommunen verhält. Ich hätte erwartet, dass jemand, der zu diesem Zeitpunkt schon der Verantwortliche für diesen Haushalt war, sich hinstellt und sagt: „Jawohl, hier ist eine Situation gegeben, bei der wir uns ändern werden.“ Das ist aber nicht geschehen. Es hat sich hingeschleppt über Wochen, fast über Monate. Das ist nicht in Ordnung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Stephen Brauer FDP/DVP)

Wir wollen auch konkret dort, wo wir eine Möglichkeit haben, die Einnahmen des Staates zu verbessern – nicht nur bei internationalen Konzernen, sondern auch eine Etage darunter; aber wohl auch bei den internationalen Konzernen –, mehr Steuergerechtigkeit haben. Deswegen bringen wir in diese zweite Lesung den Antrag ein, dass wir Ihrem Ziel, die Prüfungsdienste zu optimieren, gerecht werden, indem wir die Steuerverwaltung stärken mit der Anhebung von Stellen und in einem zweiten Schritt auch mit der Neuschaffung von Stellen. Wir sind der Meinung, der Staat muss steuergerecht handeln können, und dafür braucht er das nötige Personal, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu meiner dritten Frage, zu den Perspektiven. Ich will klar sagen, was bisher nicht so richtig angesprochen worden ist und was Sie vielleicht aus meinem Mund nicht sofort erwartet haben: Wir haben in diesem Doppelhaushalt – das hat auch in der Öffentlichkeit, in der Presse eine Rolle gespielt – eine weitere Personalaufstockung im Landeshaushalt, die uns in schwierigen Zeiten sicherlich noch zum Nachdenken bringen wird. Darüber muss auch geredet werden. Deswegen haben wir seitens der SPD auch den Vorschlag gemacht und den Antrag gestellt, ein klares Zeichen in der Ministerialverwaltung zu setzen – also nicht dort, wo draußen die Leistungen gegenüber der Bevölkerung erbracht werden, sondern dort, wo gesteuert wird –, indem wir sagen: Wir gehen auf den Personalstand des Jahres 2011 – nicht 2016, sondern 2011 – zurück. Das wäre ein wichtiges Signal, um den Willen zum Ausdruck zu bringen, das, was im Jahr 2011 geleistet werden konnte, auch jetzt in diesem Umfang zu leisten.

Das war unser Vorschlag. Er ist uns nicht leichtgefallen, aber das wäre gut gewesen. Sie haben ihn blank abgelehnt, und das ist schade, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen mit Sicherheit aber, was die Aufgaben angeht, in Deutschland eine Diskussion darüber, wie wir im föderalen Staatsaufbau in der regionalen Wirklichkeit künftig diese stark personalintensiven Aufgaben finanzieren können, zumal in einem stärker werdenden Europa. Diese Debatte steht uns noch bevor, auch gegenüber dem Bund, meine Damen und Herren.

Wir wollen auch, dass es Beiträge des Landes zur Bundespolitik gibt. Das haben wir gerade eben nur gestreift. Wir haben ein paar Fragen dazu, Frau Finanzministerin, wie sehr Sie sich da wirklich auf dem Berliner Parkett engagieren und wie sehr Sie sich im grünen Geleitzug da tatsächlich auch Gehör verschaffen können.

Nehmen wir mal die Grunderwerbsteuer. Wir haben gesagt: Die bleibt. Aber wir haben auch gesagt: Wir wollen eine wichtige Differenzierung. Wo stehen wir denn beim Freibetrag für den Ersterwerb von Wohneigentum gerade für junge Familien, den wir seitens der SPD wollen, meine Damen und Herren, und der, wenn ich es recht verstanden habe, auch bei der CDU gewollt ist? Da muss man natürlich in Berlin dafür werben, doch offensichtlich geschieht das nicht, und das ist sehr schade.

(Beifall bei der SPD)

Das zum Thema Grundsteuer war jetzt gerade ganz nett gesagt, aber was ist denn die Haltung von Grün-Schwarz zur Grundsteuer? Sie wollen weiter darüber reden, wie Sie es bisher auch gemacht haben. Wollen Sie wirklich erzählen, dass eine dritte Ebene der Einflussnahme weniger Aufwand und Komplexität bedeutet als zwei Ebenen?

(Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Und wollen Sie, Herr Wald, uns hier weismachen, dass wir ein Bürokratiemonster haben, das die Unterschrift von Frau Kanzlerin Merkel trägt? Da stimmt doch etwas nicht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU – Weitere Zurufe)

(Peter Hofelich)

Ich bin gespannt, wie Sie mit dem Wort „egal“ dann ein paar Etagen höher durchkommen.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

In jedem Fall fordern Sie übrigens 500 neue Stellen, bei denen Sie uns überhaupt nicht nachweisen konnten, dass sie nach der einmal erfolgten Neubemessung der Grundsteuer wirklich notwendig sind.

(Zuruf von der CDU: Ja, das werden wir beweisen!)

150 Stellen sind zunächst als wirklich notwendig angesehen worden. Das wissen Sie alles genau. Da buttern Sie plötzlich hinein, weil Sie wollen, dass eine eigene Bürokratie aufgebaut wird. Das ist das, was Sie wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Tobias Wald CDU: Falsch! Wir werden es beweisen!)

Was ist bei der für unser Land wichtigen FuE-Förderung die Haltung des Finanzministeriums zu den Vorschlägen von Minister Scholz zur mittelstandsfreundlichen Förderung über eine Prämie? Unser Interesse, Frau Ministerin.

Steuerliche Förderung von Wohneigentum: Was kann fortentwickelt werden, z. B. für Wohnungsbau in genossenschaftlicher Hand, auch für Durchschnittsverdiener?

Und natürlich die Einkommensteuer – bei der uns eine Debatte bevorsteht; das haben wir ja gehört –: Warum beteiligt sich Baden-Württemberg nicht an der Diskussion darüber, wie wir gerade bei den Beziehern mittlerer Einkommen mehr Steuergerechtigkeit schaffen können? Das liegt in unserem baden-württembergischen Interesse, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen reden wir auch über die Substanz Baden-Württembergs. Deutschland driftet sozial und ökonomisch auseinander. Da darf man sich auch in Baden-Württemberg schon einmal fragen, ob die reine Unterscheidung in Großstadt und ländlichen Raum, wie Sie es in Ihrer Rhetorik immer bringen, noch der Wirklichkeit in Baden-Württemberg entspricht. Das tut sie natürlich nicht, und deswegen müssen Sie sich auch fragen, ob Ihre Flächenkomponente wirklich das Mittel ist, mit dem man hier antreten sollte. Ich halte sie für keine befriedigende Antwort. Wir werden uns etwas überlegen müssen, aber Ihre Diskussion führt nicht in die richtige Richtung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Daseinsvorsorge und Infrastruktur werden wieder zu kritischen Faktoren. Wollen wir wirklich – auch da gab es eine Debatte –, wie jetzt beim Breitband, dauerhaft Marktversagen durch Privatisierung mit öffentlichem Geld einfach zuschütten und das mit Förderbescheiden im Land einfach untermauern? Das kann doch nicht wirklich die künftige Realität sein, meine Damen und Herren.

Und zur Schuldenbremse: Wir haben uns auch ohne die Finanzministerin auf einen guten Pfad geeinigt. Wie sieht aber dann der weitere Weg aus? Wir bekennen, dass wir zu den Parametern, die wir gefunden haben – Konjunkturkomponente, Einfluss des Parlaments und Räumen des Kontos –, stehen.

Der Beitrag Baden-Württembergs für eine dynamische Wirtschaft wird für uns wichtig sein, und deswegen gilt: Wir wollen in die Zukunft schauen, und wir wollen, dass wir mit der Finanzpolitik gestalten. Mit diesem Haushalt haben wir unsere Probleme. Er ist eher eine Gießkanne als wirkliche Gestaltung.

Deshalb muss aus diesem Parlament auch die Initiative für mehr erwachsen. Wir von der SPD-Fraktion sind dazu bereit. Insofern sind der Doppelhaushalt und der Einzelplan des Ministeriums für uns heute das Gebot, an Baden-Württembergs Zukunft zu arbeiten, wo andere die Gegenwart verwalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Podeswa.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Zunächst möchte ich Ihnen, sehr geehrte Frau Finanzministerin Sitzmann, dazu gratulieren, dass es Ihnen gelungen ist, zumindest einen kleinen Teil des unerwarteten Geldsegens aus Strafzahlungen und Steuermehreinnahmen in Höhe von rund 2,1 Milliarden € vor den Begehrlichkeiten der rot-grünen Ressorts in Sicherheit zu bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Rainer Stielberger SPD: Das waren die schwarz-grünen!)

132 Millionen € Kreditmarktschulden zu tilgen und 800 Millionen € in die Rücklage zu retten war angesichts des Ausgabenrauschs – Herr Kollege Hofelich sprach vom Gießkannenprinzip – der rot-grünen Regierungsfractionen sicherlich nicht einfach.

(Staatssekretärin Bärbl Mielich: Du liebe Zeit! – Gegenruf von der CDU: Das hat er noch nicht kapiert!)

Dazu meinen Glückwunsch an Sie, Frau Finanzministerin.

Leider muss die Lobeshymne damit aber auch schon aufhören. Klar zu verurteilen ist, mit welcher Ignoranz Sie dem Parlament begegnen, wenn es um die Finanzen geht. Die Kontrolle der Finanzen ist die vornehmste Aufgabe des Parlaments. Doch Ihre Regierungsfractionen reichen teils erst um 23 Uhr Anträge ein, die im Finanzausschuss am nächsten Morgen um 10 Uhr entschieden werden. Auf solche Anträge kann die Opposition nicht mehr sinnvoll reagieren – was ohne Zweifel ja auch beabsichtigt ist. Tatsächlich diskreditiert das die Arbeit des Finanzausschusses

(Abg. Tobias Wald CDU: Oje!)

und ist nur als Missachtung des Parlamentarismus zu interpretieren.

(Beifall bei der AfD)

Der Haushalt kommt doch wohl nicht völlig überraschend. Daher gibt es auch keinen plausiblen Grund, weshalb ausgerechnet den Regierungsfractionen erst am Vorabend einfallen sollte, was sie für den Haushalt beantragen wollen. Oder wollen Sie den Bürgern ernsthaft erklären, dass Sie den Staats-

(Dr. Rainer Podeswa)

haushalt von Baden-Württemberg auf dem aufbauen, was Ihnen am Vorabend, gemeinsam beim Bierchen, eingefallen ist?

(Abg. Bernd Gögel AfD: Wahrscheinlich!)

Kommen wir zum Selbstverständnis des Ministeriums für Finanzen. Der Bürger erwartet, dass gerade das Finanzministerium mit gutem Beispiel vorangeht. Es muss der Garant für die sparsame und effiziente Verwendung der hart erarbeiteten Steuergelder der Bürger sein. Es muss sich und alle Empfänger von Steuergeld kritisch überwachen und kontrollieren.

Leider, Frau Finanzministerin Sitzmann, werden Sie und Ihr Ministerium dieser Vorbildfunktion nicht gerecht. Die vorgesehene Mittelverwendung ist weder sparsam, noch setzt sie nachvollziehbare Prioritäten. Vielmehr haben Sie sich mit dem hier vorgelegten Staatshaushaltsplan und insbesondere mit dem Einzelplan 06, dem Einzelplan Ihres Ministeriums, nachhaltig von jedem seriösen Wirtschaften verabschiedet.

(Beifall bei der AfD)

Rekordverdächtig ist nicht nur, dass es sich um den höchsten Haushalt aller Zeiten mit 54,7 Milliarden € handelt, wenn wir ihn um die Änderungen des Länderfinanzausgleichs korrigieren, um ihn vergleichbar zu machen; dank der Pensionsverpflichtungen für über 3 000 zusätzliche Beamte treiben Sie auch den Schuldenhaushalt in geradezu größtensinnige Verschwendung. Mit zusätzlichen Personalkostenverpflichtungen in Milliardenhöhe nehmen Sie der nächsten Generation den notwendigen Handlungsspielraum.

Da wundert es nicht, dass Sie sich mit Händen und Füßen gegen die Einführung der doppelten Buchführung in der Landesverwaltung wehren. Diese würde aufzeigen, dass Sie sich mit Ihrem Handeln der Insolvenzverschleppung schuldig machen würden, wären Sie ein Unternehmen.

(Beifall bei der AfD)

Auch muss man den Eindruck gewinnen, das Finanzministerium wolle selbst den Spitzenplatz beim geplanten Personalwuchs einnehmen. Allein für den Einzug der Grundsteuer möchten Sie 500 zusätzliche Beamte einstellen, 150 bereits mit dem jetzigen Haushalt und weitere 350 erklärtermaßen. Da Sie gleichzeitig einen hohen zweistelligen Millionenbetrag für die Digitalisierung des Einzugs der Grundsteuer im Haushalt veranschlagt haben, fragt man sich, wo hierbei die Effizienzgewinne aus der Digitalisierung bleiben. Digitalisierung muss schließlich einen Effizienzgewinn abwerfen und darf nicht ein zusätzlicher Kostenfaktor und ein zusätzlicher Personalkostenfaktor werden.

(Beifall bei der AfD)

Ich erinnere nochmals daran: Die Wirtschaft streicht gerade Zehntausende Stellen, insbesondere in der für uns wichtigen Automobilindustrie. Die Landesregierung sollte sich an der Wirtschaft orientieren und die notwendige Sparsamkeit an den Tag legen. Stattdessen werden allein in diesem Doppelhaushalt 3 000 neue Beamtenstellen geschaffen, die den Steuerzahler dauerhaft belasten.

Kommen wir zu einem weiteren Kostentreiber. Schauen wir auf die Personalaufstockung im Einzelplan 06 – Ministerium

für Finanzen –: Von den zusätzlichen Stellen sind gerade einmal 8 % mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ versehen, 92 % der Stellen werden den Bürger dauerhaft belasten. Nur zum Einzug der reformierten Grundsteuer, die ja angeblich nicht höher ausfallen soll als die, die wir jetzt einziehen – wer das glaubt, wird sicherlich seliggesprochen –,

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Genau! – Abg. Tobias Wald CDU: Wissen Sie, wer den Hebesatz macht? Das sind die Kommunen! Sie haben die Grundsteuer nicht kapiert!)

wollen Sie dauerhaft rund 50 Millionen € Steuergeld pro Jahr aufwenden. Das nenne ich einen Schildbürgerstreich.

(Beifall bei der AfD)

Wir fordern eine Personalbremse, und damit sind wir nicht allein. Alle Oppositionsfractionen haben Personaleinsparungsanträge gestellt, sogar die SPD.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die SPD spart heute schon Personal ein!)

Wir, die AfD-Fraktion, haben Stelleneinsparverpflichtungen beantragt. Wissen Sie noch, was Stelleneinsparverpflichtungen sind? Die haben Sie nämlich in Ihren Abreden zum Koalitionsvertrag vereinbart. 5 000 Stellen wollte Grün-Schwarz streichen. Stattdessen hat die zu Grün-Rot mutierte Regierungskoalition jetzt insgesamt – nur in dieser Legislaturperiode – schon 6 440 zusätzliche Stellen geschaffen. Das nenne ich mal eine vollständige Erfüllung Ihrer Koalitionsvertragsvereinbarungen.

(Beifall bei der AfD)

Jedes Schulkind kann nachrechnen – pro geschaffener Beamtenstelle entstehen Pensionsrückstellungsverpflichtungen in der Größenordnung von 800 000 € –, dass das die Staatskasse mit zusätzlichen Pensionsverpflichtungen in Höhe von 5 Milliarden € belasten wird – 5 000 Millionen €!

(Abg. Udo Stein AfD: Hört, hört! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wir haben es doch!)

Ihre wirtschaftsfeindliche Politik verlangt vom Bürger und von den Unternehmen das Sparen. Also gehen Sie gefälligst mit gutem Beispiel voran. Alle Oppositionsfractionen – ich unterstreiche es noch mal: alle Oppositionsfractionen – haben sich der AfD angeschlossen und Anträge zu Personalkürzungen gestellt.

(Abg. Sabine Wölfl SPD: „Angeschlossen“! So ein Quatsch!)

Werfen wir einen Blick auf unsere Anträge. Wir haben ein Landeskindergeld, eine beitragsfreie Schülerbeförderung sowie gezielte Wohnraumförderung für Familien beantragt. All das haben Sie abgelehnt. Sie verwenden stattdessen das Steuergeld der Bürger für Namibia, für Gambia, für Burundi und für sonstige hoch korrupte Regime in Afrika.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das passt doch zu ihnen! Das passt doch zu den Altparteien!)

(Dr. Rainer Podeswa)

Hauptsache weit weg mit dem Steuergeld der Baden-Württemberger, sollte man meinen.

(Beifall bei der AfD)

Die CDU-Fraktion – ja, ganz ernsthaft: die CDU-Fraktion – hat erhebliche zusätzliche Steuergelder für den Aktionsplan für Akzeptanz für Lesben, Schwule, Transsexuelle, Transgender, Intersexuelle, Bisexuelle, Trisexuelle – ich erspare mir die Auflistung –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sagen Sie doch LSBTTIQ!)

eingestellt – ein Aktionsplan, den die CDU noch im Wahlkampf bekämpft hat. Eine Begründung für diese neue Schwerpunktsetzung blieb die CDU auch bei wiederholter Nachfrage im Finanzausschuss schuldig.

(Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

An dieser Stelle kommen wir wieder zurück auf Gambia. Dort werden homosexuelle Menschen nämlich als Ungeziefer bezeichnet, das man töten sollte wie Moskitos. Aber in dieses für Menschenrechtsverletzungen bekannte Land stecken die CDU und die Grünen nun Geld für Bienenzüchterprogramme.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Da bin ich doch etwas verwundert

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Bienen sind nicht bestechlich!)

über die Ziele der CDU. Unseren Antrag, die einheimischen Imker zu unterstützen, haben Sie auf jeden Fall abgelehnt.

(Beifall bei der AfD)

Ich möchte Sie, verehrte grün-rote Regierungsparteien, noch einmal daran erinnern, woher unser Wohlstand kommt, nämlich von den Unternehmen und Arbeitnehmern insbesondere aus der Automobilindustrie.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Genau so ist es!)

Das sind die, für die Sie jetzt für 26 Millionen € einen Strategiedialog Automobilwirtschaft führen möchten. Wir sind sehr gespannt, wie dieser Dialog aussieht. Wenn die Finanzministerin hier im Plenum verkündet, dass sie den Verbrennungsmotor aus den Innenstädten verbannen will, und der Herr Verkehrsminister verkündet, dass er nicht noch mehr Automobilindustrie in Baden-Württemberg haben will, wird dieser Dialog sicherlich sehr spannend.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Denken Sie dabei daran, zu erklären, wie aus einer Antiautoregierung eine Antiarbeitsplatzregierung wurde, die am Ende eine Antiwirtschaftsregierung ist, die den Ast absägt, der ihr die Steuern zahlt, die sie hier verschwendet.

(Beifall bei der AfD)

Spannend ist auch die Zuführung in Rücklagen beim Arbeitsprogramm „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ in Höhe von 10 Millionen €. Das sind linke politische Programme. Die Tat-

sache, dass nicht nur die AfD, sondern selbst die SPD diese Mittel zweifelhaft findet und kürzen will, zeigt, dass unsere Landes-CDU die SPD offensichtlich schon lange links überholt hat.

(Beifall bei der AfD – Abg. Peter Hofelich SPD: Das weisen wir zurück!)

Sie sollten sich um ein neues Branding, um ein neues Marketing kümmern.

(Zuruf von der CDU)

Das passiert, wenn man sich einem grünen Koalitionspartner unterwirft.

In diesem Atemzug muss ich auch erwähnen, dass Sie doch selbst längst den Überblick verloren haben, welche linksideologischen Projekte Sie unterstützen. Nahezu jedes Ministerium steckt Geld in Projekte gegen rechts, wohlgemerkt nicht gegen rechten Extremismus, sondern gegen die politische Positionierung, nicht links zu sein.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Sie verletzen damit nicht nur die politische Neutralität, die eine Regierung nach außen tragen sollte, sondern Sie verbrennen das Geld der Steuerzahler.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wissen Sie, wo man das Geld stattdessen dringend bräuchte, natürlich abgesehen von den bereits von uns angesprochenen Familienförderprogrammen? Bei unseren Kommunen!

(Abg. Tobias Wald CDU: Denen nehmen Sie es doch weg! Denen nehmen Sie es doch mit Ihren Anträgen weg! Das haben Sie nicht verstanden!)

Genau da sparen Sie an der falschen Stelle. Das beginnt bei den Erstattungsansprüchen, auf denen die Kommunen sitzen bleiben. Unsere Landkreise und Gemeinden müssen ihre Haushalte völlig ohne Not auf rein spekulativen Annahmen aufbauen,

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

weil Sie sie unnötig in der Luft hängen lassen. Eine Landesregierung, die sich weigert, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen und Zahlungen ohne Aufforderung und rechtzeitig zu leisten, ist eigentlich, mit Verlaub gesagt, eine Schande.

(Beifall bei der AfD)

Ich zitiere die ersten zwei Sätze aus der gemeinsamen Pressemeldung von Landkreis-, Gemeinde- und Städtetag vom 10. Oktober 2019:

Schon zum zweiten Mal in dieser Legislaturperiode bringt die Landesregierung einen Haushalt in den Landtag von Baden-Württemberg ein, ohne dass zuvor im Rahmen der Gemeinsamen Finanzkommission eine Verständigung mit den Kommunen gelungen wäre. Die Interessen der Kommunen bleiben damit beim Entwurf des Staatshaushaltsplans an entscheidenden Stellen unberücksichtigt.

(Dr. Rainer Podeswa)

Ihre Ignoranz spricht dort Bände. Nachhaltigkeit? Zuverlässigkeit? Fehlanzeige! Dass Sie sich vor zwei Tagen mit den Kommunen geeinigt haben, ist wie Weihnachtsgeschenke am dritten Weihnachtstag zu kaufen.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Brauer das Wort.

Abg. Stephen Brauer FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Doppelhaushalt 2020/2021 ist in vielerlei Hinsicht ein Rekordhaushalt. Betrachten wir zunächst das Volumen: 2020 soll dieses bei 51,7 Milliarden € liegen; 2021 sollen es 52,9 Milliarden € sein, die dem Land zur Verfügung stehen.

Die Steigerung um 50 % in zehn Jahren zeigt zum einen die sehr gute wirtschaftliche Entwicklung, die zu gigantischen Steuermehreinnahmen geführt hat. Sie zeigt aber auch die Unbekümmertheit, mit der diese zusätzlichen Einnahmen verausgabt werden.

Der warme Regen, der sich über das Land ergießt, speist sich aber nicht nur aus den Steuereinnahmen. Zusätzlich wird die Strafzahlung von Daimler fällig. Das bringt fast 900 Millionen € zusätzlich – allerdings nur einmalig.

Aufgrund der nach wie vor boomenden Baukonjunktur profitiert das Land von Einnahmen durch die Grunderwerbsteuer. Der um 1,5 Prozentpunkte erhöhte Grunderwerbsteuersatz spült in zwei Jahren 1,3 Milliarden € zusätzlich in die Kasse. Die von uns geforderte Absenkung auf 3,5 % würde Häuslebauer und Wohnungskäufer deutlich entlasten. Es wäre ein erster Schritt, um denjenigen, die unseren Wohlstand erwirtschaften, etwas zurückzugeben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Stattdessen wird ein kommunaler Bodenfonds aufgelegt, damit wieder der Staat den Daumen auf der Verteilung hat. Warum können Sie das Geld nicht bei denjenigen lassen, denen es doch eigentlich gehört?

Jetzt haben wir diese positiven Effekte nicht nur auf der Einnahmeseite. Auch auf der Ausgabenseite tut sich etwas, ohne dass die Landesregierung etwas dafür kann. Im Hohenlohischen sagt man: „Denen lefft der Rotz die Backe nauf.“

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Gabi Rolland SPD: Wie heißt das? – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Ohne eigenes Zutun profitiert die Landesregierung von der Veränderung externer Rahmenbedingungen.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Kann man das übersetzen? – Zuruf von der SPD: Übersetzung! – Gegenruf des Abg. Bernd Gögel AfD: Lieber nicht! – Weitere Zurufe)

– Herr Hofelich kann das übersetzen. Er kann es auch vom Hohenlohischen ins Schwäbische übersetzen: Da läuft der Rotz die Backen hoch.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Nicht gerade zur Mittagszeit! – Gegenruf des Abg. Rüdiger Klos AfD: Heute gibt es gar nichts zu essen! – Heiterkeit)

– Dann hätten Sie vorhin ein bisschen kürzer reden müssen.

So ergeben sich z. B. finanzielle Vorteile durch die Umstellung des Länderfinanzausgleichs. Durch den Vorwegabzug bei der Umsatzsteuer verringert sich die zu leistende Ausgleichszahlung an die anderen Bundesländer um geschätzt 400 bis 500 Millionen €. Wir hätten gern gewusst, wie hoch der tatsächliche Betrag ist, und haben diese Information in unserem Antrag Drucksache 16/6822 eingefordert. Leider ist die Landesregierung diesem Ansinnen nicht nachgekommen. 400 bis 500 Millionen € sind aber ein realistischer Wert; das hatte Frau Staatssekretärin Splett bereits eingeräumt.

Auch die Zinszahlungen werden nicht annähernd so hoch sein wie von Ihnen veranschlagt: 1,3 Milliarden € für 2020 und 1,7 Milliarden € für 2021 sind angesichts der voraussichtlich anhaltenden Niedrig- oder Nullzinspolitik der EZB keine realistischen Werte.

Die vom Rechnungshof zu Recht bemängelten viel zu hohen Ausgabereise führen dazu, dass Kredite nicht in Anspruch genommen werden müssen und folglich auch hier Zinszahlungen entfallen werden. 5,6 Milliarden € eingestellte, aber nicht ausgegebene Haushaltsmittel sind ein Wort. Hier muss dringend nachgebessert werden und eine Kappung erfolgen.

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass diese Landesregierung offensichtlich nicht willens ist, Schulden zu tilgen. In der Lage wäre sie schon, sie will bloß nicht. Dass sie bei dieser Haushaltslage keinen Euro für die Tilgung von Kreditmarktschulden bereitstellt, ist eigentlich nicht zu glauben – bei einem Schuldenstand von 45,1 Milliarden € und bei diesen Rekorderlösen keine Schuldentilgung, null Komma null! Das ist verantwortungslose grüne Finanzpolitik, und die CDU macht mit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Jetzt kommt natürlich das Argument: Wir haben aber doch 800 Millionen € den Rücklagen zugeführt. Darauf kann ich Ihnen nur antworten, dass diese Rücklage in der Gegenwart nur Ihre unsinnigen Ausgaben der Zukunft darstellt. Böse Zungen behaupten gar, dass diese keinesfalls zweckgebundene Rücklage die Wahlkampfkasse für 2021 ist.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Ja!)

Weil sich Grüne und CDU so gut verstehen, haben sie sich etwas auf die Seite gelegt – vom Geld der Steuerzahler, versteht sich.

Ein ganz anderer Ansatz wäre gewesen, endlich mit der Bildung von Rückstellungen zu beginnen. Den Unterschied habe ich schon einmal erklärt. Allein die Pensionsrückstellungen für die Landesbeamten würden sich derzeit auf 157 Milliarden € belaufen.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja!)

Das ist leider noch nicht das Ende der Fahnenstange.

(Stephen Brauer)

Bei Ihrer Stellenorgie, meine Damen und Herren von Grünen und CDU, bei diesem Perpetuum mobile ministerialis, wo ohne jede Aufgabenkritik Stellen in Ministerien geschaffen werden, müssen Sie eigentlich weitere Rückstellungen bilden. Aber auch hier, wie bei der Schuldentilgung: Fehlanzeige.

Dieser Stellenaufwuchs wird uns das Genick brechen. Künftige Generationen, die die Zeche zahlen müssen, werden mit dem Finger auf Sie zeigen. Das wird Ihnen vielleicht egal sein, es sei denn, das gemeinsame Versorgungswerk kann Ihre Pension nicht zahlen. Dann wird es auch für Sie ungemütlich.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Genau! Dann tut es ihnen weh! – Abg. Bernd Gögel AfD: Sehr gut!)

Apropos Versorgung: Dass pro Beamten in Zukunft 750 € statt 500 € pro Monat in die Versorgungsrücklage eingestellt werden, ist einer der wenigen positiven Aspekte dieses Doppelhaushalts und wird von uns ausdrücklich begrüßt. Wir müssen unsere Beamten während ihrer aktiven Zeit ordentlich bezahlen, müssen aber auch dafür sorgen, dass sie im Alter abgesichert sind. Das geht aber nur, wenn wir uns bei jeder zusätzlichen Stelle fragen, ob sie wirklich nötig ist, und uns bei jeder existierenden Stelle fragen, ob sie in Zukunft wirklich noch existieren muss. Diese Überlegungen haben Sie offensichtlich nicht angestellt. Anders kann ich mir den Aufwuchs von 3 152 neuen Stellen nicht erklären.

Eine äußerst seltsame Maßnahme ist die Schaffung von 500 zusätzlichen Stellen in der Finanzverwaltung

(Abg. Tobias Wald CDU: 500? Falsch!)

mit der Begründung, dass die Grundsteuer reformiert werden müsse. Frau Ministerin Sitzmann, Sie wissen zwar nicht, wie Ihre Reform aussieht, können aber schon genau sagen, dass Sie insgesamt 500 zusätzliche Finanzbeamte einstellen müssen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Sehr richtig!)

Kurzfristig schaffen Sie schon einmal 150 Stellen für „Steuereintreiber“, um in der Terminologie von Frau Walker von vorhin zu bleiben. Auch nach mehrmaliger Nachfrage wollten Sie weder dem Kollegen Hofelich noch mir Ihre Pläne für das von Ihnen angestrebte Modell verraten –

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sie weiß es ja noch nicht!)

falls Sie überhaupt einen Plan haben.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Hat sie nicht!)

Vielleicht haben Sie ja gar keinen Plan.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ja, eben!)

Aber, Kollege Haußmann, das ist bei dieser Regierung völlig egal, Hauptsache sie hat einen Stellenplan. Das ist das Wichtigste.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Beifall des Abg. Peter Hofelich SPD – Abg. Anton Baron AfD: Sehr gut!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesbank prognostiziert mit 0,2 % faktisch ein Nullwachstum. Spätestens jetzt müssten Wachstumsimpulse gesetzt werden. Aber was macht die Landesregierung? Sie verschleudert Steuermilliarden und verliert dabei die Zukunft aus dem Blick.

Es ist nicht gottgegeben, dass unser Land wirtschaftlich stark bleibt. Dafür müssen wir etwas tun. Dafür müssen wir die richtigen Weichenstellungen vornehmen. Die Finanzierung der Imkerausbildung in Gambia gehört nicht zu den Weichenstellungen, die ich hier meine, und auch der Strategiedialog mit der Automobilwirtschaft – der eigentlich Chefsache sein müsste – gehört nicht dazu.

Investitionen in Forschung und Entwicklung und der Ausbau der digitalen und sonstigen Infrastruktur, das bedeutet, die Zukunft im Blick zu haben. Investitionen in die Bildung der jungen Menschen in unserem Land – die im Übrigen viel besser sind als ihr Ruf –, das bedeutet, die Zukunft im Blick zu haben. Investitionen in neue Technologien, offen und unvoreingenommen, das bedeutet, die Zukunft im Blick zu haben.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Frau Ministerin Sitzmann, Ihr Doppelhaushalt 2020/2021 ist rückwärtsgerichtet.

(Abg. Anton Baron AfD zu Abg. Tobias Wald CDU: Herr Wald, haben Sie eigentlich schon einen Honigtopf aus Gambia bekommen?)

Er ignoriert die aktuellen Entwicklungen und verteidigt den Status quo. Stillstand ist Rückschritt, Frau Ministerin. Anstatt Akzente für die Zukunft zu setzen, wahren Sie Besitzstände. Imagekampagnen und Vorzeigeprojekte wie der immer teurer werdende Nationalpark machen uns nicht fit für das neue Jahrzehnt. Mit Ihrer Ausgabenpolitik nach dem Gießkannenprinzip haben Sie Ihre Klientel bedacht, verlieren aber das Wesentliche aus dem Blick und vergessen dabei ganz, dass die Voraussetzungen unseres Wohlstands immer wieder aufs Neue geschaffen werden müssen.

Beispiel gefällig? Stichwort Wasserstoff- und Brennstoffzelle, eine nicht mehr ganz so neue Technologie – ebenso wie die Batterie übrigens –, die Sie mit 18,5 Millionen € fördern möchten. Sieht so Ihr Aufbruch in die neue Zeit aus? Wollen Sie so die erneuerbaren Energiequellen sinnvoll nutzen und die Speicherproblematik angehen? Wir haben mit der Forderung nach 100 Millionen € für die weitere Erforschung dieser Technologie und die Schaffung der erforderlichen Infrastruktur ein Zeichen gesetzt. Nur so kann die einseitige ideologische Ausrichtung auf den batterieelektrischen Antrieb abgemildert und Waffengleichheit hergestellt werden.

Der Einsatz der Brennstoffzelle bei Nutzfahrzeugen, bei Bussen und Lkws, sowie bei großen Pkws verspricht viele Vorteile. Es ist eine Möglichkeit, weiterhin solche Fahrzeuge hier bei uns in Baden-Württemberg zu bauen und damit der Automobilindustrie im Land eine Chance zu geben. Mit einem Anteil von 20 % an der Wertschöpfung und einer Vielzahl von Beschäftigten hat sie diese Chance mehr als verdient.

Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt ist rückwärtsgerichtet, weil er Chancen für die Zukunft nicht ergreift. Dieser Haushalt ist wachstumsfeindlich, weil er konsumtiven Aus-

(Stephen Brauer)

gaben den Vortritt vor Investitionen lässt. Dieser Haushalt ist gegen die Jugend gerichtet, weil er ohne Not künftigen Generationen zusätzliche Lasten aufbürdet.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Wir kommen zur zweiten Runde. Da erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE Frau Abg. Walker. Noch einmal Frau Walker, oder niemand?

(Abg. Thekla Walker GRÜNE: Kann ich auch später?)

Für die CDU-Fraktion Herr Abg. Klein.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die zweiten Redner kommen jetzt dran! Das haben wir so besprochen! Alles gut! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Abg. Karl Klein CDU: Alles gut. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Reinhold Gall SPD: So weit, so gut!)

Wenn ich jetzt die Haushaltsreden auch der Opposition gehört habe, dann muss ich sagen: Ich habe Verständnis; es gehört dazu, dass kritisiert wird. Das ist normales Tagesgeschäft.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Richtig ist es aber!)

Vorschläge habe ich nicht allzu viele gehört.

(Oh-Rufe – Abg. Reinhold Gall SPD: Aufpassen! – Abg. Anton Baron AfD: Haben Sie schon einen Honigtopf aus Gambia bekommen?)

Jetzt richten wir tatsächlich einmal unideologisch den Blick auf diesen Doppelhaushalt 2020/2021. Da muss man feststellen, dass im Doppelhaushalt die Finanzministerin und auch die Landesregierung die Weichen für ein solides Zahlenwerk und auch für die Aufgabenstellungen im Land Baden-Württemberg grundsätzlich richtig gestellt haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

In diesem Zusammenhang möchte ich auch einmal unsere Finanzverwaltung loben. Herr Hofelich hat es auch getan.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Zu Recht!)

Wir haben eine sehr gute Finanzverwaltung. Da gehört es dazu, dass sie auch auf die Aufgaben der Zukunft ausgerichtet wird. Wir investieren in Stellen, wir investieren auch in die Ausstattung. Deshalb dürfen wir alle zuversichtlich sein, dass unsere Finanzverwaltung nach wie vor sehr gut aufgestellt bleiben wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Wenn ich die Investitionsschwerpunkte dieses Haushalts sehe, dann muss ich sagen: Die öffentliche Sicherheit spielt da eine ganz wesentliche Rolle. Herr Podeswa, das haben Sie nicht angesprochen. Die öffentliche Sicherheit wird enorm gestärkt.

Wir geben auch für eine bessere Bildung in unserem Land viel Geld aus, mit mehr Lehrerstellen; die Qualität der Bildung wird entsprechend unterlegt. Wir geben auch vieles für die Digitalisierung und die Zukunftsoffensive aus, nachhaltig gefördert und entsprechend zielstrebig unterlegt. Auch die Integrationsaufgaben im Land werden durch die Kommunen entsprechend wahrgenommen und mit den notwendigen Haushaltsmitteln unterlegt.

Gleichzeitig darf man natürlich sagen, dass wir nach wie vor ohne Kreditaufnahmen auskommen. Wir haben auch gemeinsam die Schuldenbremse in der Landesverfassung verankert. Ich sage: Das ist ein richtiges Instrument, auch in der Zeit hoher Steuereinnahmen. Denn man muss wissen: Nur ein solide finanzierter Staat und eine solide finanzierte Kommune können auch vernünftige Politik für jüngere Generationen und für die Zukunft machen. Deshalb ist die Schuldenbremse in meinen Augen ein sehr gutes Instrument.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben, wie gesagt, diesen Landeshaushalt ohne Kreditaufnahmen bewältigt. Wir haben in der Vergangenheit auch Kreditermächtigungen aus vergangenen Jahren aus diesem Haushalt herausgenommen. Gleichzeitig haben wir für zu erwartende hohe Versorgungslasten Rücklagen in Höhe von fast 5 Milliarden € gebildet. Ein Anfang ist gemacht. 5 Milliarden € sind nicht wenig Geld. In diesem Sinn unterlegen wir dies bei jeder Neueinstellung auch mit entsprechender Rücklagenbildung. Das ist vorbildlich; anders kann ich es im Moment nicht ausdrücken.

Man darf aber auch einmal sagen: Wir erleben jetzt seit zehn Jahren eine nachhaltige, sehr positive Wirtschaftsentwicklung. Da gehört einmal ein Dankeschön an diejenigen gesagt, die dies eigentlich erarbeiten, an all die Betriebe, an die mittelständischen Betriebe im Land, die die Steuern erarbeiten und uns dieses Geld zur Gestaltung unseres Landes zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Wir haben Gott sei Dank eine geringe Arbeitslosigkeit, eine sehr geringe Jugendarbeitslosigkeit – ich hoffe, dies hält nach wie vor an –, wobei wir zunehmend in eine Umstrukturierung der Arbeitsplätze auch in unserem Land Baden-Württemberg kommen. Es ist gut, wenn wir hier entsprechende Rücklagen bilden.

Ich sage deshalb noch kurz zwei Sätze zur Schuldenbremse: Ich halte sie wirtschaftlich, finanzpolitisch für sehr sinnvoll und freue mich, dass wir in diesem Parlament gemeinsam die Kraft aufgebracht haben, dies in unserer Landesverfassung zu etablieren.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Mehrfach!)

Ich bin überzeugt, wir lassen dabei jeder Landesregierung, egal, welcher politischen Couleur, den notwendigen Spielraum, damit man in gewissen Zeiten mit Kreditermächtigungen arbeiten kann. Für Katastrophensituationen ist das Parlament zuständig. Da ist dies auch richtig aufgehoben. Aus diesem Grund bin ich überzeugt, dass wir hier eine gute Entscheidung getroffen haben.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Klein, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Klos zu?

Abg. Karl Klein CDU: Ich wollte gerade noch diesen Gedanken zu Ende bringen, dann dürfen Sie gern. – Herrn Hofelich wollte ich noch sagen: Geben Sie Ihrer neuen Parteispitze mal mit, dass eine Schuldenbremse ein wirksames Instrument ist.

(Lachen des Abg. Peter Hofelich SPD)

Wenn gerade in Zeiten höchster Steuereinnahmen Kreditaufnahmen empfohlen werden, dann sind Sie da nicht ganz richtig unterwegs.

(Abg. Nicole Razavi CDU: So ist es!)

Aber ich zähle voll auf Sie und auch auf den Kollegen Stichelberger, dass Sie das sicherlich entsprechend erklären können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Andreas Kenner SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Peter Hofelich SPD: Das ist aber jetzt die letzte Patrone im Lauf! – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU: Bei wem?)

Das zweite Thema, das ich noch kurz ansprechen möchte, ist der kommunale Finanzausgleich. Der Ton wurde angesprochen. Aber ich muss sagen: Am Ende ist alles gut. Wir haben uns sehr angestrengt und sind zu einer sehr guten Regelung auch für die Kommunen gekommen. Wenn sich jemand in diesem Land nicht beklagen darf, dann sind es – das sage ich auch als Kommunalr – die Kommunen in den letzten Jahren. Das wurde in der vergangenen Legislaturperiode schon so gemacht, und es wird in dieser fortgesetzt.

Angesichts dessen, dass wir für Sanierungen von Schulgebäuden etc. eigenes Landesgeld in die Hand genommen haben und dies entsprechend verstetigen, kann mir niemand erzählen, dass wir die Kommunen im Regen stehen lassen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Es war richtig, dass wir zu dieser einvernehmlichen Regelung gekommen sind.

Wenn ich die neue Regelung bei der Gewerbesteuerumlage sehe, dann finde ich es richtig, Herr Hofelich, dass wir auch über eine Änderung oder Anpassung im kommunalen Finanzausgleich nachdenken müssen. Wir müssen den finanzschwachen Kommunen im ländlichen Raum so viel Substanz geben, dass sie ihren Aufgaben nachkommen können. Denken Sie einmal darüber nach, ob da nicht der Flächenfaktor ein richtiger Faktor ist,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

der insbesondere dazu beiträgt, dass Natur- und Landschaftsschutzflächen zukünftig irgendwann einmal ihren Preis bekommen. Aus diesem Grund halten wir dieses Instrument nach wie vor für sehr wichtig. Ich würde mich freuen, wenn wir mit unserem Koalitionspartner hier noch zu einer einvernehmlichen Regelung kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dieser Doppelhaushalt ist in meinen Augen sehr gut aufgestellt. Er nimmt die richtigen Weichenstellungen vor. Deshalb stimmt die CDU-Fraktion dem Doppelhaushalt mit Freude zu.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Walker das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was ist mit der Frage von Herrn Klos? – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Die hat sich erledigt! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die hat er wieder vergessen!)

Abg. Thekla Walker GRÜNE: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte noch etwas zum Thema Kommunalfinanzen sagen, weil es hier angesprochen worden ist.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Gern!)

Es ist wichtig, noch einmal zu verdeutlichen, dass wir in Baden-Württemberg den kommunalfreundlichsten Finanzausgleich aller Bundesländer haben. Ein fairer Finanzausgleich muss im Interesse aller liegen. Das ist die Grundlage für alle Verhandlungen.

Deswegen ist es normal und richtig, dass die Finanzministerin zum Teil hart verhandelt. Es wird hart um den richtigen Ausgleich gerungen, um die richtige Verteilung, um die Frage, welche Kosten wirklich auf dem Tisch sind und welche genau beziffert werden können. Bei anderen Kosten muss man schauen, wie es sich entwickelt. Es wird nachlaufend spitz abgerechnet. Das ist vereinbart worden, und diese Vereinbarung ist gut. Die Kommunen bleiben keineswegs auf irgendwelchen Kosten sitzen. Das muss man noch einmal deutlich sagen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Dass unsere Kommunen im Durchschnitt wesentlich besser dastehen als alle anderen Kommunen bundesweit, auch in Bayern,

(Zuruf von der SPD: Unstrittig!)

ist sicherlich dem fairen Finanzausgleich in Baden-Württemberg zu verdanken.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das hat Tradition!)

Wir haben ihn in dieser Legislaturperiode noch einmal massiv mit viel Geld für die Aufgaben, die die Kommunen im Land zu leisten haben, unterfüttert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Herr Hofelich, ich möchte die Kritik, die Sie an der Finanzministerin geübt haben, es gebe keinen offenen Diskurs, zurückweisen. Diesen offenen Diskurs kann man selbstverständlich im Finanzausschuss führen. Den hätten Sie auch führen können.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Führen wir!)

(Thekla Walker)

In den Sitzungen des Finanzausschusses zum Haushalt sind Sie noch unter Ihren Möglichkeiten geblieben.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Wir waren die Einzigen, die Fragen gestellt haben! – Abg. Peter Hofelich SPD: Wir waren doch aktiv! – Zuruf von der CDU: Kam nichts! Kam null!)

In diesen zwei Wochen hätten Sie viele Fragen oder Diskussionen mit der Finanzministerin, mit der Staatssekretärin führen können. Es ist nicht so, dass das nicht möglich gewesen wäre. Aber, wie gesagt, da sind Sie weit unter Ihren Möglichkeiten geblieben. Das ist natürlich der Ort, an dem genau das fachlich diskutiert wird.

Ebenso möchte ich sagen, dass man der Finanzministerin nicht bundespolitische Defizite vorhalten kann. Der Bundesfinanzminister heißt Scholz, und der gehört noch immer zur SPD, soweit ich weiß.

Wenn es da Fragen oder Kritik zu äußern gibt zu der Art, wie die Grundsteuerreform jetzt auf den Weg gebracht wird, dann muss man die natürlich an den Bundesfinanzminister richten.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Den kritisieren wir ja nicht!)

– Na ja, das habe ich eben anders verstanden.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Das andere, was ich zu der pauschalen Kritik an den Stellen-schaffungen sagen will: Wer möchte sich denn jetzt ernsthaft hier hinstellen und kritisieren, dass wir mehr Stellen für Lehrerinnen und Lehrer schaffen,

(Abg. Peter Hofelich SPD: Niemand! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

mehr Stellen im Bereich Justiz, mehr Stellen im Bereich Bildung und auch bei der Steuerverwaltung, bei der Finanzverwaltung? Was ich jetzt zum Teil von der FDP oder der AfD gehört habe, das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

(Zuruf von der AfD)

Es ist doch vollkommen unstrittig, dass diese Stellen dringend gebraucht werden. Die Aufgaben müssen erledigt werden können. Wenn man Stellen abbauen will, egal, ob in der Verwaltung oder auch beim Ministerium, dann muss man auch dazusagen, welche Aufgaben zukünftig nicht mehr übernommen werden sollen. Dazu habe ich aber von Ihnen allen nichts gehört, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Abschließend möchte ich sagen – das ist wirklich eine Kritik an die Adresse der Oppositionsfaktionen –: In der Sache habe ich nicht viel Kritik an den Themen gehört, die wir im Bereich Innovation, im Bereich Klimaschutz vorantreiben. Ich denke, da haben wir die richtigen Akzente gesetzt.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Dann erklären Sie es eben noch mal!)

Ich habe nicht gehört, dass da irgendetwas gestrichen werden soll. Gleichzeitig gab es bei der FDP/DVP die Kritik an der

Frage der Technologieoffenheit. Sie setzen einseitig auf Wasserstoff.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir sind auch für synthetische Kraftstoffe!)

Das ist eben nicht technologieoffen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Untersteller hat gestern behauptet, die Frage sei entschieden! – Abg. Anton Baron AfD: Das waren die Grünen! – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wir setzen in Forschung und Entwicklung mit allen Programmen, auch mit den Rücklagen, die wir gebildet haben, wirklich auf Technologieoffenheit, damit alle Bereiche gleichermaßen finanziert werden und dort geforscht werden kann.

Wir sind nicht die Automobilindustrie, wir sorgen nur dafür, dass Forschung und Entwicklung in allen Bereichen gleichermaßen und technologieoffen hier im Land finanziert und kofinanziert werden können. Da haben wir keine ideologischen Scheuklappen, ganz im Gegensatz zu Ihnen, liebe Kollegen von der FDP.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Hofelich.

Abg. Peter Hofelich SPD: Frau Kollegin Walker, um es gleich direkt zu sagen: Wir haben natürlich in den vergangenen Tagen die Einzelpläne der Häuser diskutiert und haben Ihnen in der Sache sehr wohl Alternativen aufgezeigt. Nun geht es gerade um den Einzelplan des Finanzministeriums, und da haben wir uns zu den Themen geäußert. Ich denke, wenn Sie zugehört haben, dann wissen Sie ganz genau, dass Sie von den Hochschulen bis hin zu Wirtschaft und Wohnungsbau sehr wohl Alternativen gezeigt bekommen haben. Sie haben mit Ihrer Mehrheit nur nicht zugestimmt. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

In dialektischer Hinsicht haben Sie mir geradezu geschmeichelt mit Ihrer Bemerkung, dass ich weiter unter meinen Möglichkeiten geblieben sei. Aber Tatsache ist auf jeden Fall, dass Sie sich in diesen Haushaltsberatungen im Ausschuss, der ja nicht öffentlich tagt, darauf verlassen konnten, dass die SPD ihre Rolle gespielt hat. Geschwiegen haben da andere, meine Damen und Herren. Das will ich an dieser Stelle auch mal sagen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wir hatten gar keine Diskussion deswegen!)

Mit dem Kollegen Karl Klein unterhalte ich mich gern in den Beratungen, auch hier wieder. Ich schlage jetzt salomonisch vor, dass Kollege Wald und ich gemeinsam nach Berlin fahren: Ich erkläre Frau Esken, dass wir hier eine Schuldenbremse haben, die funktioniert, und er erklärt Frau Merkel das Bürokratiemonster. Das wäre vielleicht das Beste, was geschehen könnte.

(Peter Hofelich)

(Abg. Rainer Stichelberger SPD: Jobsharing! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Zum Thema Grunderwerbsteuer: Es wurde angekündigt, da mache Baden-Württemberg etwas Eigenes. Es war bisher nicht der Stand, dass es etwas Eigenes macht. Deswegen würde ich gern wissen: Was soll denn Eigenes geschehen bei der Grunderwerbsteuer?

(Abg. Tobias Wald CDU: Grundsteuer, nicht Grunderwerbsteuer!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Herr Minister Scholz hat die Zahl der Komponenten, die eine Rolle gespielt haben, von 30 oder 35 auf sieben im Gesetz abgesenkt. Das ist alles abgestimmt gewesen mit den Finanzministern der Länder. Ich verstehe überhaupt nicht, warum Sie hier etwas Neues beginnen wollen. Hier gab es einen Abstimmungsprozess, wo durchweg die Forderungen erfüllt worden sind, die von Ländersseite gekommen sind. Seien Sie also an dieser Stelle ein bisschen vorsichtig. Wir haben bei der Grundsteuer etwas, womit wir in Baden-Württemberg gut umgehen können, meine Damen und Herren.

Ein letzter Punkt, und zwar zum Thema Fläche. Ich will an dieser Stelle in Richtung der Kommunen nur sagen: Die 23 %, die wir als Quote haben, die haben wir schon lange.

(Abg. Tobias Wald CDU: Ja!)

Neu war bei der letzten Runde nur, dass eine Regierung – jedenfalls die Finanzministerin – indirekt und sublim damit gedroht hat, dass man auch etwas anderes als 23 % machen könne.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ja, so sieht es aus! Erpressung heißt das!)

Das war das Neue, was passiert ist, und das war ein ziemlich neuer Fall für Baden-Württemberg. Ich sage Ihnen an dieser Stelle, was die Fläche betrifft, Kollege Karl Klein: Darüber wird man sprechen müssen. Aber klar ist auch: Baden-Württemberg gliedert sich vielfältiger als nur in Großstadt und ländlichen Raum. Wir haben funktionale Räume; das ist die neue Wirklichkeit von Baden-Württemberg. Deshalb wird man sich Gedanken machen müssen, wie man dem gerecht wird. Mehr ist an dieser Stelle nicht zu sagen.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort – – Wollten Sie nicht – – Weil Herr Abg. Baron es gemeldet hat.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: 20 Sekunden! – Abg. Andreas Stoch SPD: Nichts mehr auf der Uhr!)

– Ich bitte, die Bewertung zu unterlassen.

Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Fischer. Es ist die erste Rede des Kollegen Fischer, deshalb bitte ich Sie, von Zwischenfragen abzusehen und insgesamt etwas ruhig zu sein. Vielen Dank.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Da geben wir einen Vorschussapplaus! – Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Abg. Rudi Fischer FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wer so wie ich als Neuling auf diese Haushaltsberatungen schaut, ist erst einmal verwundert. 1,35 Milliarden € Mehrausgaben hat die Finanzministerin den Kollegen zugestanden, und im Finanzausschuss sind jetzt nochmals 1 Milliarde € dazugekommen. Dazu kommen knapp 300 Stellen zusätzlich zu den bereits im Haushaltsplan enthaltenen 2 852 neuen Stellen. Damit belasten die Personalausgaben weiterhin den Landeshaushalt überproportional – dies seit Jahrzehnten. Seit 2017, dem ersten eigenen Haushalt von Grün-Schwarz, sind über 11 000 Stellen dazugekommen. Auf unsere bereits im Finanzausschuss geäußerte Kritik kam von Regierungsseite die Antwort: Die steigenden Aufgaben bedingen auch ein Anwachsen des Personals. Das ist in der Folge sicher sehr wichtig. Aber warum steigen denn die Aufgaben?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Weil das Personal steigt!)

Sie steigen u. a. deshalb, weil die Regierungsparteien hinter jedes Problem am liebsten ein Landesprogramm mit mindestens einem Landesbeamten stellen würden.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Rainer Stichelberger SPD)

Denn nur eine staatliche Lösung ist bei Ihnen eine gute Lösung, und natürlich ist für Prestigeprojekte das Beste gerade gut genug. Ich meine z. B. den Nationalpark Nordschwarzwald, der nicht nur doppelt so viel kostet wie veranschlagt, sondern auch bei den Personalstellen deutlich über dem Plan liegt. Die Besucher allerdings liegen deutlich unter Plan. Wenn das so weitergeht, dann haben wir bald einen Betreuungsschlüssel, den wir uns auch beim Klassenteiler an unseren Schulen wünschen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD – Zuruf von der FDP/DVP: Und in den Pflegeheimen! – Zuruf der Abg. Thekla Walker GRÜNE)

Auch beim Bau geben Sie reichlich Gas. Der Rechnungshof hat moniert, dass Großprojekte ohne verbindliche Kostenobergrenze ausgeschrieben und vergeben werden – natürlich mit der Folge, dass die Kosten steigen. Die starke Baukonjunktur bedingt wenig Auswahl bei den Handwerkern mit entsprechend hohen Kosten. Durch die implizite Schuldentilgung heizt das Land die Baukonjunktur noch zusätzlich an. Fast 4 Milliarden € müssen bis zum Jahresende vergeben werden, bevor dieses Konstrukt der Schuldenbremse zum Opfer fällt. Der Staat tritt damit prozyklisch auf. Zusätzlich braucht er noch mehr Personal beim Landesamt für Vermögen und Bau, um die Maßnahmen zu planen und zu verwalten. Über 300 Mehrstellen gab es hier seit 2015.

Neben den erwähnten Neustellen haben wir auch eine riesige Menge von Stellenhebungen im Haushalt. Nach außen stellen Sie gern die Anhebung von A 5 nach A 6 und von A 6 nach A 7 dar – wichtig für Beamtinnen und Beamte in den teuren Ballungsgebieten. Aber die massiven Stellenhebungen in den

(Rudi Fischer)

Ministerien lassen Sie lieber unerwähnt. Auch diese Hebungen sind dauerhafte Mehrausgaben für unsere zukünftigen Haushalte.

Abschließend bleibt bei mir der Eindruck, dass Sie die notwendige Aufgabenkritik angesichts stark steigender Haushalte nicht nur nicht angehen, sondern im Gegenteil den Kompetenzzuwachs der staatlichen Stellen auch noch beschleunigen. Das ist nicht nur teuer, sondern befördert auch die Haltung eines Teils der Bevölkerung, dass man selbst für nichts, der Staat aber für fast alles verantwortlich sein soll. Dieser Haltung werden wir Freien Demokraten immer entgegnetreten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Jochen Haußmann
FDP/DVP: Genau!)

Jetzt habe ich allerdings ein bisschen Gas gegeben und habe nun noch eine ganz persönliche Anmerkung.

Zum Abschluss der Haushaltsberatungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, erlaube ich mir als Parlamentsneuling mit Blick aus der Wirtschaft und als jemand mit langjähriger beruflicher Erfahrung, der es gewohnt war, zielgerichtet und mit Effizienz zu arbeiten, folgende Anmerkungen. Dabei bitte ich Sie, auch bei mir nicht jedes Wort auf die Goldwaage zu legen. Sie erinnern sich bestimmt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Nicole
Razavi CDU: Das gilt jetzt für alle!)

Angesichts der drohenden Gefährdung von Arbeitsplätzen und der damit einhergehenden Verunsicherung von Beschäftigten und Unternehmen sollten wir mit wenig konkreten Begriffen vorsichtiger umgehen. Das gilt z. B. für das Schlagwort „starkes Land“. Meinen Sie damit die finanzielle Stärke oder die Stärke der Menschen, die, obwohl Fahrverbote bestehen und es im öffentlichen Nahverkehr teilweise zu Ausfällen kommt, pünktlich zu ihren Arbeitsplätzen gelangen und durch ihre Arbeit jeden Monat pünktlich ihre Steuern zahlen, über die wir heute und in den letzten Tagen diskutieren?

Welchen Transformationsprozess meinen Sie?

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr gut!)

Meinen Sie den Strukturumbau oder gar den Strukturbruch, den in der Industrie oder den in der Landwirtschaft? Hauptsache, es wird „transformiert“, und dies nachhaltig. Dennoch hege ich die Hoffnung, dass das eine oder andere realisiert wird – vielleicht nicht gleich und nicht sofort.

Ich denke, ich habe verstanden. Ich übe mich in Geduld und freue mich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit mit Ihnen.

Das musste zum Abschluss meiner ersten Rede einfach gesagt sein.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei allen Fraktionen sowie der Abg. Dr. Heinrich Fiechtner und Harald Pfeiffer [fraktionslos])

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatssekretärin Dr. Splett das Wort.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben in den letzten Wochen den Haushaltsentwurf für die kommenden zwei Jahre im Finanzausschuss intensiv beraten. Insgesamt wurden 540 Änderungsanträge behandelt. Was uns dabei eint, ist das Bestreben, das Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger bestmöglich für unser Land einzusetzen. Deshalb an dieser Stelle der Dank an alle Beteiligten für die Arbeit der vergangenen Wochen.

Die Änderungsanträge haben Spielräume der Herbst-Steuerschätzung genutzt, um wichtige Vorhaben voranzubringen. Aber natürlich fanden im Finanzausschuss nicht alle Anträge eine Mehrheit. Dies wäre auch gar nicht gegangen. Denn wenn ich mir die Anträge der SPD-Fraktion ansehe, dann stelle ich fest, dass beantragten Mehrausgaben im Umfang von 2,4 Milliarden € Einsparvorschläge in einem Volumen von lediglich gut 300 Millionen € gegenüberstanden.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickleberger SPD)

Selbst unter Berücksichtigung der zusätzlichen Mittel aus der Herbst-Steuerschätzung 2019 bliebe noch eine deutliche Lücke bei der Finanzierung der beantragten Mehrausgaben.

(Zurufe der Abg. Sascha Binder und Peter Hofelich
SPD)

Herr Hofelich, auch wenn Sie immer so tun, als läge irgendwo unmotiviert ein Berg Geld auf der Seite:

(Abg. Reinhold Gall SPD: Unmotiviert nicht! Da steckt schon was dahinter! – Abg. Andreas Stoch
SPD: Unmotiviert ist nur die Hausspitze!)

Es bleibt Ihr Geheimnis, wie Sie auf den von Ihnen genannten Betrag kommen.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

– Nein, Sie erzählen das bei jeder Haushaltsberatung und verplanen ja gern die Euros mehrfach.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickleberger SPD)

Eine Annahme der Änderungsanträge der FDP/DVP-Fraktion insgesamt hätte zu einer Zunahme der Ausgaben um 2,5 Milliarden € geführt, wovon lediglich knapp 600 Millionen € durch Kürzungen gegenfinanziert gewesen wären. Auch hier klafft eine große Lücke. Im Übrigen haben Sie, Herr Brauer, die vorgesehene Schuldentilgung im Umfang von 132 Millionen € wohl einfach übersehen.

Bei den Anträgen der AfD-Fraktion ist die Problematik etwas anders gelagert. Hier stehen den beantragten Mehrausgaben von 4,5 Milliarden € rein theoretisch Kürzungen in Höhe von 4,9 Milliarden € gegenüber. Allerdings sind viele Kürzungsvorschläge weit von der Realität entfernt, beispielsweise wenn bei den Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge massiv gekürzt werden soll. Damit würde die AfD die kommunalen Jugendämter im Regen stehen lassen.

(Zurufe von der AfD, u. a. Abg. Anton Baron: 8 000 €
pro Fall!)

Herr Muschel hat den Anträgen der AfD in der „Badischen Zeitung“ einen völkisch-nationalen Grundton zugeschrieben.

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

(Abg. Anton Baron AfD: Ist das neuerdings der Regierungssprecher?)

Eine verantwortungsvolle Politik für unser Land sieht jedenfalls anders aus.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Staatssekretärin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rottmann zu?

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Nein.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das kann sie auch nicht beantworten!)

Bevor ich nun auf einzelne Schwerpunkte in den beiden Einzelplänen 06 und 12 eingehe, erlauben Sie mir ein paar allgemeine Ausführungen zu wichtigen übergreifenden Weichenstellungen in diesem Doppelhaushalt.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Das machen wir gern!)

Drei Punkte möchte ich herausgreifen: die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs, die Reform der Grundsteuer und – damit möchte ich beginnen – die Schuldenbremse.

Wie Sie alle wissen, werden die vier Fraktionen GRÜNE, CDU, SPD und FDP/DVP einen Gesetzentwurf in den Landtag einbringen, der eine Verankerung der grundgesetzlichen Schuldenbremse in der Landesverfassung vorsieht. Der Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes enthält die entsprechende Neufassung von § 18 der Landeshaushaltsordnung. Das ist ein großer Erfolg und sichert eine langfristig tragfähige Haushaltspolitik. Die Schuldenbremse – so, wie sie jetzt ausgestaltet ist – schützt unser Land vor einem strukturellen Anstieg der Verschuldung ohne gleichzeitigen Vermögenszuwachs. Zugleich verschafft sie dem Parlament in schwierigen Zeiten den notwendigen Handlungsspielraum. Das war unser Ziel, und dieses Ziel ist erreicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Nun zum Länderfinanzausgleich. Der Doppelhaushalt 2020/2021 beinhaltet die Neuregelung des Finanzausgleichs ab dem kommenden Jahr, wie sie bereits im Oktober 2016 zwischen Bund und Ländern vereinbart wurde. Ab 2020 sind die Ausgleichsleistungen im Landeshaushalt nicht mehr sichtbar, denn die Belastung wird schon vorab bei der Zuteilung der Umsatzsteueranteile verrechnet. Wir haben also künftig rund 2 bis 3 Milliarden € weniger Steuereinnahmen durch Abschläge bei der Umsatzsteuer. Dafür stehen aber auf der anderen Seite auch keine Ausgaben mehr im Haushaltsplan. Damit sinkt also das Haushaltsvolumen. Die reale finanzielle Belastung des Landes bleibt aber im Grunde erhalten. Allerdings hat der Bund bei der Neuregelung ab 2020 gegenüber diesem Jahr rund 4,2 Milliarden € zusätzliche Mittel eingebracht. Das bringt im Ergebnis für Baden-Württemberg – Land und Kommunen – ab 2020 eine Verbesserung um rund 570 Millionen €. – Der Kollege von der FDP/DVP hatte danach gefragt, ist aber im Moment leider nicht im Raum.

Das dritte Thema, das ich ansprechen möchte, ist die Grundsteuer. Auch hier ist eine wichtige Weichenstellung erfolgt. Wir haben uns beim Bund eingebracht, und wir begrüßen nun sehr, dass das Gesetzespaket zur Grundsteuer rechtzeitig in-

nerhalb der vom Bundesverfassungsgericht gesetzten Frist verkündet werden kann. Damit kann das alte Recht erst einmal weiter angewendet werden, und die Kommunen haben Planungssicherheit, denn durch die Grundsteuer nehmen sie Jahr für Jahr rund 1,8 Milliarden € ein.

(Abg. Anton Baron AfD: Was ist die Berechnungsgrundlage?)

Jetzt haben wir fünf Jahre Zeit, bevor spätestens zum 1. Januar 2025 das neue Recht Anwendung finden muss. Das klingt nach viel Zeit, aber so viel Zeit ist es nicht. Jetzt geht die Arbeit richtig los. Die im Gesetzespaket zur Grundsteuer enthaltene Verfassungsänderung eröffnet uns bekanntermaßen die Möglichkeit, vom Bundesrecht abzuweichen. Wir werden jetzt die vorhandenen Modelle intensiv prüfen und gegeneinander abwägen. Eine Entscheidung, welches Modell in Baden-Württemberg zur Anwendung kommen soll, ist noch nicht gefallen. Wenn wir uns aber alle Optionen offenhalten wollen, müssen wir Mittel für die Entwicklung und Umsetzung eines eigenen Modells im Doppelhaushalt einplanen, und das tun wir.

(Vereinzelte Beifall bei den Grünen und der CDU)

Außerdem – das ist modellunabhängig – müssen bis Ende 2024 allein in Baden-Württemberg über 5,6 Millionen wirtschaftliche Einheiten durch die Finanzämter in unserem Land neu bewertet werden. Diese Aufgabe erfordert erhebliche Anstrengungen. Deshalb müssen wir in den nächsten Jahren modellunabhängig insgesamt 500 neue Stellen in der Finanzverwaltung schaffen. Im Haushalt 2020/2021 sind 150 Stellen für Angestellte – nicht für Beamte – vorgesehen. Wir haben also unsere Hausaufgaben gemacht und dafür gesorgt, dass die Kommunen auch zukünftig Grundsteuereinnahmen haben.

Nach diesen grundsätzlichen Anmerkungen nun zu einigen Schwerpunkten in den Einzelplänen 06 und 12.

Hier möchte ich mit dem Thema Klimaschutz beginnen. Wir haben das Ziel einer klimaneutralen Landesverwaltung bis 2040. Ein wesentlicher Handlungsbereich ist dabei der Gebäudebestand. Deshalb ist es wichtig, dass wir im Doppelhaushalt 2020/2021 die erforderlichen Mittel für die rund 8 000 landeseigenen Gebäude bereitstellen. Die Sanierungsoffensive für unsere Gebäude leistet einen ganz wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.

Bereits die aktuelle Zwischenbilanz kann sich sehen lassen. Dank einer Vielzahl energetischer Maßnahmen in den letzten Jahren konnten die in Landesgebäuden verursachten CO₂-Emissionen gegenüber 1990 bereits um gut 50 % gesenkt werden.

Auch für Fotovoltaikanlagen auf Landesliegenschaften wurde viel getan. Unser Ziel, die Fotovoltaikflächen auf Landesliegenschaften zwischen 2010 und 2020 zu verdoppeln, haben wir bereits in diesem Jahr erreicht.

(Beifall bei den Grünen)

In Zahlen: Inzwischen sind auf über 100 000 m² Fotovoltaikanlagen installiert. Damit stehen wir im Ländervergleich bei den staatlichen Gebäuden ganz vorn.

Jetzt gilt es, noch einen Zahn zuzulegen. Wir setzen die Sanierungsoffensive fort. Rund 160 Millionen € werden im Dop-

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splitt)

pelhaushalt 2020/2021 für energetische Sanierungsmaßnahmen bereitgestellt. Damit liegen wir auf Rekordniveau, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Wir nutzen diese Mittel, um Gebäude zu dämmen, Fenster zu erneuern, Heizanlagen auszutauschen, den Anlagenbetrieb zu optimieren und auf eine energiesparende Beleuchtung umzustellen. Und wir bauen natürlich auch die Nutzung erneuerbarer Energien weiter aus. Wir nutzen Geothermie und Biomasse, wir planen Neubauten mit Fotovoltaik und rüsten Bestandsgebäude nach.

Mit dem Doppelhaushalt wird die Wertgrenze für verwaltungsintern refinanzierte Energiesparmaßnahmen – kurz VIRE – auf 2 Millionen € erhöht. Auch dass wir verstärkt mit Holz bauen und ressourcenschonend bauen leistet natürlich einen Beitrag zum Klimaschutz.

Wichtig ist außerdem der Erwerb von Mooren. Das Ziel ist die Renaturierung der Moore nicht nur als wertvoller Lebensraum, sondern auch als Kohlenstoffspeicher.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Das gemeinsam mit dem Umweltministerium erstellte Moorerwerbskonzept

(Abg. Anton Baron AfD: Ganz wichtig! Dieser Haushaltsplan ist ja ökofaschistisch!)

umfasst landesweit rund 250 ha Moorflächen mit geschätzten Erwerbskosten von ca. 4,8 Millionen €. Für den Ankauf von Flächen hat der Finanzausschuss nun neben der Erhöhung der Mittelansätze um 0,5 Millionen € pro Jahr auch die Erweiterung der Zweckbestimmung beschlossen. Ich freue mich, dass wir zukünftig nicht nur naturschutz-, sondern auch klimaschutzwichtige Flächen kaufen können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Apropos Naturschutz: Natürlich ist das Finanzressort auch ein wichtiger Akteur beim Erhalt der Biodiversität. Schließlich betreut der Landesbetrieb Vermögen und Bau rund 35 000 ha Fläche, darunter 11 500 ha naturschutzwichtige Grundstücke, fast 22 000 ha landwirtschaftlich genutzte Flächen und rund 1 500 ha Grünflächen.

Im Haushalt 2020/2021 erhöhen wir die Mittel für die Pflege von Grünanlagen um 850 000 € im Jahr. Dies dient auch der Umwandlung von Rasenflächen in Blühwiesen.

Wir stärken zudem kleinere Haushaltstitel wie den Mittelansatz für ökologische Maßnahmen auf Domänen und die Schulungsmittel für Energie- und Biodiversitätsthemen in der Liegenschaftsverwaltung. Dank eines Antrags der Regierungsfractionen stehen in den kommenden Jahren Mittel für die Anpassung des Schlossgartens Schwetzingen an den Klimawandel zur Verfügung. Auch mithilfe von Pflanzkohle im Boden soll den geschädigten Baumbeständen geholfen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Sehr wichtig! – Abg. Rüdiger Klos AfD: Das wird nichts nützen!)

Im Einzelplan 06 sind die landesbeteiligten Unternehmen abgebildet. Auch hier spielt die Nachhaltigkeit eine wichtige Rolle. Wir haben Nachhaltigkeit zur Chefsache gemacht. Die Unternehmen haben Nachhaltigkeitsmanagementsysteme eingeführt – beispielsweise die WIN-Charta – und sich zu einem nachhaltigen Wirtschaften verpflichtet. Wie das Land Baden-Württemberg sollen auch die landesbeteiligten Unternehmen bis 2040 grundsätzlich weitestgehend klimaneutral sein.

Bereits im Jahr 2017 haben wir die Anlagerichtlinien für die Versorgungsrücklage um Nachhaltigkeit ergänzt. Kurz gesagt: Wir investieren nicht mehr in Geschäftsfelder und Praktiken, die den Klimaschutzziele entgegenstehen und sozialen oder ethischen Grundsätzen widersprechen. Das war aber nur der erste Schritt. Seit diesem Jahr werden Nachhaltigkeitskriterien auch im Versorgungsfonds umgesetzt. Das heißt, auch die 4,6 Milliarden €, die wir ihm in den Jahren 2020 und 2021 zuführen, werden konsequent nachhaltig investiert.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Sehr gut! Bravo!)

Sie sehen: Ganz gleich, ob Liegenschaften, Beteiligungen oder Geldanlagen: Nachhaltigkeit und Klimaschutz sind die zentralen Maßstäbe unserer Finanzpolitik und dieses Haushalts.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Sehr gut!)

All diese Maßnahmen – wie überhaupt alle Ausgaben im Haushalt – müssen natürlich finanziert werden. Grundlage dafür sind die Steuereinnahmen, die Steuergelder der Bürgerinnen und Bürger, aber eben auch die Arbeit, die in der Steuerverwaltung Tag für Tag geleistet wird. Für die Steuerverwaltung in unserem Land sind im Haushalt 2020/2021 über 16 000 Stellen enthalten. Für mich sind dies aber nicht nur Stellen, nein, dies sind ganz viele motivierte, engagierte und gut ausgebildete Menschen. Diese Menschen brauchen wir dringend, um die Herausforderungen der Zukunft anzugehen.

(Abg. Anton Baron AfD: In unserem Sozialsystem! Ja, ja!)

Mit dem kommenden Doppelhaushalt haben wir vielfältige Maßnahmen vorgesehen, damit das Land als Arbeitgeber attraktiv bleibt und den Beschäftigten Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Dabei steht der mittlere Dienst mit insgesamt über 600 Stellenhebungen ganz besonders im Fokus.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie sollten sich einmal die Haushalte der Landkreise anschauen, vor allem in Bezug auf die Geduldeten! Riesenkosten! Nur 1,5 Millionen € Zuschuss im Kreishaushalt!)

Insgesamt enthält der Haushalt etwa 1 000 Hebungen für die Steuerverwaltung. Damit wir die Stellen zukünftig auch besetzen können, werden 88 zusätzliche Anwärterstellen geschaffen. Das ist ein richtig großes Paket für die Attraktivität und die Leistungsfähigkeit der Steuerverwaltung und viel besser als das, was die SPD hierzu beantragt hat.

Neben leistungsfähigem Personal braucht die Steuerverwaltung eine leistungsfähige und funktionale IT. Bereits heute werden die Prozesse in den Finanzämtern digital unterstützt, beginnend mit dem elektronischen Eingang der Steuererklärung oder der Digitalisierung von Papiererklärungen über ei-

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

ne IT-gestützte Risikoprüfung bis hin zu einer automatisierten Veranlagung. Ein Arbeiten ohne IT-Unterstützung ist schlicht nicht mehr möglich.

Mit den im Doppelhaushalt enthaltenen Stellenumerschichtungen, -hebungen und neuen Stellen und mit den zusätzlichen Haushaltsmitteln von jeweils 1 Million € für die verbesserte IT-Ausstattung der Steuerfahndung stellen wir die Funktionsfähigkeit der Steuerverwaltung sicher. Wir müssen aber auch auf Bedrohungssituationen und auf die Zahl der Angriffe auf die IT-Systeme der Landesverwaltung reagieren. Die Gewährleistung der Informationssicherheit in der Landesverwaltung wird im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung immer wichtiger. Dies gilt ganz besonders für den Schutz steuerlicher Daten.

Das Finanzministerium hat deshalb das Landeszentrum für Datenverarbeitung bei der Oberfinanzdirektion Karlsruhe beauftragt, ein Sicherheitszentrum IT in der Finanzverwaltung Baden-Württembergs einzurichten. Mit diesem SITiF BW soll der Schutz der eigenbetriebenen IT-Systeme im Geschäftsbereich der Finanzverwaltung verbessert werden. Für Personal- und Sachausgaben sollen im Jahr 2020 7 Millionen € und im Jahr 2021 5 Millionen € bereitgestellt werden. Die Gesamtausgaben für das SITiF BW bis zum Jahr 2023 werden sich auf gut 18 Millionen € belaufen. Das SITiF BW wird ganz maßgeblich zur Sicherheit der Steuerdaten beitragen.

Insgesamt sorgen wir mit diesem Haushalt dafür, dass wir auch zukünftig eine gut aufgestellte Steuerverwaltung haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Der zweitgrößte Personalkörper im Finanzressort ist die Staatliche Vermögens- und Hochbauverwaltung mit dem Landesbetrieb Vermögen und Bau sowie dem Landesbetrieb Bundesbau. Der Haushalt 2020/2021 enthält eine große Zahl umzusetzender Baumaßnahmen. Wir setzen ja die Sanierungsoffensive fort. Allein 100 große Baumaßnahmen mit einem Bauvolumen von über 2 Millionen € haben wir im Haushalt 2020/2021 neu verankert oder angepasst.

Wir sorgen für die Unterbringung der Hochschulen, der Polizei, der Justiz, der Kultureinrichtungen und vieler anderer Nutzer. Die Ausgaben in den Kapiteln 1208 – Staatlicher Hochbau – und 1209 – Staatsvermögen – summieren sich in den beiden kommenden Jahren auf über 2,8 Milliarden €. Das bedeutet viel Arbeit, und auch dafür brauchen wir qualifiziertes und engagiertes Personal.

Um all die notwendigen Baumaßnahmen umzusetzen, schaffen wir für den Landesbetrieb Vermögen und Bau 31 neue Stellen und wandeln 117 befristete in dauerhafte Stellen um. So sorgen wir dafür, dass die Vermögens- und Hochbauverwaltung für Zukunftsaufgaben wie Digitalisierung und Nachhaltigkeit, aber auch für verlässliche Planung, Umsetzung und Steuerung – inklusive Kostensteuerung – der vielen Baumaßnahmen gut gerüstet ist. Ich freue mich, dass auch bei der Vermögens- und Hochbauverwaltung die Eingangssämer des mittleren Dienstes von A 6 nach A 7 angehoben werden. Es werden bessere Beförderungsmöglichkeiten geschaffen, die Stellenobergrenze im mittleren Dienst wird stärker ausgeschöpft. Wir verbessern die Stellenstruktur und erhöhen die Durchlässigkeit der Laufbahn. So stellen wir die Liegenschafts- und Bauverwaltung gut auf, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich komme zum Dank, der an dieser Stelle natürlich wichtig ist und dazugehört. Ich danke ganz herzlich allen Beschäftigten in der Steuerverwaltung, ob im Finanzamt, bei der Oberfinanzdirektion oder im Ministerium. Ohne ihre Arbeit wäre unser starkes Gemeinwesen undenkbar. Ich danke ganz herzlich allen Beschäftigten in der Bauverwaltung. Sie sorgen für gute bauliche Voraussetzungen, damit in Landesgebäuden wie Gerichten, Polizeipräsidien und Hochschulen gut gearbeitet werden kann. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Beteiligungsverwaltung, die die landesbeteiligten Unternehmen dabei unterstützen, erfolgreich und mit Nachhaltigkeitszielen im Blick zu arbeiten. Ich danke dem LBV, das sich professionell um die über 200 000 Beschäftigten des Landes kümmert. Ich danke auch dem Statistischen Landesamt, denn seine soliden Zahlen sind eine unverzichtbare Grundlage für politische Entscheidungen. Natürlich danke ich der Finanzministerin und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums, die dazu beigetragen haben, diesen Doppelhaushalt aufzustellen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Meine Damen und Herren, gute Politik für die Menschen im Land, das ist unser gemeinsames Ziel, dafür arbeiten wir. Für diese Arbeit bildet der Doppelhaushalt eine hervorragende Grundlage. Er stellt ein tragfähiges Fundament für die Zukunft unseres Landes dar.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Bravo-Rufe von den Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen jetzt zunächst unter Tagesordnungspunkt 1 b zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 06: Ministerium für Finanzen. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/7206.

Zunächst rufe ich Abschnitt I der Beschlussempfehlung Drucksache 16/7206 auf. Die hierzu vorliegenden Änderungsanträge werde ich wie gehabt bei den jeweiligen Kapiteln aufrufen.

Ich rufe Nummer 1 auf:

Kapitel 0601

Ministerium

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7306-1, vor, der im Stellenteil und im Betragsteil den Aufwuchs reduzieren soll. Wer stimmt diesem Änderungsantrag der FDP/DVP-Fraktion zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0601 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0601 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Wir kommen zu Nummer 2

Kapitel 0602

Allgemeine Bewilligungen

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses.

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7306-3, vor, der begehrt, den neuen Titel 919 01 N – Rücklage für die Einführung der Doppik – aufzunehmen. Wer diesem Änderungsantrag der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0602 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

Ich komme zu Nummer 3:

Kapitel 0607

Statistisches Landesamt

Wer Kapitel 0607 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Damit ist hier mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 4 auf:

Kapitel 0608

Steuerverwaltung

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7306-2, vor, mit dem die Einführung einer A-13-Z-Besoldung im gehobenen Dienst sowie die Schaffung zusätzlicher Stellen gefordert werden, um die Attraktivität der Arbeit in der Steuerverwaltung zu steigern. Wer diesem Änderungsantrag der SPD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0608 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 5

Kapitel 0610

Landeszentrum für Datenverarbeitung

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer Kapitel 0610 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0610 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 6:

Kapitel 0614

Bundesbau Baden-Württemberg

Wer Kapitel 0614 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0614 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 7

Kapitel 0615

Vermögen und Bau Baden-Württemberg

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer stimmt Kapitel 0615 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Nummer 8:

Kapitel 0618

Landesamt für Besoldung und Versorgung

Wer stimmt Kapitel 0618 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0618 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 9

Kapitel 0620

Betriebe und Beteiligungen

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf.

Zu Titel 682 17 – Zuschuss an die Flughafen Friedrichshafen GmbH – liegt der Änderungsantrag der Regierungsfractionen, Drucksache 16/7306-4, vor, der sicherstellen soll, dass der im Nachtragshaushalt 2018/2019 beschlossene Zuschuss an den Flughafen Friedrichshafen für das Jahr 2019 auch noch im Jahr 2020 ausgezahlt werden kann. Wer diesem Änderungsantrag von Grünen und CDU zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – War das jetzt – –

(Zurufe von den Grünen: Ja, ja!)

– Also allgemeine Zustimmung. Dem Änderungsantrag ist einstimmig zugestimmt.

Wer Kapitel 0620 mit der soeben beschlossenen Änderung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0620 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Nummern 10 bis 13 – das sind die Kapitel 0621 bis Kapitel 0624 – gemeinsam aufzurufen und zur Abstimmung zu stellen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann rufe ich diese vier Kapitel gemeinsam auf:

Kapitel 0621 bis Kapitel 0624

Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln 0621 bis 0624 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 30. Oktober 2019, Drucksache 16/7174, soweit diese den Einzelplan 06 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 06.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Nun kommen wir in der Zweiten Beratung zum Tagesordnungspunkt 1 c und damit zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung. Abstimmungsgrundlage ist auch hier die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/7212.

Ich rufe Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Die hierzu vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen.

Zunächst rufe ich Nummer 1

Kapitel 1201

Steuern

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf.

Zu Titel 053 01 – Grunderwerbsteuer – liegt der Änderungsantrag der FDP/DVP, Drucksache 16/7312-1, vor, der eine Kürzung fordert, da nach Ansicht der Antragsteller der Grunderwerbsteuersatz wieder auf 3,5 % der Kaufsumme abgesenkt werden sollte. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1201 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Nummer 2:

Kapitel 1202

Allgemeine Bewilligungen

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1202 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 3 auf:

Kapitel 1204

Finanzausgleich zwischen Land und Bund sowie anderen Ländern

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 4

Kapitel 1205

Kommunaler Finanzausgleich

in der Fassung der Beschlussempfehlung. Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Zu Titel 633 01 – Zuweisungen an Stadt- und Landkreise zur Durchführung der Schülerbeförderungskostenerstattung – ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7312-14, gestellt, mit dem zusätzliche Mittel gefordert werden. Wer stimmt diesem Änderungsantrag der AfD zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 633 07 – Förderung der Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7312-15, vor, der eine Mittelkürzung fordert, weil aus Sicht der Antragsteller der Bedarf zurückgehe. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer stimmt Kapitel 1205 in der Fassung der Beschlussempfehlung zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1205 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 5

Kapitel 1206

Schulden und Forderungen

in der Fassung der Beschlussempfehlung. Hierzu liegen mehrere Änderungsanträge vor: ein Änderungsantrag der SPD, zwei Änderungsanträge der AfD und zwei von der FDP/DVP.

Zu Titel 325 86 – Auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt – liegen je ein Änderungsantrag der AfD und der FDP/DVP vor.

Ich lasse zunächst über den weiter gehenden Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7312-2, abstimmen, der die Landesregierung in die Pflicht nimmt, Schulden zu tilgen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7312-16, abstimmen, der im Hinblick auf den aus Sicht der Antragsteller notwendigen Schuldenabbau eine Kürzung verlangt. Wer dem Änderungsantrag der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 575 86 – Zinsen an den sonstigen inländischen Kreditmarkt – liegen je ein Änderungsantrag der SPD, der AfD und der FDP/DVP vor.

Zunächst lasse ich über den weiter gehenden Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7312-3, abstimmen, der wegen – aus Sicht der Antragsteller – zu hoch angesetzter Zinszahlungen am Kapitalmarkt Kürzungen verlangt. Wer diesem Änderungsantrag der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7312-17, abstimmen, der einen höheren Schuldenabbau und damit geringere Zinszahlungen fordert. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7312-7, abstimmen, der eine Kürzung der Mittel fordert, um diese in den Grundstock einer Landesentwicklungsgesellschaft einfließen zu lassen. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Wer Kapitel 1206 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1206 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 6

Kapitel 1208

Staatlicher Hochbau

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1208 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 7

Kapitel 1209

Staatsvermögen

in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1209 ist mehrheitlich zugestimmt.

Nummer 8

Kapitel 1210

Versorgung

in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1210 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Nummer 9

Kapitel 1212

Sammelansätze

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Hier wird es jetzt ganz bunt mit sehr vielen verschiedenen Änderungsanträgen. Ich gehe einmal der Reihe nach vor.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie soll einfach ablesen!)

Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7312-8, fordert in Ziffer 1, bei Titel 359 09 N – Entnahme aus der Rücklage digital@bw II – den Haushaltsvermerk und die Erläuterungen zu streichen, sowie in Ziffer 2, bei Titel 919 09 N – Zuführung an die Rücklage digital@bw II – die Mittel zu streichen, um diese für die Bereitstellung eines 365-€-Nahverkehrstickets für Schüler, Auszubildende, Studenten, Senioren und Sozialhilfeempfänger zu verwenden. Sind Sie damit einverstanden, dass ich gemeinsam über die Ziffern 1 und 2 abstimmen lasse? – Danke schön. Wer diesem Änderungsantrag der SPD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ein weiterer SPD-Antrag: Zu Titel 359 11 N – Entnahme aus der Rücklage für die Klimaschutzstiftung – und zu Titel 919 11 N – Zuführung an die Rücklage für die Klimaschutzstiftung – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD,

Drucksache 16/7312-9, vor, der die Streichung der Mittel fordert,

(Abg. Winfried Mack CDU: Was? – Abg. Tobias Wald CDU: Skandal! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Begründung lesen!)

um mit diesen Mitteln einen einfacheren Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr zu schaffen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zu einem FDP/DVP-Antrag. Der Änderungsantrag Drucksache 16/7312-4 fordert, den neuen Titel 359 12 N – Entnahme aus der Rücklage Landesinitiative Wasserstoff – aufzunehmen, um mit der Planung und dem Bau der Forschungsfabrik HyFab beginnen zu können. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt kommt ein Antrag der Regierungsfractionen. Zu Titel 361 01 – Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre – gibt es den Änderungsantrag Drucksache 16/7312-24, der weitere zu erwartende Einnahmen veranschlagt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Änderungsantrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7312-18, zu Titel 461 01 – Globale Mehrausgaben für Personalausgaben einschl. Versorgungsbezüge, Beihilfen und Nachversicherungen – verlangt im Hinblick auf die sich abkühlende wirtschaftliche Lage Kürzungen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion, Drucksache 16/7312-19, mit dem neuen Titel 633 01 N – Fit For Return – und einem entsprechenden Haushaltsansatz sowie einer Erläuterung, dass die Kommunen mit diesem Programm die Asylbewerber auf die Aufbauarbeit in ihrem Heimatland vorbereiten. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Es liegt noch einmal ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion vor, Drucksache 16/7312-20, der mit dem neu einzufügendem Titel 686 01 N – Wohneigentum BW – Haushaltsmittel verlangt

(Unruhe)

– darf ich noch einmal um Aufmerksamkeit bitten? –, um Familien mit mittlerem Einkommen beim Kauf und Bau von Wohneigentum unterstützen zu können. Wer stimmt dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 919 01 – Zuführung an die Rücklage für Haushaltsrisiken – liegt der Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Drucksache 16/7312-10, vor, der die Streichung der Mittel vorsieht, um diese in der Investitionsfinanzierung oder zur Entlastung von Familien mit kleinen Kindern einzusetzen. Wer stimmt

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 919 06 – Zuführung an die Rücklage für den Strategiedialog Automobilwirtschaft Baden-Württemberg – liegen zwei gleichlautende Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion der AfD vor, die für das Jahr 2020 eine Mittelstreichung begehren. Ich gehe jetzt nach der Drucksachennummer vor und stelle zunächst den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Drucksache 16/7312-11, zur Abstimmung. Wer stimmt hier zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun kommen wir zum Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7312-21. Wer stimmt diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist auch mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 919 07 – Zuführung an die Rücklage für das Arbeitsprogramm Gesellschaftlicher Zusammenhalt – liegen zwei im Betragsteil gleichlautende Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion der AfD vor, die für das Jahr 2020 eine Mittelstreichung fordern. Auch hier gehe ich nach den Drucksachennummern vor und stelle zunächst den Antrag der SPD-Fraktion, Drucksache 16/7312-12, zur Abstimmung. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen?

(Auf der Zuhörertribüne wird fotografiert. – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Sie dürfen keine Fotos machen da oben! – Zuruf von den Grünen: Hör mal auf zu fotografieren da oben! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Ruhe von der grünen Sekte! – Weitere Zurufe)

– Ich weiß jetzt nicht, ob Sie das aus dem Plenum heraus so heftig ansprechen müssen.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, genau! Herr Katzenstein, kümmern Sie sich lieber um Ihre Fahrräder!)

Wir haben Personal; dem können Sie vielleicht einen Hinweis geben, dass jemand hochgeht.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Wurde ja schon gemacht!)

– Der Herr Landtagsdirektor hat sich schon gekümmert. Ich bitte jetzt wieder um Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit. Ich fange noch einmal an.

(Zurufe, u. a. Abg. Udo Stein AfD: Der Kollege soll die Bilder, die er gestern von uns gemacht hat, auch sofort löschen! – Unruhe)

– Können wir uns jetzt wieder konzentrieren? Herr Abg. Stein, wollen Sie weiter mit abstimmen? Dann hören Sie mir bitte zu.

Ich stelle zunächst den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7312-12, zur Abstimmung. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7312-22. Wer

stimmt hier zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt kommt ein SPD-Antrag zu Titel 919 08 N – Zuführung an die Rücklage für das Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg –, Drucksache 16/7312-13, der die Streichung der Haushaltsmittel, des Haushaltsvermerks und der Erläuterung verlangt, da die Antragsteller die Ansiedlung der Geschäftsstelle außerhalb der Landesregierung ablehnen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Es tut mir leid: Es sind 50 Seiten, durch die ich kommen muss, und zwar konzentriert. Bitte machen Sie die Tür zu, und stellen Sie die Gespräche ein.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7312-6, der beim neu aufzunehmenden Titel 919 12 N – Zuführung an die Rücklage Landesinitiative Wasserstoff – mit einem Haushaltsvermerk und einer entsprechenden Erläuterung die Einstellung von Haushaltsmitteln fordert, um die Forschung und Nutzung der Wasserstofftechnologie in verschiedensten Anwendungsbereichen voranbringen zu können. Wer diesem FDP/DVP-Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7312-23, verlangt die ersatzlose Streichung der Titelgruppe 80: Personalentwicklungsplan Förderung der nachhaltigen Mobilität.

Ist das Problem mit dem Fotografieren auf der Zuhörertribüne jetzt geklärt, oder ist es nicht geklärt? Ist jetzt jemand oben, der sich kümmert?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nein, ich glaube, es gab noch ein zweites Problem!)

Ist noch irgendetwas einzuleiten? Ist oben alles in Ordnung?

(Abg. Anton Baron AfD: Es ist einfach, Frau Kurtz: Wenn Herr Katzenstein reinruft, einfach nicht auf ihn hören, weil das eh nur Quatsch ist! – Zuruf: Da muss noch jemand in die Maske!)

– Ich weiß ja nicht, was sich hinten abspielt. Aber die Art, wie das hier angezeigt wird, ist ein bisschen problematisch.

(Zuruf: Einfach weitermachen!)

Wir nehmen noch mal den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7312-23, der die ersatzlose Streichung der Titelgruppe 80 – Personalentwicklungsplan Förderung der nachhaltigen Mobilität – verlangt. Wer dem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1212 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 1212 mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Ich rufe Nummer 10 auf:

Kapitel 1221

Zukunftsoffensive III

Wer Kapitel 1221 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1221 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 11:

Kapitel 1222

Zukunftsoffensive IV

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1222 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 12:

Kapitel 1223

Zukunftsinvestitionen

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7312-5, fordert die Aufnahme der neuen Titelgruppe 80 – Landesinitiative Wasserstoff – mit fünf neuen Titeln, um sofort mit der Planung und dem Bau der Forschungsfabrik HyFab beginnen zu können. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1223 insgesamt zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1223 ist mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt haben wir noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/7212, abzustimmen. Hierbei handelt es sich um ein Ersuchen an die Landesregierung, bis zum 30. September 2020 ein Konzept zur IT-Stellen-Zulage im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg vorzulegen. Wer stimmt diesem Abschnitt II zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Abschnitt II ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir sind am Ende der Beratung des Einzelplans 12, aber es geht noch weiter.

Jetzt kommen wir in der Zweiten Beratung zu Tagesordnungspunkt 1 d und damit zur **A b s t i m m u n g** über das

Staatshaushaltsgesetz 2020/21

Das ist die Drucksache 16/7171. Abstimmungsgrundlage hierfür ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/7200. Auch hierzu liegen Änderungsanträge vor.

Ich rufe auf:

§ 1

Feststellung des Staatshaushaltsplans

In der Zweiten Beratung wurden bei den jeweiligen Einzelplänen zum Landtag, zum Finanzministerium, zur Allgemeinen Finanzverwaltung und zum Verkehrsministerium die folgenden Änderungsanträge angenommen. Jetzt kommen noch

mal viele Zahlen. Ich nenne nur die Drucksachen und die Kapitelbezeichnungen: Drucksache 16/7301-10 zu Kapitel 0104 – Landeszentrale für politische Bildung –, Drucksache 16/7306-4 zu Kapitel 0620 – Betriebe und Beteiligungen –, Drucksache 16/7312-24 zu Kapitel 1212 – Sammelansätze –, Drucksache 16/7313-10 zu Kapitel 1301 – Ministerium –, Drucksache 16/7313-11 zu Kapitel 1302 – Allgemeine Bewilligungen –, Drucksache 16/7313-12 zu Kapitel 1304 – Straßenverkehr – und Drucksache 16/7313-13 zu Kapitel 1304: Straßenverkehr.

Durch diese angenommenen Änderungsanträge müssen in § 1 und in der Anlage zum Staatshaushaltsgesetz die Beträge angepasst werden. Sie erinnern sich sicherlich an diese Änderungsanträge. Außerdem wurden in den Haushaltsübersichten auch redaktionelle Korrekturen durch das Finanzministerium vorgenommen. Grund waren Übertragungsfehler bzw. die nicht korrekte Zuordnung von Änderungsanträgen zu nur einer Hauptgruppe, obwohl mehrere Hauptgruppen betroffen waren. Die Unstimmigkeiten fielen erst nach Abschluss der Beratungen des Finanzausschusses im Rahmen der Eingaben ins SAP-System auf und sollen jetzt korrigiert werden. Sie können diese Änderungen, die jetzt noch vorgenommen werden sollen, auf der Übersicht erkennen, die auf Ihren Plätzen liegt und die als Abstimmungsgrundlage dient.

Wer § 1 mit diesen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist § 1 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

(weggefallen)

Dieser Paragraph ist im Gesetzentwurf weggefallen. Hierzu liegen ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD und einer der Fraktion der AfD vor.

Ich beginne mit dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7300-2, weil das der weiter gehende ist. Er verlangt, § 2 mit der Überschrift „Stelleneinsparverpflichtungen“ aufzunehmen, das 1 480-Stellen-Einsparprogramm am 1. Januar 2020 wieder in Kraft zu setzen und in den Jahren 2020 und 2021 jeweils mindestens 500 Stellen einzusparen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7300-1, zur Abstimmung. Er fordert, § 2 mit der Überschrift „Stelleneinsparverpflichtungen Ministerien“ aufzunehmen und im Rahmen des Stelleneinsparprogramms für 2020 und 2021 je 450 Stellen einzusparen. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer § 2 mit dem Hinweis „(weggefallen)“ zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 2 mit diesem Hinweis ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3

Bewirtschaftung von Planstellen und Stellen

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Wer stimmt § 3 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe

§ 8

Ich rufe auf

§ 3 a

Wegfall der Bundesauftragsverwaltung für den Bereich der Bundesautobahnen

Vermögensgegenstände und Grundstücke

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer stimmt § 8 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 8 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wer stimmt § 3 a zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 3 a ist einstimmig zugestimmt.

Ich schlage Ihnen nun vor, die Abstimmung über die §§ 9 bis 14 zusammenzufassen. Sind Sie damit einverstanden? –

Ich rufe

(Abg. Winfried Mack CDU: Jawohl!)

§ 4

§ 9 bis § 14

Kreditaufnahme

Wer den §§ 9 bis 14 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den §§ 9 bis 14 ist mehrheitlich zugestimmt.

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer stimmt § 4 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, die Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2020/21 – ist damit abgeschlossen.

Ich rufe auf

Die Dritte Beratung findet am 18. Dezember 2019 statt.

§ 5

Gewährleistungen

Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Wer § 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 5 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu **Punkt 2** der Tagesordnung:

Wir kommen zu

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsbegleitgesetz 2020/21 – Drucksache 15/7172

§ 5 a

Rangrücktritt

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7217

Wer stimmt § 5 a zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist § 5 a mehrheitlich zugestimmt.

Berichterstatter: Abg. Karl Klein

Wir kommen zu

Meine Damen und Herren, in der Zweiten Beratung kommen wir zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/7172. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/7217.

§ 6

Deckungsfähigkeiten, dezentrale Finanzverantwortung, Hochschulfinanzierungsvertrag II

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen in Abschnitt A der Beschlussempfehlung, dem Gesetzentwurf mit Änderungen in den Artikeln 2 und 3 zuzustimmen.

in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 6 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe

Artikel 1

Ich rufe auf

§ 6 a

Personalausgabenbudgetierung

Änderung des Gesetzes über einen Versorgungsfonds des Landes Baden-Württemberg

Wer stimmt § 6 a zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 6 a ist mehrheitlich zugestimmt.

mit den Nummern 1 und 2 auf. Kann ich diesen Artikel 1 insgesamt zur Abstimmung stellen? – Vielen Dank. Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Ich rufe

§ 7

Artikel 2

Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen

Änderung der Landeshaushaltsordnung für Baden-Württemberg

Wer stimmt § 7 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. § 7 ist mehrheitlich zugestimmt.

mit den Nummern 1 bis 3 in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Auch hierzu schlage ich Ihnen vor, über alles zu-

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

sammen abzustimmen. – Sie sind einverstanden. Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe

Artikel 3

Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

mit den Nummern 1 bis 5 in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Zu Artikel 3 liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/7317-1, vor, der die neuen Nummern 5 und 6 aus der Beschlussempfehlung ersetzen soll. Wer stimmt diesem Änderungsantrag von Grün-Schwarz zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Was ist das? Eine Gegenstimme oder eine Enthaltung?

(Abg. Anton Baron AfD: Enthaltung!)

– Enthaltung. – Dem Änderungsantrag ist einstimmig zugestimmt.

Sind Sie damit einverstanden, dass ich jetzt Artikel 3 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den soeben beschlossenen Änderungen insgesamt zur Abstimmung stelle? – Vielen Dank. Wer Artikel 3, wie genannt, mit den Nummern 1 bis 7 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt kommen wir zu dem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/7317-2 – wir sind gleich fertig –,

(Heiterkeit)

mit dem ein neuer Artikel 4 und ein neuer Artikel 5 in das Gesetz eingefügt werden sollen. Sie wissen, worum es geht?

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ja!)

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Änderungsantrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf:

Artikel 6 (neu)

Inkrafttreten

Wer Artikel 6 (neu) zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 6 (neu) ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 13. Dezember 2019 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Haushaltsbegleitgesetz 2020/21“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlus s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke schön. Gegenprobe! – Danke schön. Enthaltungen? – Damit ist dem Gesetz mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt B der Beschlussempfehlung Drucksache 16/7217 abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 12. November 2019 – Bericht der Gemeinsamen Finanzkommission –, Drucksache 16/7175, Kenntnis zu nehmen. Stimmen Sie dieser Empfehlung zu? – Das ist der Fall.

Wir haben damit Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Jetzt muss ich noch schnell **Punkt 3** der Tagesordnung aufrufen – darüber wird aber keine Aussprache geführt –:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 12. November 2019 – Mittelfristige Finanzplanung des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2019 bis 2023 – Drucksachen 16/7173, 16/7218

Berichterstatter: Abg. Karl Klein

Das Präsidium hat, wie gesagt, festgelegt, dass über diesen Punkt keine Aussprache geführt wird.

Wir können gleich abstimmen, und zwar auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/7218. Der Ausschuss schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung Drucksache 16/7173, die ich eben aufgerufen habe, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen diesem Beschlussvorschlag zu. Es ist so beschlossen.

Auch Punkt 3 der Tagesordnung ist erledigt.

Wir haben es für heute geschafft, meine Damen und Herren, und treffen uns zur nächsten Sitzung am 18. Dezember 2019 um 10:00 Uhr wieder.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Schluss: 14:21 Uhr

Vorschlag

der Fraktion GRÜNE

Umbesetzung bei den Schriftführern

Funktion	scheidet aus	tritt ein
Schriftführer	Krebs	Behrens

12.12.2019

Andreas Schwarz und Fraktion

Vorschlag

der Fraktion der AfD

Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen

Ausschuss	Funktion	scheidet aus
Ständiger Ausschuss	stellvertretendes Mitglied	Herre
Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport	stellvertretendes Mitglied stellvertretendes Mitglied	Herre Pfeiffer
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	Mitglied stellvertretendes Mitglied	Pfeiffer Herre
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	stellvertretendes Mitglied	Herre
Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau	stellvertretendes Mitglied stellvertretendes Mitglied	Herre Pfeiffer
Ausschuss für Soziales und Integration	stellvertretendes Mitglied	Pfeiffer
Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	Mitglied stellvertretendes Mitglied	Herre Pfeiffer
Ausschuss für Verkehr	Mitglied stellvertretendes Mitglied	Pfeiffer Herre
Ausschuss für Europa und Internationales	stellvertretendes Mitglied	Herre
Petitionsausschuss	stellvertretendes Mitglied	Herre

12.12.2019

Gögel, Baron und Fraktion